

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zählend 2 fertige Zeilen Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenausschreibung und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Universitätsrektor oder Kriminalpolizist?

Wieder ist über ein Todesopfer zu berichten, daß der Berliner Kriminalpolizei zur Last fällt. Es handelt sich nicht etwa, wie im Fall Hermann, um einen deutschen Arbeiter, der von verbrecherischen Polizisten auf offener Straße niedergeschlagen worden ist. Es ist diesmal kein Mord und kein Totschlag verübt worden. Das Vorgehen der Berliner Kriminalpolizei hat nur einen russischen Studenten in den Selbstmord getrieben. Und die Kriminalpolizei hat dabei auch gar keine böse Absicht gehabt und gar nicht selbständig gehandelt. Sie fungierte nur als auswärtiges Departement der russischen politischen Geheimpolizei. Daß sie sich in den Dienst dieser verächtlichen Verbrechergesellschaft stellen muß, ist gleichfalls nicht ihre Schuld; sie folgt dabei nur den Anordnungen des preussischen Ministeriums, das sich ja von jeher mit dem russischen Zirkismus völlig eins gefühlt hat.

Der Fall, um den es sich handelt, ist folgender: Vor etwa drei Wochen war der russische Student Demetrius Dubrowsky von Jena nach Berlin gekommen, um an der Universität seine mathematischen und physikalischen Studien fortzusetzen. Obwohl seine Papiere in musterhafter Ordnung waren, wurde seine Aufnahme von der Universität abgelehnt — auf Grund der „über seine Person eingezogenen Erkundigungen“, wie es in dem vom Universitätsrektor Rubner und dem Universitätsrichter Daude unterzeichneten Schriftstück heißt. Aus Verzweiflung über die Ablehnung verübte der Student Selbstmord.

Dubrowsky war der Sohn eines reichbegüterten russischen Staatsrats. Nach fünf Semestern russischen Universitätsstudiums studierte er seit dem Sommer 1909 hintereinander in Erlangen, Breslau und Jena. Nirgends wurden ihm Schwierigkeiten gemacht. Konnte er doch ein Akteur der russischen Universitätsverwaltung vortreiben, das folgenden Wortlaut hatte:

Ministerium der Volksaufklärung, Prorektor der Kaiserlichen St. Petersburger Universität.

Den 23. Februar 1911, M. 1898.

Bescheinigung.

Diese ist dem Studenten der Physik-Mathematischen Fakultät der Kaiserlichen St. Petersburger Universität Dimitry Konstantinowitsch Dubrowsky zwecks Vorweisung in eine ausländische Universität, daß während seines Aufenthaltes in der St. Petersburger Universität ihm nichts Zulebendes nachgesagt werden konnte. Wegen sein Besuchen von Vorlesungen in einer ausländischen Universität liegen seitens der Petersburger Universität keine Hindernisse vor.

Prorektor J. Andreeff. Sekretär i. S. S. Korotkow.

Dubrowsky war ein sehr fleißiger Schüler, politischen Interessen war er völlig fremd. Zu anderen Russen unterhielt er keinerlei Beziehungen. Einige Tage nach seiner Anmeldung bei der Universität erschien bei ihm ein Beamter der politischen Polizei. Der Mann gab ihm den Rat, dem unter dem Protektorat des russischen Botschafters stehenden Verein beizutreten; dies werde seine Aufnahme erleichtern. Dubrowsky lehnte dies ab. Und dies scheint nach den Entschuldigungen der Polizei selbst der einzige Grund gewesen zu sein, ihn als politisch verdächtig zu bezeichnen und an der Fortsetzung seiner Studien zu hindern.

Und dies ist das erste Skandalosum an diesem Fall. Wie darf sich die Berliner Kriminalpolizei unterstehen, fremde Staatsbürger zum Eintritt in bestimmte Vereine zu pressen zu wollen? Man hat sich ja allmählich daran gewöhnen müssen, daß die preussische Regierung den Ausländern gegenüber, die so unvorsichtig sind, nach Deutschland zu kommen, jede Barbarei für erlaubt hält. Aber vergebens fragt man sich, ob denn diese Willkür nirgends eine Grenze hat und ob denn wirklich der preussische Regierung erlaubt sein soll, durch das unausgesetzte Verüben Unrecht gegen die Ausländer den deutschen Namen im Auslande verhäßt und verächtlich zu machen.

Aber die Kriminalpolizei und ihre Regierung sind nicht die einzigen Kompromittierten dieser traurigen Affäre. Damit die Kriminalpolizei ihr häßliches Werk ausführen kann, bedarf sie ja der Unterstützung der Universität, dieser „ehrwürdigen Stätte freier Forschung und freier Wissenschaft“. Wie verhält sich die Universität zur Kriminalpolizei? Schon die Frage ist echt preussisch und wäre in jedem anderen Lande einfach unverständlich. Universität und Kriminalpolizei — außerhalb Preußens würde man höchstens an Todsünden oder Hochmord denken, die in Hörsälen ihr Handwerk getrieben haben und derentwegen man nicht umhin konnte, einigen Detektivs den Zugang zur Universität zu gestatten. Aber unerhört wäre es in jedem anderen Lande, daß die Universität sich von der Kriminalpolizei dorsehreiben lassen muß, welche Hörer sie aufnehmen darf und welche nicht. In Preußen ist dem aber so, und was das Schämlichste ist, die Professoren der Berliner Universität haben für diese Schande nicht das geringste Gefühl und nehmen das Schämliche als das Selbstverständliche hin. Das geht mit voller Bestimmtheit aus einer Unterredung hervor, die Herr Prof. Rubner, der Rektor der Berliner Universität,

mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ gehabt hatte. Dieses Dokument politischer Charakterstärke verdient im Wortlaut festgehalten zu werden. Dr. Rubner sagte:

„Der Student der Mathematik, Demetrius Dubrowsky aus Rußland, ist zur Immatrikulation an der Berliner Universität nicht zugelassen worden, weil er politisch verdächtig ist. Wenn es sich um die Immatrikulation von Ausländern handelt, dann sind wir verpflichtet, falls wir uns mit dem Minister nicht in einen Konflikt setzen wollen, diese Tatsache mit ein paar hinweisenden Worten der Kriminalpolizei mitzuteilen. Nach acht bis vierzehn Tagen kommt dann der Bescheid der Kriminalpolizei, die sich inzwischen bei der Regierung des betreffenden Staates erkundigt hat, an uns zurück. Entweder ist gegen die Immatrikulation nichts einzuwenden, oder aber die Kriminalpolizei sagt Nein, weil der betreffende Student politisch verdächtig ist oder aber die nötigen Substanzmittel nicht besitzt. Wir können dabei weiter nichts tun, wir können weder selbständig nachforschen noch die Wichtigkeit der polizeilichen Angaben in Zweifel ziehen. Wir können nur den Studenten davon in Kenntnis setzen und ihm aufgeben, den Versuch zu machen, die Sache zu redressieren. Es kommt nicht selten vor, daß es den Studenten, die nach der Befragung der Polizei nicht genügend Geld besitzen, dann auch gelingt, Geld aufzutreiben und das glaubwürdig nachzuweisen. Handelt es sich um politisch Verdächtige, kann der Betreffende eventuell nachweisen, daß er zu Unrecht benutzert worden ist. Die Polizei teilt uns übrigens bei den als politisch verdächtig bezeichneten keine näheren Einzelheiten mit, da es sich dabei um geheime Akten handelt.“

So lag der Fall auch bei dem russischen Studenten Demetrius Dubrowsky. Für ihn ist übrigens Geheimrat Prof. Dr. Bianki, Professor der Mathematik, eingetreten, aber natürlich nur in wissenschaftlicher Beziehung, weil er ihn als einen fleißigen und strebsamen Studenten kannte. Dubrowsky hat mit dem Universitätsrichter Dr. Daude, soviel ich weiß, konferiert. Dieser hat ihn von dem Bescheid der Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt und darauf aufmerksam gemacht, daß er durch seine Bemühungen vielleicht die Sache wieder rückgängig machen kann. Dubrowsky hat dann aber weiter nichts von sich hören lassen.

Nun war Dubrowsky früher in Jena immatrikuliert, obwohl dieselben Bestimmungen über Ausländer nicht nur für die preussischen, sondern auch für die Universitäten der Bundesstaaten existieren. Wenn Dubrowsky trotzdem in Jena seinerzeit zur Immatrikulation zugelassen worden ist, so liegt das entweder daran, daß in den anderen Bundesstaaten die oben erwähnten Bestimmungen nicht strikte befolgt werden. Doch das wage ich nicht genau zu behaupten. Der Grund kann aber auch der sein, daß Dubrowsky sich, seitdem er von Jena fort ist, politisch verdächtig gemacht hat.“

Prof. Dr. Rubner ist ein sehr bedeutender Gelehrter, ein Hygieniker von Weltruf. In seinem Fache hat er sich auch ziemlich Unbefangenes über die sozialen Ursachen der hygienischen Not unserer Zeit bewahrt. Um so bezeichnender sind diese Aeußerungen, die einen so fürchtbaren politischen Charaktermangel enthüllen. Für Herrn Rubner ist es ganz selbstverständlich, daß sich die Universität, deren Repräsentant er ist, zum willen- und urteilslosen Werkzeug der russischen und preussischen politischen Geheimpolizei herabwürdigt. Er muß Order variieren, sonst könnte er — schrecklich zu sagen — in einen Konflikt mit dem preussischen Minister kommen! Herr Rubner ist, wie schon gesagt, ein Gelehrter von Weltruf. Der jeweilige preussische Minister ist ein Bureaukrat, von denen 12 auf ein Dutzend gehen. Herr Rubner kann in seiner Stellung kaum ersetzt werden. Der Gedanke, daß gegen ihn, falls er sich weigert, im Nebenamte die Funktionen eines Beauftragten der Kriminalpolizei zu vollziehen, ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden könnte, ist selbst in Preußen undenkbar. Herr Rubner hätte also nicht einmal etwas zu fürchten, wenn er Charakter zeigte. Aber dieser Gedanke liegt ihm und seinen Kollegen überhaupt völlig fern. Er hat Hygiene studiert, aber nie Zeit gehabt, politische Charakterfestigkeit zu erwerben. Das, was den Intellektuellen anderer Nationen in ihrer Mehrzahl selbstverständlich ist, ist deutschen Professoren völlig verschlossen. Daß ein Gelehrter auch politische Pflichten haben kann, und daß es für jeden politisch gebildeten Menschen eine Selbstverständlichkeit ist, sich solchen entwürdigenden Zumutungen der Geheimpolizei zu entziehen, ist dem Rektor der Berliner Universität völlig unbekannt.

Prof. Rubner trifft für dieses Verhalten persönlich kaum eine besondere Verantwortung. Er ist ein Opfer der politischen Charakterlosigkeit seiner Klasse, des liberalen Bürgertums, aus dem hervorgegangen ist, dieses Bürgertums, das nie einen großen Kampf zu Ende geführt und im entscheidenden Augenblick immer feig vor der halbabsolutistischen Staatsmacht kapituliert hat. Es wäre ungerecht, von den gelehrten Repräsentanten des deutschen Bürgertums jenen politischen Charakter und staatsbürgerlichen Stolz zu verlangen, den seine Politiker nie befaßen haben.

Die polizeiliche Darstellung.

Daß die Darstellung über das Ende Dubrowskys durchaus richtig ist, geht auch aus dem polizeilichen Rechtfertigungsversuch hervor, dem die schmutzige, zu solchen Geschäften trefflich geeignete Sacher-Presse Raum gibt. Sie bestätigt, daß Dubrowsky sich nur dadurch „politisch verdächtig“ gemacht hat, daß er sich dem

Botschafter-Verein beigetreten ist. Der Offiziosus erzählt:

„Die Berliner Polizei glaubte zu der Ansicht, daß Dubrowsky politisch nicht zuverlässig sei, aus folgenden Gründen berechtigt zu sein: Dubrowsky erkundigte sich bei dem recherchierenden Polizeibeamten, ob an der hiesigen Universität politische Vereine für russische Studenten existierten. Daraufhin nannte ihm der Beamte den „Verein Landmannschaft“, der unter dem Protektorat des hiesigen russischen Botschafters steht. Dubrowsky aber sagte, dieser Verein sei nicht für einen russischen Studenten, es müßte hier Vereine geben, wie sie trotz der politischen Verfolgungen an verschiedenen russischen Hochschulen existieren, nämlich politische Vereine; sie seien die einzigen, die für russische Studenten in Betracht kämen.“

Diese Erzählung trägt doch allzu offensichtlich den Stempel der Lüge. Wenn will man denn vorreden, daß ein russischer Student, der schon mehrere Semester in Deutschland lebt, sich beifallen lassen wird, sich just bei einem Kriminalpolizisten nach politischen Vereinen zu erkundigen! Wäre aber die Erzählung so wahr, als sie erlogen ist, so bewiese sie erst recht die völlige „Unverdächtigkeit“ des Studenten. Denn wer sich einen Berliner Kriminalpolizisten zum politischen Führer aussucht, bewiese damit doch aufs Unwiderleglichste seine völlige politische Harmlosigkeit. Ebenso unwahrscheinlich ist die weitere Behauptung von der angeblichen Substanzlosigkeit, da ja sonst der Rektor diese sicher erwähnt hätte.

Es bleibt schon dabei: Die Berliner Polizei hat einen braven und fleißigen Studenten ohne jeden zureichenden Grund an der Fortsetzung seiner Studien gehindert und ihn dadurch in den Tod getrieben.

Eine sozialdemokratische Oberbürgermeister-Kandidatur.

In Stuttgart findet am 12. Mai die Oberbürgermeisterwahl statt, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts der Bürger vorgenommen wird. Die sozialdemokratischen Vereine Groß-Stuttgaris nahmen nun am Donnerstagabend in einer überaus stark besuchten Vertrauensmännerversammlung zu dieser Wahl Stellung. Die Parteileitung legte der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die Vertrauensmännerversammlung spricht sich für eine eigene Parteikandidatur aus. Unter der Voraussetzung, daß der Kandidat die für jeden Genossen geltenden Parteitag- und die Organisationsbeschlüsse grundsätzlicher Art auch für sich als bindend erachtet, spricht sich die Versammlung weiterhin für die Kandidatur des Genossen Dr. Lindemann aus. Sie beauftragt die Parteileitung, die Verhandlungen mit dem Genossen Lindemann sofort aufzunehmen.“

Daraufhin gab Genosse Lindemann eine Erklärung ab, die in ihrem entscheidenden Teile sagt, daß die Parteibeschlüsse, soweit sie ihm bekannt sind, kein Hindernis bilden für die Annahme einer Kandidatur, daß eine genaue Prüfung der Organisationsbeschlüsse ihm aber gezeigt habe, daß mit ihnen die Ausübung des Postens als Oberbürgermeister unmöglich sei, da er volle Freiheit in der Ausübung der Repräsentationspflichten, namentlich auch in dem amtlichen Verkehr mit der Krone, als Vorbedingung für die Ausübung seines Amtes betrachte.

Die Resolution der Parteileitung wurde nach dieser Erklärung mit 389 gegen 199 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde folgende Resolution mit 451 gegen 115 Stimmen:

„Die Parteiversammlung hat nach der bisherigen Wirkamkeit des Genossen Lindemann und insbesondere auch nach seinen heutigen Erklärungen zu ihm das Vertrauen, daß er stets im Sinne unserer Bestrebungen und Forderungen tätig sein wird. Die Partei stellt ihn daher als Kandidaten für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl auf und wird mit aller ihr zu Gebote stehenden Energie für ihn eintreten.“

Wir werden auf die Versammlung, sobald ein näherer Bericht vorliegt, eventuell noch zurückzukommen haben. Den Beschluß der Stuttgarter Parteiversammlung aber halten wir für um so bedenklicher, da ihm die Ablehnung der Resolution der Parteileitung vorausgegangen ist. Es ist doch einfach eine Selbstverständlichkeit, die die Grundlage jeder Parteidisziplin bildet, daß die Parteitag- und Organisationsbeschlüsse für jeden Parteigenossen in welcher Stellung immer gelten müssen.

Der Beschluß der Stuttgarter Parteigenossen, mit einem eigenen Kandidaten den Kampf um die Befreiung des Oberbürgermeisterpostens aufzunehmen, hat die gesamte bürgerliche Presse Württembergs in die größte Aufregung versetzt. Auf der ganzen Linie wird zur Sammlung des Bürgertumsgerufen, um einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister für Stuttgart unmöglich zu machen. Der nationalliberale „Schwäbische Merkur“ schreibt:

Nachdem sich durch die Zustimmung der Kandidatur Lindemanns die Situation mit einem Schläge geändert habe, sei eine Einigung auf einen bürgerlichen Kandidaten eine unbedingte Notwendigkeit geworden, da jede Zersplitterung der Sozialdemokratie einen Erfolg garantieren würde. Der sozialdemokratische Vorstoß mache die Wahl zu einer großen Krafprobe zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie. Das Blatt schließt seine Betrachtungen: Zurücktreten müßten alle Nebenrücksichten vor dem einen Hauptgedanken, die Stadt Stuttgart dem Sozialdemokraten zum Stadtverordneten bekommen!

Auch das württembergische Organ der Volkspartei bringt ähnliche Ausführungen und spricht von einer Kraftprobe zwischen Bürgerertum und Sozialdemokratie. Wer in dieser Situation Sonderinteressen verfolgte, verflüchtete sich an der Gemeinsamkeit der bürgerlichen Gesamtinteressen. Das ultramontane „Deutsche Volksblatt“ sieht die Gefahr eines sozialdemokratischen Sieges in bedenkliche Höhe gerückt, was es nicht gelänge, sich auf einen bürgerlichen Kandidaten zu einigen. In gleichem Sinne äußert sich die gesamte übrige bürgerliche Presse Württembergs. Zwei bürgerliche Kandidaten sind seit Donnerstagabend zurückgetreten. Bis jetzt sind noch fünf bürgerliche Kandidaten vorhanden. Unsere Partei verfügt über 42 bis 45 Proz. der Wähler. Als gewählt gilt der Kandidat, der die relative Mehrheit erreicht. Die Wahl unterliegt der Bestätigung des Königs.

Wer kann's am besten?

Das Zentrum ist bekanntlich eine Partei ohne Fehl und Makel, und jeder Zentrumsmann ist als Mitglied der allerchristlichsten Partei über jeden Verdacht erhaben, daß je über seine Lippen ein falsches Wort kommen könnte. So darf man sich denn nicht wundern, daß jüngst die „Kölnische Volkszeitung“ einen Artikel brachte mit der Überschrift „Die Lage in der Politik“, worin das Blatt halb mit Entzückung, halb mit nachmittägigem Bedauern eine Anzahl von Fällen aufzählt zum Beweise, wie schwer in der Politik gelogen wird. Der Artikel schließt:

„Es liegen sich noch manche ähnliche Beispiele zitieren, um das Unlichgreifen der Lüge in der Politik zu illustrieren. Nicht zum wenigsten zeigt sich das im Parteikampf. Was von liberaler und sozialdemokratischer Seite schon über das Zentrum zusammengelogen worden ist, ging kaum auf die Häute aller im Verlaufe eines Jahres in Deutschland geschlachteten Kühe. Ein alter Geistesgenosse hat mir einmal gesagt, man solle an jedem hohen Festtage eigentlich einen guten Vortrag halten, sich aber nicht zu viel vorzunehmen, damit man es auch halten könnte. Ich möchte den Deutschen heute vorschlagen, das entsetzliche Lügen zum wenigsten auf dem Gebiete der Politik zu lassen. Das wäre eine gute Vorbereitung für die nächste Reichstagswahlkampagne. Aber werde ich mit diesem Vorschlage bei denjenigen, die es hauptsächlich angeht, auch auf Beifall stoßen? Ich habe geringe Hoffnung.“

Die Moralapostel des ultramontanen Blattes bringt den Führer der Kölner Nationalliberalen auf die Beine, der in der „Kölnischen Zeitung“ den Spiegel umdreht. Es sei kaum zu glauben, so schreibt der entrüstete Nationalliberal, was die führende Zentrumspresse und ihr folgend die kleine Lokalpresse in immer vergrößertem Maße an Verdrehungen und Lügen gegen die national-liberale Partei zustande bringt. Und nun folgt eine lange Reihe von Stellen aus der ultramontanen Presse — mit dem jedesmaligen Zusatz, daß alles „bewußte politische Lüge“ sei. Der Artikel schließt:

„Ein Fiesel erfährt einen, wenn man derartige Ausführungen lesen muß, und ein tiefes Bedauern, daß mit solchen handgreiflichen politischen Lügen die heranwachsende Jugend zu Zentrumsmännern erzogen wird. Wir können keine Hoffnung hegen, daß wir mit dem in der „Kölnischen Volkszeitung“ gemachten Vorschlage, „das entsetzliche Lügen wenigstens auf dem Gebiete der Politik zu lassen“, in der Zentrumspresse auf Beifall stoßen werden.“

Vielleicht erinnern wir die ultramontane und die liberale Presse an diesen Austausch von Liebeswürdigkeiten, wenn wir mal wieder von dem „Ton“ in der sozialdemokratischen Presse zu hören bekommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai 1911.

Der Trappistenblock

zur Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung.

Aus dem Reichstag, 5. Mai. Die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung hat heute begonnen. Dabei hat sich dem gleich herausgestellt, welche Taktik die Mehrheitsparteien einzuschlagen gedenken, um die Vorlage in der Fassung der Kommissionsberatung mit möglichst vollständiger Durchpeitschung durch die zweite und dritte Lesung hindurchzuführen. Sie haben einen Trappistenbund des beharrlichen Schweigens geschlossen. Seine Parole lautet: Stimme alle Verbesserungsanträge nieder, ohne zu reden!

Nach diesem Grundsatz verfahren die Mehrheitsparteien, die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen durchweg. Da es sich in dem heute in Angriff genommenen ersten Buch der Versicherungsordnung zunächst um die organisatorische Gestaltung der Versicherungsämter handelte, kamen allerdings diejenigen Fragen noch nicht zur Erörterung, bei denen die Arbeiterinteressen am tiefsten berührt werden und bei denen deshalb die Meinungen am weitesten auseinander klaffen. Trotzdem waren die erörterten Paragraphen wichtig genug, um ihren Verfassern Anlaß zu einer zutreffenden Begründung vor der Öffentlichkeit zu geben. Da die Mehrheit offenbar ein festes Abkommen getroffen hatte, die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Fassung mit Haut und Haaren herunterzuwälzen, entzog sie sich völlig ihrer Pflicht der Begründung und Rechtfertigung und die antretenden Bureaukraten, die an den Bundesrätslichen herumhaken, schlossen sich mit Augurenlächeln dieser bequemen Schweigetaktik an.

So entwickelte sich denn aus der Fülle der Verbesserungsanträge, die von den Sozialdemokraten, einige auch von den Freisinnigen eingebracht waren, eine eigenwillige Debatte überhaupt nicht. Unsere Genossen, Mollenhuth, Hoch, Schmidt, Busold, Wöhre, Leber, Emmel, Hengsbach, Sebering, Brühne, Sachs begründeten abwechselnd die einzelnen Anträge. Hin und wieder ergriffen noch die Freisinnigen Dr. Mugdan und Cuno und der Pole Kulerki das Wort; von den Mehrheitsparteien wurden nur vereinzelte kurze Erwidernungen laut. Sie überließen es dem als Verdächtiger fungierenden Dr. Dröschler im Schlusssatz, wenn ein Abgeordneter ihm nicht mehr erwidern konnte, einige Abwehrworte zu sprechen.

Bei diesen Dröschlerischen Schlusssätzen entwickelten sich dann mehr und mehr Szenen, die die ganze Unwürdigkeit der Mehrheitspartei ausdienten. Herr Dröschler befehlte sich allerdings, seinen Instruktionen gemäß, der möglichsten Kürze. Aber das war dem Trappistenblock noch immer nicht kurz genug. Der freikonservative Abgeordnete Bahrenhorst hatte offenbar die ehrenvolle Funktion des Hemmschuhes am Dröschlerischen Redestarten zugewiesen erhalten. Als dann Herr Dröschler zu gründlich wurde, erhob er sich und suchte ihn durch heftiges Handwinken zum Abbrechen zu veranlassen. Später pflanzte er sich vor der Rednertribüne auf, schüt

terhand Schweigetaktik an und klopfte sich selbst mit der Hand beständig auf den Mund, bis der Dröschlerische Redestrom unter dem lähmenden Einfluß dieser Mimik versiegt. Über der ungeduldrigen Mehrheit genigte auch das noch nicht. Daß sie den sozialdemokratischen Rednern keine Aufmerksamkeit schenkte und beständig schwätzte, braucht kaum erwähnt zu werden. Schließlich aber lärmten diese Gemütskatheten bei ihrem eigenen Wodbruder Dröschler so laut, daß er trotz seines scharfen Organs nicht zu verstehen war. Dieses unwürdige Verhalten der Mehrheit machte einen so häßlichen Eindruck, daß der Genosse Hebel seiner Entrüstung durch eine paar kräftige Huiil Luft machte.

Wenn die Dinge schon einen solchen Verlauf nahmen am ersten Tage, dann kann man sich auf schöne Dinge gefaßt machen, sobald wir erst zu den wichtigen Streitfragen der Vorlage kommen. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt von der Mehrheit, bei vielen schlugen sich auch die Freisinnigen auf die Seite der Kompromißparteien. Unsere Parteigenossen werden natürlich unbeirrt ihre Pflicht tun, für die Arbeiterinteressen einzutreten, mag auch die Mehrheit, wie bei den Volkskämpfen im Jahre 1902, gleichzeitig das Ansehen des Reichstags wie die Volksinteressen unter die Füße treten.

Lokalschmerzen.

Vor leeren Bänken begann das Abgeordnetenhaus am Freitag die Beratung der Sekundärbahnvorlage. Diese fast alljährlich wiederkehrende Vorlage, die diesmal u. a. auch die Einrichtung des elektrischen Betriebes auf verschiedenen Strecken fordert, läßt zwei Wirkungen aus: einmal eine Soakluft, die der Landstucht an Umfang nicht nachsteht, da außer dem jeweiligen Redner nur noch einige seiner allerbesten Freunde anscharren, und zweitens ruft sie Abgeordnete auf die Tribüne, von denen man sonst das ganze Jahr über nichts hört, und von denen man beinahe glauben konnte, sie seien nur als Vertreter der Kirchumsinteressen ihrer Wahlkreise gewählt.

Bemerkenswert aus der diesmaligen Debatte ist nur die eintönige Rede des Eisenbahnministers v. Breitenbach, worin er mitteilt, daß die Verluste mit der Elektrifizierung des Eisenbahnbetriebs zu guten Resultaten geführt haben. Das Staatsbahnen werde dadurch eine größere Leistungsfähigkeit erhalten, abgesehen von den Vorteilen, die daraus dem Verkehr, dem Handel und den übrigen Erwerbszweigen erwachsen.

Sonabend: Fortsetzung.

Reichstagsdispositionen.

Die Vorsitzenden der Kommissionen des Reichstages traten am Donnerstag unter dem Vorsitz des Grafen Schwerin-Löwitz zu einer unerbittlichen Besprechung zusammen. Es handelte sich um die Festlegung der Tage, an denen die Kommissionen beraten sollen. Nach lebhafter Diskussion einigte man sich darauf, daß die Kommissionen seit Mittwoch und Donnerstag von 9—1 Uhr verhandeln, an den anderen Tagen wird das Plenum bereits um 12 Uhr beginnen und soll um 6 Uhr abends enden, damit den Fraktionen der Abend für ihre Beratungen zur Verfügung steht. Eine Ausnahme ist nur für die kommende Woche getroffen worden, für welche als Kommissionsberatungstage Dienstag und Mittwoch bestimmt werden.

Zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage.

Wie die „Presse-Centrale“ von authentischer Seite erfahren haben will, sind heute in einer besonderen geheimen Beratung zwischen der Regierung und den parlamentarischen Parteiführern die Verhandlungen wegen der elsass-lothringischen Verfassungsfrage endgültig abgeschlossen worden. Die bezügliche Vorlage wird die Stimmen des Zentrums und der Liberalen, und damit die Majorität erhalten.

Wie wir weiter in der Lage sind mitzuteilen, ist hierüber dem Kaiser vom Reichskanzler in Karlsruhe bereits heute nachmittag Vortrag gehalten und den in dieser Beratung gefaßten Beschlüssen die kaiserliche Genehmigung erteilt worden.

Die geplante hamburgische „Finanzreform“.

In der nächsten Woche wird sich die Hamburger Bürgerschaft mit der Aufbesserung der Staatseinnahmen zu beschäftigen haben. Wie bereits mitgeteilt, sollen an neuen indirekten Steuern sowie Gebühren etwa 7 Millionen Mark aufgebracht werden, um der chronisch gewordenen Defizitwirtschaft im Staatshaushalt zu begegnen. Es sollen ergeben: die Aufschläge zur Konsumsteuer 700 000 M., die Erhöhung des Stempels für Gesellschaftsverträge 230 000 M., die Erhöhung des Stempels für Unfall- und Haftpflichtversicherungen 150 000 M., die Erhöhung der hamburgischen Gerichtsgebühren 800 000 M., die Erhöhung der Waupolizeigebühren 250 000 M., die Erhöhung des Wassergeldes 1 200 000 M., die Erhöhung der Lustbarkeitssteuer 1 100 000 M., die Erhöhung der Raubgebühren 1 250 000 M. und die Erhöhung des Lammgeldes 600 000 M.

Dieses anmutige Steuerbündel hat die interessierten Kreise in die Arena gerufen. In vielen Versammlungen ist Protest dagegen erhoben worden. Gegen die Erhöhung der Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer wird kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden haben, ebenso rechtfertigt sich die Erhöhung der Raubgebühren und des Lammgeldes, da die in den letzten Jahrzehnten in die Hafenanlagen hineingekosteten Millionen — über 300 — sich nicht entfernt verzinsen. Trotzdem schrien die millionenschweren königlichen Steuerlinsler Reeder über „Geldtätigkeit“ der Steuerlinsler. Versähen mein Haus, zünd andre an! Was die Erhöhung des Wassergeldes anlangt, so werden die Hausagrarier, die zunächst die Abgabe zu zahlen haben, schon in Gestalt des erhöhten Mietzinses auf ihre Kosten kommen. Von dieser Abgabe werden also in der Hauptsache die Armen getroffen. Ebenso wird die Lustbarkeitssteuer überwiegend die unteren Schichten der Bevölkerung treffen. „Die letzte Waise ohne Lustbarkeitssteuer“, lautete bezeichnenderweise ein Plakat in Hessegen am 1. Mai.

Ab schlimmer noch steht es um die Besteuerung der Konsumvereine, während man sich an die Warenhausbesteuerung nicht herantraut. Auch die Großdetailisten, von denen allein zwölf der größten 410 Filialen in Hamburg unterhalten, bleiben von einer Sondersteuer verschont, da in der Handelsmetropole dem Handel keine künstlichen Schranken gesetzt werden dürfen. Mit Recht nennt die Verwaltung des über 50 000 Mitglieder zählenden Hamburger Konsumvereins „Produktion“ in einer Eingabe an die gesetzgebenden Faktoren die Umsatzsteuer eine grobe soziale Ungerechtheit, die für sich allein jedem sozial nicht völlig verhärteten Menschen genügen muß, sie unter allen Umständen abzuweisen.

In geradem Widerspruch stehen die Detailistenvereine, beherrschet von echten Krämerseelen, die Herren Befehlgeber scharfzumachen, damit endlich ihr Vergeßensmarch in Erfüllung gehe. Besteuerung der wirklichen Einnahmen, lautet die Parole. Die lediglich einen Erbsparnischarakter tragende Rückvergütung wird zur Einnahme gestempelt. Der Umsatz rechnet einfach mit einer Einnahme

von 8 Proz. des Umsatzes, welcher fingierte Satz als Steuerertrag in Betracht kommen soll. Die Konsumvereine tragen nichts zu den Lasten des Staates bei,“ wird heuchlerisch behauptet. Nun hat aber allein im letzten Jahre die „Produktion“ an Steuern und Abgaben aller Art an den Staat die nette Summe von 37 258 Mark abgeführt. Die neue Steuerbelastung würde für eine Familie 7,50 M. pro Jahr betragen, die zu der enormen Verteuerung der Lebensmittel durch indirekte Steuern hinzukommen. Das ist manchem noch nicht genug. In einem zur Verteilung gelangten Flugblatt der Krämmer verlangen diese sogar „eine wesentliche Erhöhung der geplanten Konsumvereinssteuer“.

Der Waisener „Erzetz“ in Glogau.

Zatarmadrichten über den Sozialdemokraten bei der Waisener in Glogau verübte Robeitzgezele werden von der reaktionären „Wiederschlesischen Zeitung“ veröffentlicht. Danach soll bei einem anlässlich der Waisener veranstalteten Ausflug in die Umgebung von Glogau ein Besizer von Ausflügler mit einem Schlagring in unerhöbter Weise mißhandelt worden sein. Eine Prügelei hat an dem betreffenden Tage im Orte stattgefunden, weil Ausflügler von dem Besizer und einigen Anwesenden schwer gereizt worden waren. Aber es war an dem Tage keine von der Partei arrangierte Waisener, sondern einer der gewöhnlichen Sonntagsausflüge, die mit der Waisener der Sozialdemokraten nicht das geringste zu tun haben. Die Sozialdemokraten von Glogau begingen ihre Waisener einen Tag nach dem Erzetz, und diese verließ in würdiger Weise. Also für diesmal ist es wieder nichts mit den außerordentlich rohen Ausfahrungen der Genossen am 1. Mai.“

Ein Polizeipräsident und ein Kreisdirektor als Duellforderer!

Im Landesausschuß für Elsass-Lothringen, wo die Staatsberatung durch allerlei Klatsch und Tratsch derart verjüngert wird, daß die Annahme des Budgets dieses Jahres erst im Mai erfolgen kann, in der „Quasellstube am Kaiserplatz“ zu Straßburg, wie in gut bürgerlichen Blättern dieses sozialistischen Parlaments neuerdings benannt worden ist, hat vor einigen Wochen der Abgeordnete Blumenthal in einer im allgemeinen recht guten Rede über den Prozeß gegen die „Lorrains sportive“ in Reß den Herrn Polizeipräsidenten von Reß, Saumbach von Raimberg, scharf angegriffen. Er warf ihm direkt Unfähigkeit vor und soll dabei den feudalen Namen des Herren Polizeipräsidenten jedesmal mit so eigentümlich gedehnter Betonung ausgesprochen haben, daß er das ganze Haus einschließlich der Tribünen wiederholt zum lauten Lachen brachte. Wie nun der „Elsässer Courier“ in Colmar, das den Abgeordneten Blumenthal, Wetterlö und Freiz nachstehende Zentrumblatt, meldet, ist dem Abg. Blumenthal von dem Kreisdirektor von Straßburg-Land, Freiherrn v. Gemmingen-Jornberg, jetzt dierhalb eine Duellforderung des Reßer Polizeipräsidenten überreicht worden. Das Blatt nennt die Forderung eine „menschenverderbliche“: Pistolen, 15 Schritt Distanz, dreimaliger Augewechsel; es erinnert daran, daß die Provokation zum Duell und das Kartelltragen im Straßburger Buch mit Festungshaft von 6 Monaten bis zu 5 Jahren bedroht ist, und spricht die Erwartung aus, daß Staatsanwaltschaft und Polizei die beiden duellfreudigen Herren mit ihrem Schießeszenen sofort hinter Schloß und Riegel setzen. Der „Wiz“ der Geschichte liegt darin, daß der angeblide Kartellträger Kreisdirektor Freiherr v. Gemmingen identisch ist mit dem konservativen Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Karlsruhe, zu dessen Unterstützung schon im ersten Wahlgang das Zentrum, das in dem Wahlkreis 1907 (bei nur 2684 konservativen Stimmen) 9689 Stimmen zählte, jetzt auf eine eigene Kandidatur zu verzichten gedenkt!... Die legendenbringende blaue schwarze Wodbruderschaft hat doch auch ihre recht schmerzlichen Begleiterseimungen!

Die „Reform“ der Geschäftsordnung im preussischen Dreiklassenhaufe.

Die Geschäftsordnungscommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat jetzt die ihr zur Verlegung überwiesene Reform in erster Lesung erledigt. Zur Rebeordnung war ein Antrag gestellt worden, der dem Präsidenten vorschreiben wollte, daß zunächst die Redner der Fraktionen und nach ihnen erst die Redner solcher Parteien zum Worte kommen sollten, die nicht die Stärke von Fraktionen haben. Der Antrag wurde abgelehnt. Verschiedene Anträge auf Einschränkung der Redezeit sind nicht von der Kommission verhandelt worden, da sie über den Rahmen der der Kommission gestellten Aufgaben hinausgehen. Ein fortschrittlicher Antrag, die Bildung einer Fraktion nicht von der Mindestzahl von 15 Mitgliedern abhängig zu machen, wurde abgelehnt.

Eine Vertretung der Sozialdemokraten hat man von der Geschäftsordnungscommission ferngehalten.

Gegangen.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Wirklicher Geheimrat Legationsrat Sternich, ist seinem Ansehen entsprechend von seinem bisherigen Amte entbunden und unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimrat mit dem Präsidat Erzetz zur Disposition gestellt worden. In seinem Nachfolger ist der Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wirklicher Geheimrat Legationsrat Zimmermann, ernannt worden, während die Funktionen des Dirigenten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes dem Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt, Geheimen Legationsrat v. Stamm, unter Verleihung des Titels und Ranges eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers übertragen worden sind.

Das berechtigte Ehrgefühl des Fahnenjunkers.

Vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle fand am Dienstag der Fahnenjunker Ritter Walter v. Ehring vom Infanterieregiment Nr. 166 in Altdorf. Der junge Reich wurde wegen schweren Diebstahls — es handelte sich um die Entwendung von Zigaretten und Zigaretten aus einem verschlossenen Schranke des Offizierskasinos — zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis und Degradation verurteilt. Wie würden von dem Falle keine Notiz nehmen, wenn nicht die Praxis der Kriegsgerichte, die Deffektivität auszufüllen, wieder einmal in Erscheinung getreten wäre. Diesmal wurde der Ausschluß der Deffektivität aber nicht mit dem beliebtesten „militärdienstlichen Interesse“ begründet, sondern das Kriegsgericht nahm Rücksicht auf das berechtigte Ehrgefühl des Angeklagten und seiner Familie. So sehr vom rein menschlichen Standpunkt aus der junge Reich zu bedauern ist, dem um eines leibhaftigen Streiches willen die ganze Zukunft zerstört wird, so muß doch betont werden, daß die Kriegsgerichte nicht so leibhaftig sind, wenn es sich um „Gemeine“ und gewöhnliche Diebe handelt. Um einer armeneligen Behauptungsmarke willen haben schon einfache Soldaten Justifikationen wegen Diebstahls in aller Deffektivität abzuholen lassen müssen. Das Prinzip der Deffektivität der Kriegsgerichtsbehandlungen muß für alle Klassen gelten. Solange das nicht der Fall ist, muß die Militärjustiz, deren deaktive Strafbestimmungen schon genug zur Kritik herausfordern, sich auch den Vorwurf der Klassenjustiz gefallen lassen.

Die einschlägige Presse wird schon ihre Berichterstattung so taupoll gestalten, daß jede unwürdige Seite für den Angeklagten und dessen Familie vermieden wird.

Kassierte Zischreden.

„Wolffs Telegraphenbureau“ führt in einer Erklärung die Kassierung der Trinkprüche des italienischen und schwedischen Königs, die verschiedene deutsche liberale Zeitungen so in den Darnisch gebracht hat, auf einen Irrtum seines Redakteurs bei der Uebersetzung der von der „Agenzia Stefani“ im Auszuge übermittelten Trinkprüche zurück. Außerdem seien dem Uebersetzer „Chronologische Bedenken“ bezüglich der Proklamierung Roms zur italienischen Hauptstadt aufgestiegen. Das „Berl. Tagebl.“, das sich wie ein Hund über die Rehabilitierung der schönen Phrase vom „Tumultu der liberalen Grundzüge“ freut, erklärt sich durch die Nichtigstellung des offiziellen Telegraphenbureaus zufriedengestellt. Was kann's auch recht sein.

Noch einmal „Marine-Rundschau“ und Marineamt.

Genosse Sebering ersucht uns um Aufnahme des nachstehenden Schreibens:

In den Berichten einiger Blätter über die Reichstagsverhandlungen vom 2. Mai wird die von mir abgegebene Erklärung und die Zurückziehung meiner Beschwerde gegen den mir erteilten Ordnungsruß als ein Rückzug bezeichnet. Daß sich unter den Wählern, die ihre Leser auf diese Weise unterrichten, auch die „Post“ befindet, ist angesichts der Beziehungen zwischen der Reichspartei und der „Post“ und der daraus für das Blatt resultierenden Verpflichtungen, den reichsparteilichen Vizepräsidenten Schulz zu bedenken, nicht weiter verwunderlich. Besremden muß es aber, daß auch das „Berliner Tageblatt“ in seiner Besprechung der Angelegenheit von einem Rückzug meinerseits spricht. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, bitte ich die Redaktion des „Vorwärts“ um Aufnahme der folgenden Zeilen, die eine knappe Schilderung der Vorgänge bei der Vorbereitung der abgegebenen Erklärungen sein sollen.

Dabei möchte ich zunächst bemerken, daß die Anregung zu dem Austausch der Erklärungen von Freunden des Herrn Abg. Schulz ausgegangen ist, die sich zur Vermittlung an Herrn der fortschrittlichen Volkspartei gewandt haben, was ich besonders dem „Berliner Tageblatt“ gegenüber feststellen will. Ich wurde gefragt, ob ich bereit sei, zu erklären, daß ich den Vorwurf der erlogenen Darstellung nicht gegen das Reichsmarineamt habe richten wollen, wenn der Vizepräsident Abg. Schulz den Ordnungsruß zurücknehmen würde. Ich habe mich grundsätzlich dazu bereit erklärt, da ja mit der Zurücknahme des Ordnungsrußes der Zweck meines Protestes, dem Herrn Präsidenten eine Warnungstafel zu errichten, vollständig erreicht war. Die von mir unter Zustimmung einiger meiner Fraktionskollegen formulierte Erklärung ist dann von einem Herrn der fortschrittlichen Volkspartei, dem Abg. Schulz vorgelegt worden, Herr Abg. Schulz beanstandete die an die Spitze der Erklärung gestellte Bemerkung:

„Für den Fall, daß der Herr Vizepräsident Abg. Schulz den mir in der Sitzung vom 4. April erteilten Ordnungsruß zurücknimmt, bin ich bereit, zu erklären“

mit dem Hinweis darauf, daß er nach der Geschäftsordnung keine Möglichkeit habe, einen Ordnungsruß zurückzunehmen, er könne dann nur erklären, daß die Voraussetzungen für einen Ordnungsruß nicht vorliegen hätten. Außerdem wünschte er die Streichung einer Stelle in meiner Erklärung, in der ich sagte, daß ich den Vorwurf der erlogenen Darstellung gegen die Herren habe richten wollen, die als die Verfasser der betreffenden Mitteilungen der „Marine-Rundschau“ in Frage kämen. In der sicheren Erwartung, daß der Herr Vizepräsident bei Verhinderung dieser seiner Wünsche in der von mir abzugebenden Erklärung mündlich klipp und klar und ohne wenn und aber meinerseits zugeben würde, daß die Voraussetzungen für einen Ordnungsruß nicht vorliegen hätten, habe ich wieder mit Zustimmung einiger meiner Fraktionskollegen den gedruckten Wählern entprochen. Allerdings muß ich gestehen, daß ich meine Erwartungen von der Loyalität des Herrn Vizepräsidenten zu hoch gespannt habe. Denn der Herr Vizepräsident, dem ich in der Tat goldene Versanden gebot hatte, hat nicht einfach zugehört, sondern durch eine starke Verlautbarung seiner Worte den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob er am 4. April wenigstens scheinbar im Rechte gewesen wäre. Er sagte nach dem heute ausgegebenen amtlichen Stenogramm:

„Der Abgeordnete, ich habe nach dem Zusammenhang Ihrer Rede vom 4. April annehmen müssen, daß Ihr Vorwurf der Lüge gegen das Reichsmarineamt gerichtet war. Glauben Sie damals, so wie heute, durch eine so einwandfreie Erklärung diese Annahme beseitigt, so würde ein Antrag zu einem Ordnungsruß meinerseits nicht vorzulegen haben, und ich würde diesen Ordnungsruß nicht erteilt haben.“

Das muß, wie gesagt, den Eindruck erwecken, als ob ich erst am 2. Mai gelogt hätte, daß sich mein Vorwurf nicht gegen das Reichsmarineamt oder den Staatssekretär richte, während ich schon in der Sitzung vom 4. April so einwandfrei und deutlich gesagt habe, wen ich treffen wollte, daß ein Zweifel darüber nicht entstehen konnte.

Ich stelle meine Ausführungen, die unmittelbar dem ersten Ordnungsruß in der Sitzung vom 4. April folgten, den gleichartigen Bemerkungen in meiner Erklärung vom 2. Mai gegenüber, um den Lesern ein Urteil darüber zu ermöglichen, wo ich klarer und „einwandfreier“ gewesen bin.

Rede vom 4. April:

Die verantwortlichen Redakteure der „Marine-Rundschau“ können sich nicht darauf berufen, daß ihnen die Dinge nicht bekannt gewesen sind, und sie sich nur geirrt haben. Ich meine, die Herren hätten die Pflicht gehabt, sich an der Hand der amtlichen Druckschriften zu informieren, und die Verhandlungen des Reichstages geben lares Bild darüber, daß die Mitteilungen der „Marine-Rundschau“ nicht zutreffen.

Der unbefangene Leser wird zugeben müssen, daß die beiden Ausführungen (sichlich) darin übereinstimmen, daß sie sich nicht gegen das Reichsmarineamt oder den Staatssekretär richten. Ganz klar und einwandfrei aber geht aus meinen Ausführungen vom 4. April hervor, wer gemeint war, nämlich die Redaktion der nichtamtlichen „Marine-Rundschau“. Das hinderte den Vizepräsidenten indes nicht, mir wegen des gleichen Deliktes den zweiten Ordnungsruß zu erteilen, wie es ihm am 2. Mai nicht daran hinderte, zu behaupten, daß ich seine „irrigte Annahme“ erst durch meine Erklärung vom 2. Mai beseitigt hätte.

Von einem „Rückzug“ meinerseits kann also nicht die Rede sein. Wie aber das Verhalten des Herrn Abg. Schulz, dem ich auf seinen Wunsch in der loyalsten Weise entgegenkam, zu bezeichnen ist, das zu entscheiden darf ich getrost der Öffentlichkeit überlassen.

Berlin, 4. Mai.

Karl Sebering.

England.

Annahme der Versicherungsvorlage.

London, 4. Mai. Das Unterhaus hat die Versicherungsvorlage in erster Lesung einstimmig angenommen. In seiner Begründungsrede führte Lord George folgendes an:

Der Versicherungsvorlage gliedert sich in zwei Teile, wovon einer die Versicherung gegen Krankheit, der andere die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft. Die Krankenversicherung gliedert sich in die obligatorische und die freiwillige. Ersteres besteht in obligatorischen Abzügen vom Wochenlohn oder vom Verdienst der weniger als 100 Pfund Sterling jährlich beträgt. Hierzu treten die Beiträge des Arbeitgebers und des Staates. Ausgenommen von dem Gesetz sind Lehrer und Angehörige

von Heer und Flotte, für die besonders Vorsorge getroffen werden soll. Der Lohnabzug wird bei Männern vier Pence, bei Frauen drei Pence wöchentlich betragen. Die Arbeitgeber sollen wöchentlich drei Pence für jeden ihrer Angestellten, der Staat zwei Pence beitragen. Die Gesamtzahl der von dem Gesetz betroffenen Männer, Frauen und Jugendlichen beträgt 14 700 000. Um der Gefahr der Schwindsucht zu begegnen, schlägt die Regierung vor, den Kontrollbehörden und den Spitalen bei der Errichtung von Sanatorien im ganzen Lande Beihilfe zu leisten. Der Staat wird hierfür ein Kapital von 1 1/2 Millionen Pfund Sterling vorsehen.

Die Krankenunterstützung soll für die ersten drei Monate 10 Schilling wöchentlich, für die nächsten drei Monate fünf Schilling wöchentlich betragen. Dauernd Arbeitsunfähige sollen fünf Schilling wöchentlich erhalten. Der Entwurf soll hauptsächlich mit Hilfe der Arbeiterunterstützungsvereine durchgeführt werden; doch können die Beiträge auch durch die Post entrichtet werden. Der Versicherungswurf werde erst am 1. Mai 1912 in Kraft treten. Die Belastung des Staates für 1912/13 werde sich auf 1 742 000 Pfund Sterling belaufen, für 1913/14 auf 3 350 000 und für 1915/16 auf 4 568 000 Pfund Sterling.

Was die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betreffe, so werde sie obligatorisch, vorläufig aber auf das Maschinen- und Baugewerbe beschränkt sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten je 2 1/2 Pence für die Woche entrichten, während der Staat ein Viertel der Kosten tragen werde. Die Arbeitslosenunterstützung werde bei den Maschinenbauern 7 Schilling wöchentlich betragen. Im Falle von Ausständen oder Aussperrungen würden aber keine Zahlungen geleistet werden. Von dem Gesetz betroffenen 2 400 000 Arbeiter betroffen werden, deren Gesamtbeitrag 1 100 000 Pfund Sterling betragen würde; die Arbeitgeber würden 900 000 und der Staat 750 000 Pfund beitragen. Die gesamte im ersten Jahre für beide Arten der Versicherung zu erhebende Summe beliefere sich auf 24 500 000, wovon der Staat 2 500 000 Pfund beitrage. Im vierten Jahre würden die Beiträge des Staates schon auf 5 500 000 Pfund gestiegen sein.

Mexiko.

Die Friedensunterhandlungen.

New York, 5. Mai. Nach einem Telegramm aus El Paso erbiethet sich Madero in seiner dem mexikanischen Unterhändler überreichten Erklärung, auf die provisorische Präsidentschaft zu verzichten und verlangt, daß Präsident Diaz und Vizepräsident Corral zurücktreten, und daß der Minister des Aeußeren de la Varr a bis zu den Neuwahlen als Präsident fungiere. Maderos Note wurde Carabjal von den Rebellenführern erst nach einer heftigen Debatte überreicht, in der diese darauf bestanden, daß die vom Präsidenten Diaz dem Unterhändler mitgeteilte Absicht, von der Präsidentschaft zurückzutreten, öffentlich bekannt gemacht werde.

Friede in der Provinz.

New York, 5. Mai. Wie aus Mexiko gemeldet wird, haben sich der Kriegsminister General Gonzalez Costo und der Führer der Insurgenten in der Provinz Cuerrero Figueroa, über die Friedensbedingungen geeinigt. Figueroa erklärte, er und seine Anhänger seien durch die versprochenen Reformen befriedigt, besonders durch die Neubesehung der Gouverneursstellen und anderer Beamter.

Die Gelüste der Vereinigten Staaten.

Washington, 4. Mai. Im Repräsentantenhause prophezeite heute der republikanische Vertreter von Pennsylvania, Pacht, den Einmarsch der amerikanischen Truppen in Mexiko für die nächste Zukunft. Er erklärte, die Vereinigten Staaten brauchten das Reich und seien im Begriff, der Ladung des Goldes und dem Reiz des Abenteuers zu folgen. Er glaube, Laßt werde sich nicht widersetzen. Seit Jahren nähmen die Vereinigten Staaten alles, was Europa nicht wolle. Pacht spielte hierbei auf die Philippinen an, die anderen Weihen eine Last wären, und fragte, warum Amerika nicht etwas in Besitz nehmen könnte, das der Mühe wert sei. Pacht sagte auch, eine schließliche Annexion Kanadas durch die Vereinigten Staaten voraus und erklärte, die Mehrheit der kanadischen Volkes sei der Annexion geneigt.

Aus Industrie und Handel.

Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Die neuerliche Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Knox, daß die in dem neuen amerikanischen-kanadischen Abkommen an Kanada eingeräumten Sonderbegünstigungen auf andere Länder nicht ausgedehnt werden sollen, da Kanada sich diese Vorteile durch besondere Gegenleistungen erkaufte, hat in Deutschland mit Recht lebhaften Erregung hervorgerufen.

Allerdings hat Deutschland wieder ein Vertrags- noch ein Handelsbegünstigungsverhältnis mit den Vereinigten Staaten, insofern es auch seinen rechtlichen Anspruch auf die neuen Sonderbegünstigungen. Vielmehr ist die vorjährige Neuverteilung unserer Handelsbeziehungen beiderseits durch autonomes Gesetz erfolgt. Auf Grund des neuen Protokolls vom 7. Februar 1910 haben die Vereinigten Staaten und durch eine Proklamation des Präsidenten ihren Minimaltarif, wie ihnen unseren gesamten Vertragstarif eingeräumt. Der deutsche Bundesrat wurde durch besonderes Reichsgesetz ermächtigt, für die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten unsere Vertragssätze „in angemessenem Umfang“ zur Anwendung zu bringen. Wenn der Bundesrat darauf bis auf weiteres der Union den gesamten Vertragstarif zugestanden hat, so war er dazu berechtigt, aber nicht verpflichtet. Er ist jederzeit in der Lage, ohne Befragen des Reichstages den Vereinigten Staaten den Nutzen des deutschen Vertragstarifs ganz oder teilweise wieder zu entziehen, wenn sich die politischen Verhältnisse auf amerikanischer Seite ändern. Hierfür kommt die folgende Bestimmung des Ermächtigungsgesetzes in Betracht: „Lassen die Vereinigten Staaten durch Gesetze, Verträge mit dritten Ländern oder auf irgendeine andere Weise bezüglich des Warenverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten irgendwelche den gegenwärtigen Zustand zungunsten Deutschlands verändernde Änderungen eintreten, so wird der Bundesrat nach seinem Ermessen die den Ergebnissen der Vereinigten Staaten gewährten Begünstigungen ganz oder teilweise zurückziehen.“

Dazu schreibt der Handelsvertragverein: „Eine solche Abänderung zu unseren Ungunsten würde aber durch die Nichterwähnung der an Kanada gewährten Begünstigungen zweifellos eintreten, und die Vereinigten Staaten müssen sich darüber klar sein, daß sie damit auch eine Schlechterstellung ihrer Einfuhr nach Deutschland herbeiführen, wenn nicht gar die Weiterentwicklung des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens gefährden. Dieses gibt dem deutschen Bundesrat ausdrücklich das Recht, den Vereinigten Staaten den Nutzen unseres Vertragstarifs ganz oder teilweise ohne weiteres und ohne Kündigung des Abkommens wieder zu entziehen, sofern die Vereinigten Staaten uns von neuen Zollermäßigungen ausschließen sollten.“

Wasserkultur. Der preussische Landwirtschaftsminister hat die Regierungspresidenten aufgefordert, eine Statistik über die in ihren Bezirken kultivierten Karoböden aufzunehmen und hat außerdem in Gemeinschaft mit dem Finanzminister eine Orientierungstabelle in die verschiedenen Mooregebiete unternommen. Man kann annehmen, daß diese Tabelle als den angelegentlichsten

Maßnahmen zur Kultivierung von Mooren im Zusammenhang steht, wofür im preussischen Staat bereits Mittel vorgesehen sind.

Biehfeuchen. Die Seuchenverhältnisse wollen sich noch nicht bessern. Jetzt ist das 12. Tausend der verendeten Schafst über-schritten worden. Insbesondere gewinnt die Seuche in Südwestdeutschland (Elsass-Lothringen, Baden, Württemberg und der Pfalz) immer weitere Ausdehnung; in Württemberg ist sie zwar im Abflauen begriffen, aber immer noch erheblich. Auch im Rheinland, der Provinz Hannover und Sachsen breitet sich die Seuche immer weiter aus, während im Osten des Reiches deutlich ein erhebliches und ständiges Zurückweichen der Seuche feststellbar ist. Die Einrichtung der Beobachtungsgebiete wird von verschiedenen Seiten bekämpft und der Durchführung der Biehseuchen das Wort geredet. Angesichts der Erfolge der Seuchebelämpfung im Osten wird ein solcher Vorschlag aber doppelt zu überlegen sein, umso mehr, als eine gezielte Handhabe fehlt, die Landwirte zur Durchführung der künftigen Infektion zu zwingen.

Soziales.

Die Reichsversicherungsordnung

nach der 3. Lesung der 16. Kommission des Reichstages. Dieses Thema beschäftigte am Donnerstag eine Versammlung der Vorstandsmitglieder und Generalsekretäre sowie Verwaltungsbeamten sämtlicher Krankenkassen Berlins und der Vororte. Man hatte dazu den größten Saal des Reichstages genommen. Hier am Abend die Heilende entlang ging, konnte glauben, daß dort in der „Neuen Welt“ eine allgemeine Massenversammlung stattfand, und doch waren es nur die persönlich durch Karten eingeladenen Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie die Verwaltungsbeamten der Kassen, die hier zusammenkamen. Der Reichstag hat nicht Sitzplätze genug und auch die Galerien waren überfüllt. Es waren wohl mindestens 5000 Personen anwesend. Der Referent G. Koblentz schilderte in großen Zügen, welche Schädigungen und welche Entrechtungen diese Reichsversicherungsordnung schon nach dem Regierungsentwurf und in noch größerer Maße nach den Beschlüssen der Kommissionenmehrheit den Kassenmitgliedern und den Kassenbeamten bringen muß, eine Entrechtungen, die nebenbei nicht nur die Arbeitnehmer sondern auch die kleineren und mittleren Arbeitgeber trifft. Institutionen, die sich in den 25 Jahren der Selbstverwaltung zum Ruhm der Mitglieder großartig entwickelt haben, will man in ihrer weiteren Entwicklung hemmen, und was in jenem Vierteljahrhundert durch unermüdete Arbeit geleistet worden ist, soll zum großen Teile zurückgemacht werden. Als Grund führt man an, daß die Kassen von der Arbeiterschaft zu politischen Zwecken ausgenutzt wurden, aber daß sie längst widerlegt. Man hat diese Dinge gemacht, um die Wünsche der herrschenden Klassen mit Stellungen zu besorgen. Im Verbesserungen für die Mitglieder der Kassen wird so viel wie nichts geschaffen. Die Verträge sollte gelöst werden, aber es ist nichts Ordentliches dabei herausgekommen. In der Arbeiterfrage wird der Ausdehnung der Kassen Tür und Tor geöffnet. Der Redner ging noch näher auf die verschiedenen Bestimmungen der Vorlage ein und wies nach, wie verberlich ihre Wirkungen sein werden, wenn sie wirklich Gesetz wird. Er schloß mit dem Worten, daß es nicht im Interesse irgendeiner Partei liege, sondern im Interesse aller Beteiligten, daß dieses Konstrukt verschwinde.

Zur Diskussion wurden zunächst Anhänger der Reichsversicherungsordnung, wie sie jetzt im Reichstag vorliegt, aufgeführt, ihre Meinung zu sagen. Aber es meldete sich niemand zum Wort und so wurde auf die Diskussion verzichtet. Der Vorsitzende Simanowski verlas die Resolution, die am Sonntag vom Krankenkassenrat beschlossen wurde und dann in der Extraausgabe des „Vorwärts“ vom Dienstag veröffentlicht worden ist und empfahl sie der Versammlung zur Annahme. Die Resolution wurde dann auch hier einstimmig angenommen.

Ein Gläubiger zeigt folgende Notiz, die durch die Winterpommerschen Kreisblätter die Runde macht. „Mühenmalde. Besonders groß ist hier die Zahl derjenigen Schulden, die alljährlich von ihren Eltern für die Sommermonate als Hüterfinder auf Land vermietet werden. In diesem Jahre sind es 22 solcher Kinder, die am 1. Mai die Schule verlassen und ihrem neuen Heim zustreben. Der Verdienst dieser armen Kinder stellt sich für den Sommer auf 20 bis 24 M., außerdem erhalten sie einige Zentner Kartoffeln.“ Wie man sieht, verstehen unsere Agrarier es, sich billige Arbeitskräfte zu besorgen, zumal ja die Mehrzahl der Kinder auf Mittergütern beschäftigt werden.

Unterernährung des Volkes.

Den Rückgang der Volksernährung illustriert der letzte Generalsbericht der bayerischen Sanitätsverwaltung. Milch und Milchprodukte verschwinden immer mehr aus den kleinen Haushaltungen, um unzureichenden Surrogaten Platz zu machen. So berichtet der Amtsarzt von Oberberg über einen starken Rückgang in der Ernährung. Die gewerbliche Milchverwertung sei dezent intensiv, „daß trotz der hohen Produktion von circa 90 Millionen Litern eine Verwertung im Haushalt bereits kaum mehr in Frage kommt“. Der Bericht von Mindelheim besagt: „Mit Annahme der Dampfmolkereien und Käseereien verschwindet bei den Kleinsöldnern auch der letzte Tropfen Milch, ohne Rücksicht auf den Bedarf für die heranwachsende Jugend, die Säuglinge und die Armen, für welche die Milch aus den Volkereien um 15 Pf. pro Liter zurückgelassen werden muß. Außerdem erhalten die Säuglinge Rehbrot, die übrigen Kinder kalt Milch, Wasser, Suppen, sogenannten Kaffee oder Drei. Der Milchmangel verschlechtert die Säuglingsernährung, begünstigt im zweiten bis fünften Jahre Rachitis, bei den Wolegen (Heranwachsenden) Zurückbleiben des Knochenwachstums, bei den Älteren Rückfällen des Widerstandskraft gegen Schädlichkeiten.“

Der Amtsarzt in Neumarkt läßt sich folgendermaßen vernehmen: „Die fast gänzliche Ausrottung der Vollmilch bewirkt eine Unterernährung der ohnehin schwächlichen Kinder, und bei deren Verwendung zu harten Arbeiten Zunahme von Widerstandsfähigkeit, auch höheren Formen von Hypophyse (Verbundlung) und Skoliose (seitliche Verkrümmung der Wirbelsäule).“

Der Amtsarzt von Weidenburg i. V. zählt unter den nachteiligen Folgen des Molkeertrinkens auf: Das Fehlen der bisherigen nährreichen Milchspeisen; statt der früheren Milchsuppe als Zwischenmahlzeit Alkoholikum. In Oberfranken, in rein industriellen Gegenden, gibt man kleinen Kindern heißes Wasser mit Alkohol vermisch als Morgengetränk. Auch der Amtsarzt von Krumbach berichtet über Unterernährung infolge des gänzlichen Entzuges der Milch. Sogar in den besten Bauernhäusern werde jetzt statt Butter Kunstfett verkauft, die Kinder erhalten, statt wie früher Butterbrot oder Milch, jetzt Hirschenbrühe oder Bier.

Der Amtsarzt von Lindau führt den Rückgang der Milchtauglichkeit (durchschnittlich nur 42 Proz. Tauglichkeit gegen 60 Proz. im Jahre 1902) vorwiegend auf Unterernährung infolge Ausschusses der Milch zurück.

Aus den Berichten der zahlreichen anderen Bezirke klingt das selbe Lied.

Trotzdem verlangt der Schnapsblock einen Einfuhrzoll auf Milch, damit sich die Interessenten noch mehr die Taschen auf Kosten des Volkes füllen können. Ein Einfuhrzoll auf Milch würde den Inlandspreis natürlich noch höher schrauben und damit die Ernährung der Land- wie Stadtbewohner noch schlechter gestalten. Was kümmert die Zoll- und Wucherpöbel das Wohl und die Gesundheit des Volkes? Das Wohl der Juden ist ja oberstes Gesetz.

Gewerkschaftliches.

Eine dummfreche „christliche“ Drohung!

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften berichtet in seiner Nr. 9 über eine Ausschussung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften vom 19. bis 21. April. In dem Bericht heißt es:

„Uebereinstimmend wurde von mehreren Seiten auf den verstärkten Druck hingewiesen, der von der sozialdemokratischen Richtung in letzter Zeit auf alle Andersdenkenden ausgeübt wird, um die Alleinherrschaft auf dem Gebiet des Arbeitsvertrages zu erzwingen. Demgegenüber kam mit vollster Einmütigkeit die feste Absicht zum Ausdruck, seitens der christlichen Gewerkschaften dem sozialdemokratischen Terrorismus, insbesondere den kampfhaften Bestrebungen zur Schaffung von Arbeitsmonopolen mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken. Die sozialdemokratischen Führer sollten sich wohl hüten, den Bogen zu straffen, damit nicht schließlich durch gesetzliche Maßnahmen dem sozialdemokratischen Mißbrauch gewerkschaftlicher Nachmittels in ähnlicher Weise Schranken gezogen werden müßten, wie es jetzt gegenüber dem Mißbrauch mit den Beamtenstellen in der Arbeiterversicherung zur Notwendigkeit geworden sei.“

Es genügt wohl, diese insame Sudelei hier anzunageln. Der kleine zentrumschristliche Kernegroß wächst ja förmlich über sich selbst hinaus. Er „fühlt“ sich nicht bloß mehr als Unternehmerstütze, sondern gar als leidhaffte Regierung!

Berlin und Umgegend.

Die organisierten Gastwirtsgehilfen liegen mit dem Inhaber des Lokals „Warschauer Bierhallen“ in Konflikt. Das hat natürlich auch sofort unsere Polizei auf den Plan gerufen. In der Nacht zum 3. Mai wurde an der Warschauer Ecke Komintener Straße vor dem Restaurant „Warschauer Bierhallen“ ein Herr seitens eines dort postierten Schulmanns (Nr. 2506), nachdem eine bei dem Beamten stehende Frau denselben auf den Herrn aufmerksam gemacht hatte, ohne jede äußere Veranlassung verhaftet. Als der Verhaftete fragte, was für einen Grund der Polizeibeamte zu dieser Maßnahme habe, erklärte dieser, daß der Betreffende verdächtig wäre, im Lokale „Warschauer Bierhallen“, mit dem der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen seit längerer Zeit im Kampfe liegt, Flugblätter verteilen zu wollen. Alle Verwahrungen gegen eine derartige Verhaftung nützen nichts; der Delinquent mußte zur Wache folgen, von wo er aber nach erfolgter Legitimation wieder entlassen wurde. — In letzter Zeit ist es direkt augenfällig, daß vor dem Lokale „Warschauer Bierhallen“ fortwährend Schutzleute postiert sind, und man wird vielleicht nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß diese Maßnahme sich gegen die organisierten Gastwirtsgehilfen richtet. Die Berliner Polizei will es offenbar nicht lernen, daß sie kein Recht und keinen Grund hat, in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter einzugreifen.

Achtung für die in der Schilberbranche Beschäftigten! Wir machen darauf aufmerksam, daß die Differenzen bei der Firma Polenz G. m. b. H., Schönhauser Allee 34, noch nicht erledigt sind. Da die Firma die Organisierten durch Unorganisierte ersetzen will, um willige Arbeitskräfte zu haben, bitten wir dringend, Arbeitsangebote dort zu unterlassen. Mit welcher Schärfe man vorgehen will, beweist der Umstand, daß die dortigen Posten von der Polizei möglichst aus der Straße entfernt werden; man hat ihnen schon den Aufenthalt vor der Türe und auch vor dem in demselben Hause befindlichen Lokal illusorisch gemacht. Die im Kampfe Stehenden werden es sich aber nicht nehmen lassen, ihre Pflicht zu tun, und die dort Anfragenden auf die Situation aufmerksam zu machen.

Verband der Porzellanarbeiter, Zastelle Berlin.

Achtung, Schuhmacher! Bei den Firmen Hamann u. Co., Michaelsstraße 15, und Müller u. Schilweg, Rungelstr. 17, sind im Anschluß an die von seitens des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten verhängte dreitägige Kausperrung Differenzen entstanden, die teils durch Maßregelungen und teils durch Lohnforderungen herbeigeführt wurden. Die Arbeit wurde daher nicht wieder aufgenommen. Diese beiden Firmen sind deshalb gesperrt. Ebenso besteht die Sperre bei der Firma Schröter, Roppenstr. 81, unbedeutend fort. Dagegen ist der Streik bei der Firma Geh u. Dörr, Andreaskstr. 40, durch Verhandlungen beigelegt worden, und wird die Arbeit in den nächsten Tagen wieder aufgenommen.

Zentralverwaltung der Schuhmacher, Ostendestraße Berlin.

Deutsches Reich.

Unternehmerrache an den Maifeiernden.

Auf der Zeche „Schwerin“ bei Dortmund liegen am 1. Mai auch viele Arbeiter die Arbeit ruhen. Die Verwaltung der Zeche ahndete dies mit mehreren hundert Mark Geldstrafe. Zwei Tage später, am Mittwoch, war in Castrop Pferdewettrennen. Die Arbeiter haben mit diesem Sport zwar nichts zu tun, aber die Verwaltung dekretiert eine — Feierschicht. Und dagegen können die Arbeiter nichts machen, sie können die Verwaltung nicht bestrafen.

Die Wandstiefenfabrik von Villeroy u. Boch in Dänischburg bei Lübeck mahregelte 220 Arbeiter und Arbeiterinnen, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hatten.

Wegen der Feier des 1. Mai haben in Augsburg zwei Firmen der Holzindustrie ihre Arbeiter nachträglich auf die Dauer von vier Tagen ausgesetzt, insgesamt 35 Arbeiter. In einer an die Unternehmer verschickten schwarzen Liste werden diese verpflichtet, keinen der Ausgesperrten während der Dauer der Aussetzung einzustellen.

Die Bewegung in der Krefelder Samtindustrie.

Die Samtweber haben ihren Beschluß, in allen Betrieben die Kündigung einzureichen nicht wafr gemacht. Die Verbandsleiter haben längere Verhandlungen mit den Vertretern des Fabrikantenverbandes gepflogen, die noch kein festes Ergebnis zeitigt haben, aber erhoffen lassen, daß der große Ausstand vermieden wird. Es ist bereits eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes einberufen worden, in der die Entscheidung fallen wird.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung setzten die Dachdecker in Waldenburg durch. Sie erzielten eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 5 Pf., 10 Pf. Zuschlag für jede Ueberstunde und die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit.

Tarifbewegung auf der Werft in Wilhelmshaven.

Mit dem am 30. April für die Arbeiter der kaiserlichen Werft in Kraft getretenen Lohnsatz beschäftigte sich am Donnerstagabend eine öffentliche Wertarbeiterversammlung. Der von der Wertdirektion ausgearbeitete neue Tarif befriedigt in den Lohnfestsetzungen keinesfalls. Die stark beachtete Versammlung beauftragte deshalb den Arbeiterausschuß, der Oberwertdirektion einen neuen Lohnsatz zu unterbreiten, der u. a. verlangt: Einstellungslohn für alle gelernte Verufe 45 Pf. für die Stunde, nach vierwöchentlicher Probezeit 50 Pf., nach einjähriger Tätigkeit 54 Pf., nach dreijähriger Tätigkeit 60 Pf.; Einstellungslohn für Hilfsarbeiter 45 Pf., nach einjähriger Tätigkeit 48 Pf., nach dreijähriger Tätigkeit 53 Pf. Die Kieter, Stemmer usw. sind den gelernten Verufen gleichzustellen und die Monatslöhne entsprechend zu erhöhen. Der Lohn der im Monatslohn Beschäftigten soll den Stundenlöhnen entsprechend erhöht werden. Die Arbeitszeit soll einschließlich einer viertelstündigen Frühstückspause und einer halbstündigen Mittagspause 9 Stunden betragen. Für die beiden ersten Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. für die folgenden und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag verlangt. Schließlich wird noch ein Urlaub von 6 Tagen nach Jahrestag und ein solcher von 12 Tagen nach 10jähriger Beschäftigung verlangt; endlich wird eine Erweiterung der Kompetenzen des Arbeiterausschusses gefordert.

Quantiv. Redakteur: Albert Wags, Berlin. Inseratenteil verantw. z

Die Lohnbewegung der Mainzer Holzarbeiter beendet.

Nachdem sich die Verhandlungen zwischen den Arbeiterverbänden und den Prinzipalen Anfang dieser Woche zerfallen hatten und für Donnerstagabend die Arbeitsniederlegung in Aussicht genommen war, suchten Donnerstag früh die Arbeitgeber um nochmalige Unterhandlung nach. Es wurde dabei vereinbart, daß der neue Tarif vier Jahre Gültigkeit haben und die Lohn-erhöhung pro Woche 2,70 M. betragen soll. Mindestlohn 46 Pf. die Stunde, aufsteigend bis zu 50 Pf. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 Pf. für Sonntags- und Nachtarbeit von 20 Pf. pro Stunde gewährt. Eine Schlichtungskommission wurde eingesetzt. Donnerstagabend haben die Holzarbeiter diesen Abmachungen zugestimmt.

Die Hamburger Bäckermeister wollen den Streik.

Die Hamburger Bäckerinnung unter Führung des Bürgerchaftsmitgliedes Winkmann hat es verstanden, die Unterhandlungen über die eingereichten Forderungen der Gesellen fünf Wochen hinauszuziehen, ohne den Arbeitern auch nur einigermaßen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Am Mittwoch hat nun die Innungsverammlung beschloffen, das Angebot nicht mehr zu erweitern; somit sind die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten. Wie wenig ernst es den Unternehmern mit einer friedlichen Beilegung der Streitfrage ist, geht daraus hervor, daß anschließend an die Innungsverammlung eine Besprechung der Bäckerinnungs-Obermeister von der Provinz Schleswig-Holstein zur weiteren Beratung des Streikplanes und der Streikführerzuzufuhr stattfand.

Für die Großbetriebe fordern die Arbeiter den Achtundtag. Die kleinen kapitalschwachen Unternehmer schägen nun diese Kapitalisten insofern, als sie lieber die Unterhandlungen abbrechen und für die Großen eintreten. Wie erleben also daselbe Schauspiel wie bei unzähligen Lohnkämpfen: die Kleinhandwerker sind die Beschädigten des Großkapitalismus, ihres eigenen Leibfeindes. Zugun von Vätern und Konditoren nach Hamburg ist streng fernzuhalten.

Modellfischer. In Chemnitz wurde vor einigen Tagen der Formerstreik erfolgreich beendet und damit die Ausperrung in den Maschinenfabriken aufgehoben. Unter den Ausgesperrten befanden sich auch ca. 400 Modell- und Fabrikfischer. Diese beschloffen, die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht wieder aufzunehmen und haben Forderungen gestellt; befinden sich also jetzt im Streik.

Modellarbeiten aus Chemnitz sind noch wie vor Streikarbeit und werden speziell die Berliner Modellfischer hierdurch gebeten, auf zweifelhafte Arbeit besonders Obacht zu geben, ob diese nicht verkappte Chemnitzer Arbeit ist.

Beendeter Schneiderstreik.

Nach zweimonatiger Dauer ist der Streik der Konfektions-schneider in Jochenhausen in Schwaben mit einem teilweisen Erfolg beendet worden. Die erzielte Lohnerhöhung beträgt 10 Proz., auch sonst bringt der abgeschlossene Tarif Verbesserungen. Die lange Dauer des Streiks wurde durch den Umstand herbeigeführt, daß der christliche Schneiderverband hinter dem Rücken der Freiorganisierten einen Sonderarif mit ganz geringen Zugeständnissen abschloß und nach Kräften Streikbrecher lieferte.

Ausland.

Die Ausperrungen in Dänemark sind trotz der vor acht Tagen erzielten Einigung noch immer nicht aufgehoben und zwar deswegen nicht, weil der außerhalb des Gesamtverbandes der Gewerkschaften stehende Klempnerverband die Einigungsvorschläge des Schlichtungsbeamten auch jetzt noch nicht anerkannt hat, während die Bauerezarbeitsleute, die ja auch bei der Einigung zwischen den Zentralen der beiden Parteien abseits standen, Frieden mit dem Unternehmertum geschlossen haben. Die Dänische Arbeitgebervereinigung hält aber nicht nur alle die formell erledigten Ausperrungen aufrecht, sondern droht noch fortwährend mit Ausbehnung der Ausperrungen auf die verbleibenden anderen Berufe, falls die Klempner die Einigungsvorschläge nicht schleunigst gutheißen. Der Klempnerverband verweigert jetzt im ganzen Lande eine Urabstimmung seiner Mitglieder. Fällt sie nicht zugunsten der Einigungsvorschläge aus, so ist damit zu rechnen, daß von neuem ein allgemeiner Kampf zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum Dänemarks entbrennt.

Englische Bergarbeiterorganisation und parlamentarische Aktion.

Aus dem Bericht des Generalsekretärs der Miners Federation of Great Britain für 1910 geht hervor, welche große Summen die britischen Trade Unions für die parlamentarische Aktion ausgeben. Die Miners Federation erhebt für diesen Zweck eigens Beiträge von den angeschlossenen Distriktsverbänden. 1910 kamen für den „Labour Fund“ 548 218 M. ein. Bei den letzten allgemeinen Wahlen zum Unterhause kandidierten 27 organisierte Bergleute, die entweder der Labour Party oder der Independent Labour Party oder der Sozialdemokratischen Partei angehörten. An Wahlkosten für diese Kandidaten zahlte die Miners Federation direkt und indirekt über 700 000 M. 21 Mitglieder der Miners Federation wurden in das Unterhaus gewählt. Für sie zahlte die Miners Federation an Parlamentsdiäten und Eisenbahnfahrtsgehältern fast 133 000 M. Der jährliche Vollbetrag der Parlamentsdiäten belief sich pro Gewählter auf 7000 M. Daß die parteipolitisch neutrale britische Bergarbeiterfederation in so hervorragender Weise die Zusammensetzung des Parlaments beeinflusst, dürfte den bürgerlichen Gewerkschaftskritikern in Deutschland, die unter einer „neutralen Gewerkschaft“ nach englischem Muster eine in nurgewerkschaftlicher Fachimpulse versunkene Organisation verstehen, kaum in die Schablone passen.

Die Miners Federation besch vorjährig mit 17 angeschlossenen Distriktsverbänden eine Mitgliedschaft von 600 327. Im Jahre 1906 waren es 323 799. Daß eine solche Arbeiterorganisation, wenn sie, wie wir sehen, aktiv in die Politik des Landes eingreift, auch ein politischer Machtfaktor ersten Ranges ist, darüber besteht kein Zweifel.

Internationale Solidarität.

Der städtische Magistrat in Sebastopol (Krim) unterbreitete jüngst der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, wonach die tägliche Arbeitszeit der Bauarbeiter willkürlich um eine Stunde verlängert wurde (von 6 bis 8 mit 2stündiger Mittagspause). Als einer der Stadtverordneten fragte, ob die Arbeiter mit einer solchen Verlängerung der Arbeitszeit einverstanden seien, entgegnete das Stadthaupt Jergopulo: „Wie haben die Arbeiter nicht um ihr Einverständnis gefragt. Das hängt ganz von uns ab.“ Indessen zeigten die Arbeiter nach der Annahme der Vorlage, daß auch sie ein Wortchen mitzupprechen haben. Am Tage nach der Zutretung der neuen Vorleser erklärten sämtliche russische Bauarbeiter Sebastopols, daß sie wie früher nur bis fünf arbeiten würden. Darauf sperre der „patriotische“ Magistrat auf den städtischen Bauten sämtliche Russen aus und stellte an ihrer statt türkische Arbeiter ein. Nach drei Tagen erklärten sich diese aber solidarisch mit ihren russischen Arbeitskollegen und weigerten sich, die obligatorische Verfügung des Magistrats anzuerkennen. Die Spekulation der Hausagrarier und Bodenpekulanten auf die nationalen Gegenstände innerhalb der Arbeiterchaft ist dank dem Umsichgreifen des internationalen Gewandens auch bei den türkischen Proletariern schmächtig zuschanden geworden.

Ein Prozeß gegen die amerikanische Gutmachervereinigung.

Man wird sich noch des Urteils erinnern, das vor einigen Jahren gegen 240 Gutmacher von Domburg gefällt wurde. Danach sollten die beklagten Gutmacher an die Firma Loe u. Co. die Summe von rund 930 000 M. Schadenersatz zahlen. Das Urteil erging 1908, die Sache selbst liegt bis zum Jahre 1902 zurück. Die betreffenden Gutmacher hatten gestreift und die Firma wurde boykottiert. Die Unternehmerorganisation, die die Sache zu der ibrigen machte, klagte auf Grund der Sherman Anti-Trust Akte. In der ersten Instanz wurden die Kläger abgewiesen mit der Begründung, daß die Gutmacher nicht Gewerbe oder Handel betreiben und somit unter das Gesetz nicht fallen. Auf die Berufung der Anti-Boycott-Vereinigung entschied der höchste Gerichtshof, daß die Sache doch dem bezeichneten Gesetz zu unterstellen sei und verwies dieselbe an die erste Instanz zurück, worauf das obige Urteil erging. Seit 1902 bis zum Beginn des Prozesses waren bereits 28 von den 240 Angeklagten gestorben. Die amerikanische „Federation of Labor“, welche die Angelegenheit für die Gutmacher führte, legte hiergegen wieder Berufung ein und nunmehr entschied das Appellationsgericht von New York zugunsten der Angeklagten. Damit wird aber die Angelegenheit, die nun schon 9 Jahre schwebt, noch nicht erledigt sein. Wie eine von der amerikanischen Arbeiterfederation herausgegebene Korrespondenz vom 15. April mitteilt, will die Anti-Boycott-Vereinigung den höchsten Gerichtshof anrufen.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Fleischer hielt am Mittwoch seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse Walded Ranaß hielt einen mit großer Aufmerksamkeit und Begeisterung aufgenommenen Vortrag über: „Der Weg des Volkes zu Licht und Freiheit“. Den Geschäftsbericht vom 1. Quartal gab Bergmann. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen 10 782,50 M., an Unterstützungen wurden 985,35 M. gezahlt. Die Einnahme und Ausgabe der Lokalkasse betrug 7673,14 M., der Kassenbestand 1342,69 M. Durch die Gründung eines gelben Fleischergehilfenbundes für Brandenburg sowie durch dessen Kampfesweise sind vielen Kollegen die Augen geöffnet worden; 488 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. An Beitragsmarken wurde gegen das letzte Quartal ein Mehr von 1736 eingezahlt; gegenüber dem 1. Quartal beträgt der Mehrumsatz 4942. Die Organisation hat in der letzten Zeit sehr gute Fortschritte gemacht. An Versammlungen und Sitzungen wurden 85 abgehalten. Weiter bemerkte Bergmann, daß die Kreisfeier in diesem Jahre gut verlaufen sei. In 5 Betrieben feierten 120 Kollegen. Die Arbeitgeber machten bei den Verhandlungen keinerlei Schwierigkeiten.

Die Stellung des Zentralvorstehenden in Sachen der Kreisfeier wurde von einer Anzahl Kollegen einer scharfen Kritik unterzogen. Die Versammlung war der Meinung, daß in denjenigen Betrieben, wo die Organisation in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden hat, auch der 1. Mai — wenn auch gegen den Willen des Zentralvorstehenden — gefeiert werden müsse. Ferner gab Bergmann bekannt, daß die Delegiertenwahlen zur Innungsversammlung am Dienstag, den 16. Mai, von 5—10 Uhr in den Bismarcksaal, Neue Grünstraße 28, stattfinden und forderte zur fleißigen Agitation auf.

Letzte Nachrichten.

Wiederanstreten der Wurmkrankheit.

Bodum, 5. Mai. (V. G.) Die Wurmkrankheit der Vergleute, durch die vor einer Reihe von Jahren eine große Anzahl Vergewerks des rheinisch-westfälischen Industriebezirks verheert war, die aber infolge energischer Maßnahmen bis auf eine verschwindende Anzahl von Krankheitsfällen zurückgedrängt werden konnte, tritt in letzter Zeit wieder auf und hat neue Untersuchungen notwendig gemacht. So wurde, dem „Märk. Sprecher“ zufolge, ein großer Teil der Belegschaft der Zeche Präsident bis vor wenigen Tagen im hiesigen katholischen Krankenhaus zur Beobachtung gestellt. Bei einer Anzahl Vergleute wurden Wurmeier festgestellt. Auch auf einigen Zechen des Rülheimer Reviers und an der Lippe wurden unter der Belegschaft Krankheitserscheinungen beobachtet. Anscheinend ist die Krankheit vom Auslande neu eingeschleppt worden.

Eine Niederlage der Türken.

Wien, 5. Mai. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Cetinje meldet, veruchten die Türken eine Aufstellung der Aufständischen bei Dersisch zu erkämpfen. Dabei verloren sie dreihundert Tote, Verwundete und Gefangene, die Aufständischen sechs Tote und zwanzig Verwundete. Die Aufständischen erbeuteten über 200 Kausergewehre.

Spanien beruhigt sich.

Madrid, 5. Mai. (W. L. B.) Ministerpräsident Canalejas gab der Hoffnung Ausdruck, daß die zwischen Frankreich und Spanien schwebenden Verhandlungen zur Beseitigung von Mißverständnissen in der Marokkofrage zu einer freundschaftlichen Verständigung führen werden. — Die Regierung beschloß, den in der Umgegend von Ceuta aufstrebenden Pflanzungsgruppen von Eingeborenen durch Entsendung einer Polizeitruppe ein Ende zu machen.

Jugendwehr in China.

Charbin, 5. Mai. (Meldung der „Petersburger Telegraphenagentur“.) Der chinesische Minister des Unterrichts hat die Verfügung erlassen, in den Mittels- und Volksschulen obligatorischen Turnunterricht und obligatorische Uebungen im Gehen und Schießen einzuführen. Die Schulen sollen mit der notwendigen Zahl von Flinten leichterem Typs versehen werden, in deren Handhabung Militärinstruktoren unterweisen sollen.

Die Pest auf Formosa.

Tokio, 5. Mai. (Meldung der „P. C.“.) Auf der Insel Formosa sind in den letzten Tagen 129 Erkrankungen an Pest vorgekommen. Obgleich man die nötigen Sicherheitsmaßregeln gegen eine Weiterverbreitung der türkischen Krankheit getroffen hat, liegt doch die Befürchtung einer weiteren Ausdehnung der Seuche nahe, weil viele der Kranken erst, nachdem die Krankheit bei ihnen schon weit vorgeschritten war, ins Hospital eingeliefert worden sind. Eine große Anzahl der Kranken ringt mit dem Tode.

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Washington, 5. Mai. (W. L. B.) Nach einer Meldung des Postcharters Wilson sind die Zustände in Mexiko unerträglich. Da befürchtet wird, daß eine Krise in Mexiko bevorsteht, werden wahrscheinlich unverzüglich Kriegsschiffe nach Acapulco entsandt werden, wo die Sicherheit der Amerikaner besonders bedroht erscheint. (Siehe auch Politische Uebersicht.)

Ein nettes Fräulein.

Mannheim, 5. Mai. (S. B.) Der 17jährige Sekundaner Ruch Reiff, der unlängst 53 600 M. im Finanzamt kahl, hatte sich gestern vor der Strafkammer zu verantworten. Wie die Untersuchung ergab, hatte der Angeklagte schon vorher mit den Schlüssel seines Vaters, der Oberbuchhalter und Kassierer beim Finanzamt ist, die Amtskasse wiederholt heimgejagt und Beträge von 3—70 M., 80 M. und 270 M. entwendet. Nach dem großen Diebstahl begab er sich nach Frankfurt, wo er am Tage vorher eine Wohnung gemietet hatte, und hier wurde er drei Tage später verhaftet. Man fand das gestohlene Geld noch vollständig bei ihm vor. Das Gericht erkannte auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis.

Reichstag.

167. Sitzung, Freitag, den 5. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung.

Reichsversicherungsordnung.

§§ 1-6 werden debattelos angenommen.

§ 7 gestattet dem Vorstande der Versicherungsträger in eiligen Fällen schriftlich abzustimmen.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, diesen Paragraphen zu streichen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Eine eingehende Prüfung von Rentenfestsetzungen ist bei schriftlicher Abstimmung nicht möglich, und es besteht die Gefahr, daß man Rentenfestsetzungen als eilige Sachen ansehen wird.

Die Debatte schließt, § 7 wird angenommen. Zu § 11: Die Sitzungen des Vorstandes sind nicht öffentlich beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.), zuzufügen: „soweit nicht anders beschlossen wird“.

Abg. Busold (Soz.):

Bei der Wichtigkeit der Verhandlungen des Vorstandes von Rassen, — die Jahresabschlüsse z. B. werden dort festgestellt — muß es möglich sein, öffentliche Verhandlungen zuzulassen. Die Versicherten und auch die Arbeitgeber müssen die Möglichkeit haben, Einspruch zu erheben. Bei dem großen Interesse, das die Versicherten und auch die Arbeitgeber an der Rasse mit ihren Verhältnissen haben, müssen sie die Möglichkeit haben, einen Rat zu erteilen. Daher nehmen Sie unseren Antrag an. Wir wollen nicht, wie man uns nachsagt, den Entwurf zu Fall bringen, aber wir wollen ihn besser aufstellen. Dieser Antrag soll das tun, indem er die Interessen der Versicherten wahrt.

Die Debatte schließt.

Abg. Dr. Dröschler (L.) als Berichterstatter bittet um Ablehnung des Antrages Albrecht; die Aufsichtsbehörde solle dafür, daß nichts Unrechtes vorkomme.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Zu § 12, welcher zu Ehrenämtern nur volljährige Deutsche wählbar erklärt, beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.), statt „Deutsche“ zu setzen „Personen“.

Abg. Hengsbach (Soz.):

Zahlreich gehören ausländische Arbeiter zu den Versicherten, und es liegt kein Anlaß vor, diese zu den Ehrenämtern nicht zuzulassen. Sogar als Gesetzgeber haben wir im preussischen Herrenhause Herren, die weit mehr Ausländer als Deutsche sind. Aber bei Arbeitern meint man wohl, „Ausländer, Fremde, sind's zumeist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion“. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Für unseren Antrag spricht der Umstand, daß es bei uns gute Deutsche gibt, die nicht im Sinne des Gesetzes Deutsche sind, sondern weltfremd. Nach 1866 zogen manche Hannoveraner nach Hamburg und verloren nach fünf Jahren ihre Staatszugehörigkeit, ohne die hamburgische zu erwerben; auch deren Kinder sind nicht deutsch, sondern weltfremd. Auch unserem früheren Kollegen v. Elm wäre es beinahe passiert, Däne zu sein, wenn nämlich sein Vater, der aus Schleswig-Holstein nach Hamburg gezogen war, statt am 1. November etwa schon am 1. Mai, als Schleswig-Holstein noch nicht annektiert war, von Hamburg nach Althaldensleben zurückgezogen wäre. Jemand ein Bedenken, Ausländer zur Wahl zuzulassen, liegt nicht vor, da doch nur Personen gewählt werden, die das Vertrauen ihrer Kollegen haben.

Die Debatte schließt. Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 14 erklärt bei der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Versicherte als Arbeitgeber, wenn sie regelmäßig mehr als 2 Arbeitnehmer beschäftigen, bei der Unfallversicherung dagegen Mitglieder der Berufsvereinigungen, auch wenn sie keine Versicherungspflichtigen beschäftigen.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, den § 14 so zu fassen: „Versicherte werden den Unternehmern zugerechnet wenn sie regelmäßig mindestens einen Versicherungspflichtigen beschäftigen.“

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Man darf doch in einem Gesetz, noch dazu in ein und demselben Paragraphen nicht den Begriff des Arbeitgebers verschieden definieren. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Zu § 20 begründet Abg. Trimborn (Z.) einen Antrag, wonach bei Beratung über solche Gegenstände, die das Privatinteresse eines Mitgliedes oder

seiner Angehörigen betreffen, das Mitglied sich der Teilnahme an der Beratung und Abstimmung enthalten muß.

Der Antrag Trimborn wird angenommen.

§ 21 gestattet dem Vorstand, einen Gewählten, dessen Vertrauenswürdigkeit zur Rassenführung zweifelhaft ist, vom Amte zu entheben, bei einer Krankenkasse soll die Aufsichtsbehörde dies Recht haben.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, den letzten Passus zu streichen.

Abg. Hoch (Soz.):

Es handelt sich hier um eine Ausnahmebestimmung gegen die Krankenkassen, die ihren Vorstand gegenüber dem Vorstand der Berufsvereinigungen und dem der Versicherungsanstalten degradieren muß.

Die Debatte schließt.

Abg. Dr. Dröschler (L.) als Berichterstatter: Von einer Degradierung der Vorstände der Krankenkassen ist keine Rede; aber die Krankenkassen haben nicht behördlichen Charakter wie die Berufsvereinigungen und die Versicherungsanstalten.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Weiter beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) die Zuzufügung eines § 22a, wonach die Einnahmen und das Vermögen der Versicherungsträger von staatlicher und kommunaler direkter Steuer sowie von der Steuer vom Grundbesitz befreit sind.

Abg. Göhre (Soz.):

Es handelt sich hier um Wohlfahrtsanstaltungen; auch beim Wertzuwachssteuergesetz sind diese steuerfrei gelassen, und das sollte auch hier geschehen.

Die Debatte schließt.

Abg. Dröschler (L.) als Berichterstatter: Der Gedanke des Antrags ist und sympathisch, aber seine Durchführung muß der Reichsgesetzgebung überlassen bleiben.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Zu § 24, welcher der obersten Verwaltungsbehörde das Recht der Genehmigung dazu gibt, daß das Vermögen der Versicherten auch in Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbänden angelegt wird, beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) statt „der obersten Verwaltungsbehörde“ zu setzen „das Reichsversicherungsamt“.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Unser Antrag soll eine Einheitlichkeit des Rechts herbeiführen, wenigstens die Institutionen, die durch Reichsgesetz geschaffen werden.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 33 erklärt zu öffentlichen Behörden der Reichsversicherung die Reichsversicherungsämter, die Oberversicherungsämter, das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter. Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen die Worte „und die Landesversicherungsämter“ zu streichen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

In der ersten Lesung hat die Kommission unserem Antrage stattgegeben. Seine Folge würde sein, daß das Reichsversicherungsamt überall die oberste Instanz wäre, und dadurch würde eine Einheitlichkeit der Rechtsprechung und des Verfahrens herbeigeführt werden.

Die Debatte schließt.

Abg. Dr. Dröschler (L.) als Berichterstatter: Die Zuzufügung der Landesversicherungsämter ist notwendig, um das Reichsversicherungsamt zu entlasten.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Die Debatte über die §§ 34 bis 46 (Versicherungsamt, seine Errichtung und sein Vorsitzender) wird verbunden.

§ 34 verlangt bei jeder unteren Verwaltungsbehörde die Errichtung einer Abteilung für Arbeiterversicherung (Versicherungsamt). Diesen Absatz beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) so zu fassen: „Für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde wird ein Versicherungsamt als selbständige Behörde errichtet.“

Abg. Severing (Soz.):

Die Angliederung der Versicherungsämter an die kommunalen Behörden würde nach der Zusammenlegung der Magistrate sicher kein sozialpolitischer Fortschritt sein. Das Wort, das ein Zentrum abgeordneter einmal gesprochen: „Man muß sich schämen, ein Preuge zu sein“, gilt auch heute noch, und deshalb ist es dringend nötig, hier den Amtschimmel der preussischen Bürokratie auszuschalten. Bleibt es bei dem Kommissionsvorschlage, so wird in den Versicherungsämtern der kleinliche preussische Polizeigeist herrschen. Wie der Reichsanwalt Coprivi alle Gehege auf ihre Wirkung auf die Sozialdemokratie prüfte, so scheint es auch jetzt der Fall zu sein; politische Tendenzen haben der Reichsversicherungsordnung ihr Gepräge aufgedrückt. Man fragt nicht danach, was gut und nützlich, sachlich und wertvoll ist, sondern man will Bestimmungen schaffen, die eine Gewähr dafür geben, daß der Einfluß der Arbeiter

Und haben doch nur ein dreifaches, Ein kurzes Programm und Register: Bojazzosprünge des Geistes Zum Amüsament der Philister!

Neue Anwendungen des Salvarsan. Da das Salvarsan (Chlorsäure 606) nicht nur bei Syphilis, sondern auch bei Wechselfieber, Malaria und Tuberkulose günstige Wirkungen aufweist, so lag der Gedanke nahe, es auch bei bösartigen, nicht mehr operierbaren Geschwülsten zu versuchen, zumal der Arsenik bei der Heilung der bösartigen Geschwülste von alters her eine große Rolle spielt. Es wurden daher im Heidelberger Institut für Krebsforschung eine Anzahl geeigneter Fälle, im ganzen 12, behandelt, über deren Resultate Professor Czerny und Dr. Caan berichten. Es wurde konstatiert, daß vielfach die Schmerzen nach der Einspritzung nachließen, und die Geschwulste gemildert wurden. Besser als die Krebsen wurden die sogenannten Sarcome beeinflusst. Bei einem jungen Mann von 19 Jahren mit einer derartigen Geschwulst am Brustbein war schon am folgenden Tage nach der Einspritzung Nachlassen der Schmerzen und eine geringe Beweglichkeit des Armes zu konstatieren. Vier Tage nach der Einspritzung waren die Schmerzen völlig geschwunden, es trat guter Schlaf ein und eine lebensfrohe Stimmung. Der Arm konnte nahezu bis zur waagrechten Höhe gehoben werden, die Geschwulst flachte sich ab. Bei den Krebsen konnte nur vereinzelt eine merkbare Verkleinerung der Geschwülste durch die Einspritzung bewirkt werden. In einem Falle von Jungentrebs kam es schon nach zwei Tagen zu einer erheblichen Verflüssigung der Geschwulst. Wenn man die suggestive Wirkung des Mittels ausschaltete, so durfte man manchmal an die Wirkung eines Wundermittels glauben, das u. a. bei einem Kranken mit Jungentrebs, dessen unbeschreiblich heftige Schmerzen selbst nach Verabreichung größerer Morphiumdosen nicht gelindert wurden, einen Zustand absoluter Schmerzlosigkeit auslösen konnte. Schon die Zahne der Schmerzmittel allein dürfte eine gewisse Anzeige der Salvarsanbehandlung bei Krebsen geben. Bei dem an Sarcom erkrankten jungen Mann trat Heilung ein, so daß er vor kurzem bei der Musterung als diensttauglich erklärt wurde. Zuweit entkräftete Fälle dürfen mit Salvarsan nicht behandelt werden.

Der Sammelport der amerikanischen Millionäre. Erst in diesen Tagen hat Pierpont Morgan für eine Bibel 200 000 Mark und für einen Lutherbrief 102 000 Mark bezahlt und sorgenvoll fragen sich die Liebhaber alter Kunstwerke, wie lange es noch dauern wird, bis die alte Welt ihrer noch freien

keine ausschlaggebende Bedeutung gewinnt; das ist auch bei diesem Paragraphen der Fall. Ich las heute in der Rede eines konservativen Abgeordneten das Zitat: „Der eine fragt: was folgt daraus, der zweite, was ist recht, und dadurch unterscheidet sich der Freie vom dem Knecht.“ Auch bei diesem Paragraphen ist Ihr Motto gewesen: Was folgt daraus, unser Motto dagegen ist: Was ist recht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Trimborn (Z.) begründet einen Antrag, dem § 36 eine andere Fassung zu geben, wonach keinen anderen Bundesstaate als Hamburg gestattet wird, die Versicherungsämter auch als selbständige Behörden zu errichten. Nach der Fassung der Kommission würden der Absicht der Kommission zuwider auch Baden und Württemberg diese Befugnisse haben.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Daß bei einer Regierung, an deren Spitze ein Weismann Hollweg steht, von dem Bestreben, den Arbeitern wieder Recht zu verschaffen, keine Rede ist, versteht sich von selbst; aber bezeichnend ist es, daß den reaktionären Mehrheitsparteien dieses Hauses die Vorschläge der reaktionären Regierung Weismann Hollweg noch länger nicht reaktionär genug waren. Der Rechten war der Rechtsweg für die Ansprüche kranker Arbeiter, den die Regierung vorschlug, noch viel zu gut.

Das Zentrum macht natürlich wieder mit.

und die Regierung, die immer mit einem „Annehmbar“ bei der Hand ist, wenn es sich um Unternehmerrückgriffe handelt, akzeptiert alle Verschlechterungen, die die Arbeiter betreffen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Fassung des § 34, wie ihn die Kommission beschlossen hat, bedeutet einfach die Auslieferung der unteren Versicherungsinstanz an den Landrat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und damit nun ja außer Hamburg nicht ein anderer Bundesstaat eine etwas bessere Organisation der Versicherungsämter einführt, stellt Herr Trimborn seinen Antrag, der Baden und Württemberg verhindert, das preussisch-mecklenburgische Niveau zu überschreiten! — Unsere Anträge zu § 34 und den folgenden Paragraphen bezwecken, die Versicherungsämter aus der Abhängigkeit von den unteren Verwaltungsbehörden zu lösen und eine untere Instanz für Versicherungsämter zu schaffen, die wirklich den Namen einer solchen verdient. Wenn man unsere Anträge ablehnt, so sollte man wenigstens die Verschlechterungen beseitigen, die die Kommission am Regierungsentwurf vorgenommen hat. Diese Verschlechterungen sind bezeichnend für die Arbeiterpolitik der sogenannten Staatsbehaltenden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Guno (Sp.): Gütte man kurz und bündig in das Gesetz hineingeschrieben: Der Landrat ist die untere Versicherungsinstanz, so wäre das wenigstens offen und ehrlich gewesen. (Sehr gut! links.) Die Kommissionsbeschlüsse bedeuten, daß auf dem Lande das ganze untere Versicherungswesen in die Hand des Landrates gelegt wird. Was die Stadtverwaltungen betrifft, so werden ihnen Schwierigkeiten und Arbeiten aufgebürdet, an denen sie das Gegenteil von Freude erleben werden. Auch wir sind für die Loslösung der unteren Versicherungsinstanz von den unteren Verwaltungsbehörden. (Beifall links.)

Abg. Kulerki (Pole) spricht sich für die sozialdemokratischen Anträge aus.

Die Debatte schließt.

Berichterstatter Dr. Dröschler bestreitet im Schlußwort, daß die Kommission von politischen Motiven bei ihren Beschlüssen über die untere Instanz geleitet worden sei.

Es folgen die Abstimmungen.

Die Abstimmung über den grundlegenden sozialdemokratischen Antrag zu § 34 (selbständige Versicherungsamt) ist namentlich. Der Antrag wird mit 229 gegen 65 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, abgelehnt. Außer den Sozialdemokraten stimmten nur die Polen, der Däne Hansen und ein paar vereinzelte Fortschrittler (Fogter, Dohrn) für den Antrag Albrecht. Jedoch stimmt die fortschrittliche Volkspartei mit den Sozialdemokraten und Polen gegen den § 34, der mit den Stimmen der übrigen Parteien angenommen wird.

Der Antrag Trimborn zum § 36 läßt nur für Hamburg die Möglichkeit zu, selbständige Versicherungsämter zu errichten.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Ich stelle fest, daß der Antrag Trimborn die süddeutschen Staaten an der Errichtung selbständiger Versicherungsämter hindert, weil das Staaten sind, in denen die Arbeiter einigermassen als Staatsbürger behandelt werden. Selbstredend stimmen wir gegen den Antrag. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Trimborn wird angenommen. Dafür stimmen von den Freisinnigen Dr. Mugdan und Dr. Pachnick. § 41 bestimmt zum Vorsitzenden des Reichsversicherungsamts den Leiter der unteren Verwaltungsbehörden und trifft Bestimmungen über die Stellvertreter des Vorsitzenden und ihre Bestätigung.

Aphorismen und Epigramme

von Ernst Ziel.

Die beiden flammenden Leuchten am sonst so dunklen Wagen der Zeit sind die gewaltig aufblühenden Naturwissenschaften und das hell erwachende Bewußtsein des vierten Standes. Auf der Straße des Jahrhunderts, dieser Straße voll Kulturhauch und unschuldig vergossenen Blut, saust leuchtend der feurige Wagen dahin. Und erschrocken flüchtet Despotenhochmut und Pfaffenabertwig in das Drachennest der Finsternis zurück, woher sie stammen.

Die Justiz im heutigen Deutschland ist nicht der Ausdruck des öffentlichen Rechtsgefühls, sondern ein Volksgesetzorgan der Regierung. Heute schützt bei uns zulande das Strafrecht nicht mehr in erster Linie die Person und die Freiheit des Bürgers, sondern vor allem die Autorität des Herrschers.

Das beste Symbol des Kriegs? Ein Metzger mit dem Heiligenschein!

Der Soldat von heute ist in erster Linie Prätorianer, ein Polizist im Dienste der Satten gegen die Hungrigen. Schafft den Hunger der Hungrigen ab, ihr Satten — und ihr braucht weder Prätorianer noch Polizisten mehr.

Der Künstler soll ein Hechter seiner Zeit sein. Auf der Brust soll er die Narben ihrer Schlachten, auf der Stirn die Zurecht ihrer Gedanken, am Arm den Schild ihrer Erkenntnisse tragen.

Wissen ist des Lebens Preis —

Glücklich, wer weiß!

Aber das macht keinen vollen Mann —

Glücklich, wer weiß und kann!

Die Presse? Für Riesen kauf sie ein Gott —

Kam treiben Anipfe mit ihr Spott.

Sie ist verberlinert und verwienert;

Sie schachtet und liebedienert.

Sind mir das Journalisten,

Seiltänzer mit der Feder,

Kellner-Juden und Christen

Und klug maskiert ein jeder!

Sie tun, als könnten sie flüchtig

Mit aufgeblasenen Waden

Die Menschheitskränkel vergnüglich

Und offenhütig knaden

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Wir beantragen, daß zu Vorstehenden nur Personen bestellt werden, die entweder zum höheren Verwaltungsdienst bezw. zum Richteramt befähigt sind oder aber Ausbildung und Erfahrung auf dem Gebiete des Versicherungswesens besitzen.

Abg. Cuno (Op., schwer verständlich) scheint sich für den zweiten Teil des Antrages Albrecht zu § 49 (Beseitigung oder doch Einschränkung des Besetzungsrechts) auszusprechen.

Abg. Horn-Kneß (natl.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Das Besetzungsrecht wird fortgesetzt politisch mißbraucht, und zwar gerade von den Leuten, die nicht genug über angeblichen Mißbrauch in „sozialdemokratische Klassen“ geteilt können. Ebenso sieht es mit dem Aufsichtrecht. Schon die bisherigen Bestimmungen über das Aufsichtrecht der Verwaltungsbehörden werden arg mißbraucht; ich nenne nur den Namen des Landrats von Striegau, Herrn von Nichtshofen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die §§ 41 bis 48 in der Kommissionsfassung angenommen.

Die Diskussion über die §§ 49 und 50 werden verhandelt. Sie regeln die Wahl der Versicherungsvertreter, und zwar soll sie indirekt geschehen durch die Vorstandsmitglieder. Die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, die Wahl in besonderen Wahlgängen mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl.

Abg. Brühne (Soz.):

Die direkte Wahl ist notwendig, wenn die Gewählten das Vertrauen der Versicherten genießen sollen.

Abg. Mugdan (Op.) und Abg. Korsantj (Pole) erklären sich für den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Wir haben noch einen Eventualantrag, den § 44a einzufügen, gestellt, der auf die durch die Schaffung der Landkrankenlassen geschaffenen Verhältnisse Rücksicht nimmt. In diesen werden die Vertreter der Versicherten ohne Mitwirkung der Arbeiter gewählt, und es liegt die Gefahr vor, daß diese Landkrankenlassen einen überwiegenden Einfluß auf die Zusammenlegung der Vertretung der Versicherten bekommen. Auf dem letzten christlichen Gewerkschaftskongreß wandte sich der Zentrumsabgeordnete Weder gegen den Ausschluß des Arbeiterinflusses in den Landkrankenlassen. In der Kommission aber hat er mit dem Zentrum diese Klassen dem Landrat ausgeliefert. So werden die christlichen Arbeiter irreführt über die Absichten des Zentrums, das die Interessen der Arbeiter hier preisgegeben hat. Unser Eventualantrag soll wenigstens ermöglichen, daß die Arbeiter der einzelnen Erwerbsgruppen gesondert ihre Vertreter wählen. Ich stelle hierbei noch einmal fest, daß das Zentrum sich nicht nur gegen die allgemeine Wahl gewendet hatte, sondern auch gegen das Wahlrecht der Landarbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Becker-Andersberg (P.): Die Sozialdemokraten haben selbst zu § 105 eine indirekte Wahl beantragt. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß habe ich nicht als Zentrumsabgeordneter gesprochen, sondern als Mitglied der christlichen Gewerkschaften. (Große Heiterkeit.) Ich habe damals auch von dem ersten Regierungsentwurf gesprochen und gleich gesagt, unsere Anschauungen werden sich ändern, je nachdem wie die Haltung der Regierung sich ändert. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Wir haben in unserem Antrag zu § 105 deshalb die indirekte Wahl aufgenommen, weil Sie ja die direkte allgemeine Wahl hier ablehnen werden. Eine Entlastung des Reichsversicherungsamts, von der so viel die Rede ist, würde durch gute untere Instanzen eintreten, die so Recht sprechen, daß jeder damit zufrieden ist. Deshalb verlangen wir hierfür das allgemeine gleiche Wahlrecht. Aber die Erwählung eines allgemeinen gleichen Wahlrechts macht die Herren rechtlich immer wild, und nun gar ein allgemeines gleiches Wahlrecht für Arbeiter. Daher machen Sie hier ein so kompliziertes Wahlrecht. Auch die Landarbeiter und Dienstboten, die in die Landkrankenlassen kommen sollen, sollen ein Wahlrecht erhalten, aber nicht als Menschen, sondern als Sachen werden sie dabei behandelt. In einigen amerikanischen Staaten hatten auch die Sklaven ein Wahlrecht, ausgeübt aber wurde es von den Sklavenhaltern. Ebenso steht es mit dem Wahlrecht in den Landkrankenlassen, das von den Arbeitern selbst nicht ausgeübt werden darf. Die Folge Ihres komplizierten Wahlsystems ist, daß von 36 Vertretern 23 von den Unternehmern und nur 13 von den Arbeitern gewählt werden. Um festzustellen, wer die Arbeiter entsenden will, haben wir über unseren Antrag namentliche Abstimmung verlangt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrend (wirtsch. Bg.) erläutert einen Antrag, der den Knappschaftskassen die Wahl der Vertreter der Versicherten bei den Knappschaftlichen Krankenkassen einzumünden will.

Abg. Sachse (Soz.):

bittet um Ablehnung dieses Antrages, der große Konfusion anrichten würde; die sachlichen Knappschaftskassen stehen ja gar nicht unter dem Krankenkassengesetz.

Der sozialdemokratische Antrag wird mit 193 gegen 97 Stimmen abgelehnt, die §§ 49 und 50 werden in der Fassung der Kommission mit dem Zusatzantrag Behrend angenommen.

§ 51 bestimmt, daß in den Klassenverbänden an der Wahl der Arbeitgebervertreter nur die Mitglieder aus den Arbeitgebern an der Wahl der Versichertenvertreter die Mitglieder aus den Versicherten teilnehmen.

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Wir beantragen, hinter „aus den Versicherten“ zuzufügen, soweit sie von den Versicherten gewählt sind, damit die Vertreter in den Landkrankenlassen ausscheiden, die ja von den Versicherten nicht gewählt sind.

Abg. Kuferski (Pole) schließt sich den Ausführungen Wollenbuhrs an.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 55 erklärt nur Männer für wählbar zu den Versicherungsämtern.

Abg. Mugdan (Op.) beantragt, auch Frauen für wählbar zu erklären; schon wegen der Hinterbliebenenversicherung sei das nötig. Als Vertreter der Arbeitgeber können Frauen in den Oberversicherungsämtern gewählt werden; um so notwendiger ist, sie in den Versicherungsämtern auch als Vertreter der Arbeitnehmer zuzulassen.

Abg. Cuno (Op.):

Wir haben denselben Antrag gestellt. In der Kommission hat der Regierungsvertreter gesagt, Frauen können obrigkeitliche und richterliche Befugnisse unter keinen Umständen beigelagt werden. Diesem Standpunkt muß auf das schärfste entgegengetreten werden, es ist das ein rückwärtschristlicher Grundgedanke, den der Reichstag entschieden zurückweisen möchte. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mugdan (Op.): Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß § 56 die Wahl von Frauen zu den Oberversicherungsämtern ausschließt. Deshalb bleibt sie doch notwendig. (Sehr richtig! links.)

Der Antrag auf Zulassung der Frauen wird abgelehnt.

§ 64 bestimmt, daß der Spruchauschuß des Versicherungsamtes aus dem Vorstehenden und je einem Versicherungsvertreter der Arbeitgeber und der Versicherten besteht.

Abg. Albrecht (Soz.)

Begründet einen Abänderungsantrag Albrecht, dahingehend, daß je zwei Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten vorgelesen werden. Wir beantragen ferner dieselbe Verdoppelung bei den Versicherungsvertretern im Beschlußauschuß, wie ihn § 65 vorseht, und bitten das Haus, im Interesse der Rechtsprechung unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dröschner (L.): Die Rechtsprechung hängt nicht von der Quantität, sondern der Qualität der Richter ab.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt (von den Christlichen stimmen nur einige wenige Abgeordnete, darunter Träger und Fegter, dafür, die §§ 64 und 65 in der Kommissionsfassung angenommen).

Die Beratung des § 66, der von den Kosten der Versicherungsämtern handelt, wird nach einer Geschäftsordnungsdebatte zurückgestellt. Die Frage der Kosten der Versicherungsämter soll in Verbindung mit der Kostenfrage der Oberversicherungsämter erörtert werden.

§ 76 bestimmt, daß besondere Oberversicherungsämter für Staatsbetriebe und besondere Gruppen von Betrieben (namentlich für solche, die Knappschaftskassen angehören) errichtet werden können.

Abg. Hoch (Soz.):

Wir beantragen Streichung dieser Bestimmung. Diese Streichung war auch von der Kommission ursprünglich beschlossen worden. Sie wurde beschlossen aus sachlichen Gründen, sie wurde wieder rückgängig gemacht aus politischen Gründen! Wir beantragen den ursprünglichen Beschluß der Kommission wieder herzustellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Zu § 77 begründet

Abg. Wollenbuhr (Soz.)

einen Antrag Albrecht, die Oberversicherungsämter obligatorisch (nicht bloß fakultativ, wie die Kommission vorschlägt), zu selbständigen Behörden zu machen. Dieselben Gründe, die für selbständige Versicherungsämter sprechen, sprechen in erhöhtem Maße für selbständige Oberversicherungsämter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Beim § 82 begründet

Abg. Veder (Soz.)

einen Antrag, in den Oberversicherungsämtern nicht bloß, wie die Kommission will, den Direktor, sondern auch die übrigen Mitglieder auf Lebenszeit zu berufen, um ihre Unabhängigkeit zu sichern. Eine solche Sicherung erscheint sehr geboten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Die §§ 82-90 werden in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonntag abend 12 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Bäcker vor dem Einigungsamt.

Am Freitag äußerten sich die Parteien zunächst über die in der Tarifvorlage geforderte Lehrlingskassa. Es wird gefordert, daß in Betrieben ohne Gesellen nicht mehr als ein Lehrling gehalten wird. Wo zwei Lehrlinge gehalten werden, müssen mindestens zwei Gesellen dazwischen beschäftigt werden. Mehr als zwei Lehrlinge darf kein Meister halten.

Henschold begründete die Forderung und verwies darauf, daß in Deutschland 32 000 Gesellen und 33 000 Lehrlinge beschäftigt werden. Das sei ein ungesunder Zustand, der als Lehrlingszucht bezeichnet werden müsse. Dieser Zustand habe zur Folge, daß die gesamte Gesellenzahl in wenigen Jahren durch ausgeleitete Lehrlinge ersetzt werde, so daß durchschnittlich jedes Bäckergehilfe, wenn er ein Alter von 24 Jahren erreicht habe, im Gewerbe überflüssig geworden sei und in einen anderen Beruf übergehen müsse. Wenn über diesen Punkt eine Erhebung veranstaltet würde, dann werde sich zeigen, daß mindestens zehnmal so viele gelehrte Bäcker in den verschiedensten Industrien arbeiten als wie im Bäckerhandwerk selbst. Durch die Beschränkung der Lehrlingszahl sollen die Gesellen dem erlernten Beruf erhalten und die Ausbeutung unbegleiteter Arbeitskräfte eingeschränkt werden. Die Festlegung einer Lehrlingskassa liege auch im Interesse der Meister, denn ein Meister, der 4 Gesellen beschäftigt, könne doch nicht konkurrieren mit seinem Kollegen, der 4 Lehrlinge hält. Wer unter solcher Konkurrenz zu leiden habe, dem werde es natürlich schwerer, die Tarifbestimmungen innezuhalten. Also liege die Einführung einer Lehrlingskassa auch im Interesse der Durchführung des Tarifes.

Obermeister Schmidt bestritt, daß die von Henschold angeführten, für Deutschland geltenden Zahlenverhältnisse für Berlin zuträfen. In Berlin und den Vororten läge auf drei Bäckerbetriebe nur ein Lehrling. Auch in Deutschland gebe die Zahl der Lehrlinge von Jahr zu Jahr zunehmend, möge auch die Flugblätter des Bäckerverbandes betonen, welche vor Erlernung des Handwerks wärnen. Gegen Lehrlingszucht spreche die Handwerkskammer ein. Bestimmungen über die Haltung von Lehrlingen gehören nicht in den Tarif. Die Handwerkskammer habe der Innung verboten, derartige Bestimmungen zu treffen. In Berlin bestehe kein ungünstiges Verhältnis in der Lehrlingshaltung. Die Meister würden sich in keiner Form eine Bestimmung über Beschränkung der Lehrlingszahl aufdrängen lassen. Die Innung habe auch kein Recht dazu, denn die Handwerkskammer habe es verboten.

Schneider bemerkt, er wolle nicht bestreiten, daß die Verhältnisse in der Lehrlingszahl in Berlin günstiger liegen als in der Provinz. Dabei sei aber zu berücksichtigen, daß es in Berlin viele Großbetriebe gebe und daß durch Mitzahlung derselben natürlich ein günstiges Verhältnis festgestellt werden müsse. Würde man nur die Kleinbetriebe rechnen, dann wäre das Verhältnis weniger günstig. Durch die Lehrlingskassa solle nur verhindert werden, daß ein Meister 3 bis 4 Lehrlinge hält und dadurch anderen, die das nicht tun, die Innehaltung des Tarifes erschwert.

Hierauf folgt die Verhandlung über die sanitären Bestimmungen in der Tarifvorlage. Sie besagen, daß die Waschl- und Umkleieräume der Gesellen sowie die Schlafräume der Lehrlinge sich in menschenwürdigem Zustande befinden müssen, daß alle geschlichen Forderungen bezüglich Keuschheit, Volksgesundheit, Hebererziehung zu befolgen sind und namentlich die Bestimmungen der Bädervereinbarung vom 8. Juni 1908 streng einzuhalten sind, auch in den Fällen, wo behördlicher Dispens erteilt sein sollte. Obermeister Schmidt bezeichnet die Form dieser Forderung als verkehrt für die Meister und bezieht sich darauf, daß alles, was in diesem Punkte gefordert wird, bereits durch die Polizeiverordnung geregelt werde, es brauche also nicht im Tarif aufgenommen zu werden.

Henschold sagte, die Polizeiverordnung enthalte nicht alles, was notwendig sei. Außerdem werde doch von den Meistern — wie ihre Petition an den Reichstag beweise — verlangt, daß die Verordnung mißgehandelt werde. Wir verlangen von den Gesellen strengste Sauberkeit. Diese kann aber nur durchgehört werden, wenn die Meister die Vorbereitungen dafür schaffen. Wo die Räume und die Einrichtungen nicht einwandfrei sind, da können die Forderungen der Sauberkeit beim besten Willen nicht durchgeführt werden. Die Meister müßten doch dieser Forderung des Tarifes freudig zustimmen und nicht der Öffentlichkeit das Schauspiel bieten, sie abzulehnen.

Obermeister Schmidt bemerkte hierzu: Die Innung würde für Durchführung der Sauberkeit; jeder Lehrling werde bei der Aufnahme in diesem Sinne erwacht. Die Petition an den Reichstag beziehe sich nicht auf die sanitären, sondern nur auf die keuschlichen Bestimmungen der Verordnung. Nur diese sollten mißgehandelt werden.

Henschold erwiderte, die Petition richte sich gegen die ganze Verordnung. Meistern würden doch Unsauberkeiten und

familiäre Mängel durch schlechte häusliche Beschaffenheit der Bäder seien veranlaßt oder doch begünstigt.

Nach mehrstündigen Besprechungen im Beratungszimmer der Räte der Vorstehende, daß die Verhandlungen nun beendet sind, der Schiedsspruch aber erst am Mittwoch um 1 Uhr verhandelt werden kann.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hatte zum Sonntag eine Generalversammlung nach dem Gewerkschaftshaus und zum Dienstag eine öffentliche Versammlung nach der „Neuen Welt“ einberufen. Da der Schiedsspruch erst am Mittwoch verhandelt wird, werden beide Versammlungen nicht abgehalten.

Jugendbewegung.

Die Polizei im Kampfe gegen die Jugend. Nachdem der Amtsrichter von Ober-Schöneweide bei Berlin mit seinem ersten Streich zur Vernichtung der Jugendbewegung am Orte arg daneben gehalten hat, indem der aufgelöste Verein „Jugendheim“, weil ihm gar keine jugendlichen Mitglieder angehören, nach wie vor weiter besteht, mußte man etwas anderes herhalten. Man ist dazu übergegangen, daß man nach Schluß der von der Partei veranstalteten öffentlichen Versammlungen jugendliche Teilnehmer unter 18 Jahren polizeilich festsetzt. In letzter Zeit sind einige derselben mit Strafmandaten von je 3 M. bedacht worden.

Es ist wohl ohne weiteres anzunehmen, daß die Betroffenen aus Unkenntnis handelten. Pflicht der Eltern ist es, durch Aufklärung der Jugend den Bestrebungen der Polizei, die proletarische Jugendbewegung zu unterdrücken, einen Damm entgegenzusetzen. Speziell den Fortbildungsschülern sollte das Wesen der Vereine, die von der Schule mit auffälligen Eifer protegirt werden, vor Augen geführt werden.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Beschuldigung eines Mordversuchs wurde im Februar d. J. der 53 Jahre alte Schlosser Heinrich Jacobi aus Linden verhaftet. Seine Haushälterin Wilme Schmidt, geb. Rinne, die mit ihm zusammen lebte, hatte aus Anlaß einer ihr zuteil gewordenen Mißhandlung sich von dem Angeklagten getrennt und war nach der Kirchentafel verzogen. J. der wußte, daß die Sch. des Morgens ihre Tochter zu Arbeit brachte, lauerte dieser eines Tages in der Schlägerstraße auf, stellte sie zur Rede und gab unmittelbar darauf zwei Revolverkugeln auf die Sch. ab. Er soll dabei in der Richtung auf das Herz gezielt haben, beide Schüsse gingen aber zum Glück fehl. Die Untersuchung wegen Mordversuchs gegen J. endete mit der Anklageerhebung wegen Bedrohung, und J. wurde nach einem Monat aus der Haft entlassen. Der inzwischen von seiner Ehefrau geschiedene J. schloß sich mit der Sch. wieder aus, beide wirtschaften wieder zusammen. Vor dem Schöffengericht 26 Hannover hatte J. sich Donnerstag wegen Bedrohung zu verantworten. Die Ehefrau Sch. verweigerte als Braut des Angeklagten heute ihr Zeugnis. Auf Grund der übrigen Beweisaufnahme stellte das Gericht aber eine schwere Bedrohung fest und verurteilte ihn — unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft — zu sechs Monaten Gefängnis.

Ein hübsches Gegenstück zu dem Prozeß Veder

spielte sich vor dem Leuenburger Schöffengericht ab. Handelte es sich um Kreife Grimmen um die Beleidigung eines konservativen Landrats durch einen liberalen Gutbesitzer, so handelte es sich im Kreife Leuenburg um die Beleidigung eines liberalen Lehrers durch einen konservativen Kreisinspektoren namens Schreyer. Dieser hatte den Lehrer Leddin in Verbaß, der Urheber eines „Eingesandt“ in einer liberalen Zeitung zu sein, in dem die Schulverhältnisse kritisiert wurden. Auf der Lehrerkonferenz danach gefragt, stellte es der Lehrer in Abrede; darauf erklärte der Schulinspektor: „Sie sind ein unverschämter Mensch, und nun verflagen Sie mich.“ Der Lehrer tat dies auch. Der Angeklagte hatte den Vorfall anders dargelegt, als die Klage behauptete und die Jugendvernehmung ergab, und deshalb war der Kläger mit seiner Klage abgewiesen worden! Darauf hatte sich der Kläger bei der Strafkammer über den Richter beschwert. Die Strafkammer verfügte Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Kreisinspektor. Die Jugendvernehmung ergab, daß der Kläger den Angeklagten nicht gereizt, sondern ruhig und sachlich gesprochen habe. Die Zeugen hatten den Eindruck von einer beabsichtigten tiefen Ehrenkränkung gehabt, und daß es dem Beklagten darum zu tun war, dem Kläger des Vorgesetzten Recht und des Untergebenen Ohnmacht klarzumachen. Anstatt nun über das Strafmaß zu verhandeln, beschloß das Gericht, die Personalakten des — Klägers kommen zu lassen, um zu sehen, ob doch nichts Verdächtiges vorhanden ist. Das war aber nicht der Fall, trotz eifrigen Blätterns in den Akten. So wurde der Kreisinspektor zu ganzen — drei Mark Geldstrafe verurteilt!

Aus der Frauenbewegung.

Schauspielerinnenbewegung.

Kun sind auch die Wiener Schauspielerinnen wie die reichsdeutschen in eine Bewegung eingetreten. Eine Versammlung im großen Musikvereinsaal, Schauspielerinnen am Präsidententisch und am Referentenpult, das war die Sensation am 2. Mai. Fünf Schauspielerinnen erstatteten Referate, die tiefen Eindruck machten. Schornunglos wurde der tausendste Plätter fortgerissen und gezeigt, wiewohl gräßliches Gend sich oft unter ihm verbirgt. Die Toilettenfrage, die Macht der Direktoren, die Preiss und das Publikum wurden eingehend und scharf kritisiert. Von Schauspielerinnen oder Choristinnen, die 100 Kronen (oft auch nur 90) Monatsgage haben, wird die Verstellung der Toiletten verlangt. Die gutbezahlten Salonbienen, die ersten Heldinnen der Provinztheater haben es bei den höheren Gagen nicht besser, da von ihnen glänzende Toiletten gefordert werden. „Wie würde man es aufnehmen“, so fragte eine Schauspielerin, „wenn der Königspion beim Adolofaten selbst seinen Schreibtisch mitbringen möchte, oder der Chauffeur das Automobil, die Schauspielerin aber muß ihr Arbeitsgerät, die Toiletten, selbst beistellen.“ Ein Kostümattelier auf genossenschaftlicher Grundlage soll Abhilfe schaffen.

Wie in einer Arbeiterinnenversammlung wurde auch über Mutter-schuh referiert. Die Schauspielerin darf nur heiraten, wenn der Direktor es erlaubt, die Eheschließung gibt ihm das Recht der sofortigen Entlassung, während die Schauspielerin nicht das Recht hat, den Vertrag zu lösen, wenn sie heiraten will. Die Schwangerschaft muß sie verbergen, will sie nicht entlassen werden. Jede Arbeiterin, sagt die Referentin, hat in ihren schwereren Stunden Hilfe durch die Krankenkassen, die Schauspielerin ist schuldlos, die Schwangerschaft wird im Vertrag wie eine ansteckende Krankheit behandelt.“ Eine Choristin der L. Hofoper spricht von dem Gend ihrer Kolleginnen — nicht bei der Hofoper. Man hält sie für unanständig, wer aber nur Choristin wird, um die eigentlichen Ziele zu verfolgen, sei keine Choristin, sondern Figurantin.

Eine erschütternde, zum Herzen bringende Rede hielt Frau Rangom y vom Stadttheater in Währ. D. Strau. Man hörte an dem Ton und der Bewegung der Rednerin, daß sie tief empfand, was sie sagte. Wie geistlichen ihre einfachen Worte die Bourgeoise der Kleinstadt. Die tugendhaften Herrschaften, die der Schauspielerin die gesellschaftliche Gleichstellung verlangen, die aber die tugendhafte Schauspielerin uninteressant finden, während sie bei der anderen das Köstliche rühmen. Und die Toilettenkritik im Foyer. „Den roten Hut setzt sie schon zum vierten Male auf.“ Man will der Schauspielerin kein Zimmer vermieten, tut man es dennoch, so verlangt man um zehn Kronen mehr. Und dann die Zurücksetzung der Schauspielerin vor dem Schauspieler. Eine erste Heldin in der Provinz bekommt 800 Kronen, ein Bombardant 200; der Mann muß ins Gasthaus gehen, heißt es, die Frau aber kann

Butterbrot essen. Eindringende Worte fand Frau Rangomby für das Los der alten Schauspielerinnen, die sich nichts ersparen konnten und nicht einmal mehr trockenes Brot hat. Wie auch, wenn die Provinzbühnen ihre Leute nur 6 bis 7 Monate im Jahr beschäftigen.

Frau Eise Galafres-Habermann (Deutsches Volkstheater) sprach über Standesfragen. Es gibt Schauspielerinnen mit Verhältnissen. Gibt das eine Verechtigung, den ganzen Stand zu misshandeln? Auch Königinnen haben schon Verhältnisse gehabt, verachtet man deshalb den Stand der Königinnen? Wenn ein Advokat Mündelgelder unterschlägt, brandmarkt man den ganzen Stand der Advokaten? Frau Galafres verlangt, daß Publikum und Presse nicht dem Glanz der Toiletten, sondern dem Können der Schauspielerinnen ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollen. Sie verlangt Sagen, die nur zur Lebensführung bestimmt sind. Weiter die Reorganisation der Verträge und die Organisation. Es müsse so weit kommen, daß unterschieden werde zwischen organisierten und unorganisierten Schauspielerinnen.

Frau Marie Long und Frau Mariane Gainsch von Bund österreichischer Frauenvereine sichern die Unterstützung der Frauen zu. Frau Long forderte auf, nun öfter Kriegsrat zu halten, das Publikum werde die heutige Versammlung nicht vergessen, und wenn man in Zukunft schöne Toiletten auf der Bühne sehen werde, werde man nicht gedenken, sondern erschreckt sein. Sie verglich die Bewegung der Schauspielerinnen mit der Siebennur-Ladensperre im Handelsgewerbe. Zuerst war es einem unbequem, nur bis sieben Uhr einkaufen zu können, jetzt wundere man sich, wie es die Mädchen in den Warenhäusern überhaupt bis sieben in der drückenden Luft auszuhalten können.

Aus aller Welt.

Flugkonkurrenzen.

In den nächsten Wochen werden die großen Flugkonkurrenzen in Deutschland ihren Anfang nehmen. Am 21. Mai wird der sächsische Rundflug beginnen, für den 171 000 M. an Preisen ausgesetzt sind. An diesem Rundflug werden voraussichtlich elf Piloten teilnehmen, darunter von besanntesten Fliegern Lindpaintner, Otto, Dr. Liffauer, Laitch, König, Grabe und Biencziers. Auf dem Rundfluge, der alle größeren Städte Schlesiens berühren wird, werden die verschiedensten Systeme vertreten sein, nämlich Ein- und Zweidecker System Sommer, Ein- und Zweidecker System Otto, Aviatik- und Albatros-Doppeldecker, Wright-Doppeldecker, Eindecker von Grabe und Harlau und zwei Eindecker von Biencziers.

Zur gleichen Zeit findet auch der oberrheinische Zuverlässigkeitsflug statt. Dieser Flug umfaßt folgende Stationen: Baden-Baden—Freiburg—Mühlhausen (Hf.)—Straßburg—Karlsruhe—Pannheim—Frankfurt (Main)—Darmstadt. Zur Teilnahme sind nur solche Flieger berechtigt, die bereits einen Stundenflug absolviert und eine Höhe von mindestens 100 Metern erreicht haben. Als Zuverlässigkeitsflug wird diese Flugkonkurrenz deshalb bezeichnet, weil die Flieger auf der ganzen Strecke das gleiche Flugzeug benutzen müssen. An diesem Rundflug werden sich namentlich auch Euler-Doppeldecker sowie zwei Girich-Rumpier-Fahrzeuge beteiligen. Auch für diese Flugkonkurrenz sind sehr beträchtliche Preise ausgesetzt.

Vom 4. bis 11. Juli soll in Johannisthal eine Flugwoche stattfinden, die jedoch nur für solche Piloten offensteht, die bisher noch keinen Preis von mehr als 5000 M. gewonnen haben. Vom 11. Juli ab beginnt dann der große norddeutsche Heberlandflug, für den bereits mehr als eine halbe Million Mark Preise ausgesetzt sind.

Folgen schwere Eisenbahnunfälle.

Bei der Einfahrt in die nahe Düsseldorf gelegene Station Rath entgleiste gestern ein von Ratingen kommender Eil-

zug mit sämtlichen Achsen. Der Lokomotivführer wurde getötet, der Heizer und ein Reisender wurden schwer, sechs Reisende leicht verletzt. Der durch die Entgleisung angerichtete Sachschaden ist sehr bedeutend. Bisher konnten die Ursachen des Unglücks nicht festgestellt werden.

Ein zweites schweres Eisenbahnunglück ereignete sich auf einer österreichischen Bahnlinie zwischen Wildenschwert und Brandeis. Dort gab der Bahndamm infolge Unterspülung durch einen Wolkenbruch nach. Ein vorüberfahrender Güterzug entgleiste daher und streifte einen auf dem Nebengleis kreuzenden Güterzug. Vom Bahnpersonal wurden vier Personen getötet und dreizehn schwer verletzt.

Das kommt davon.

Wenn Sozialdemokraten bewacht werden und durch diese Maßnahmen die Wachorgane ihren Bezirken entzogen werden, so lassen sich eine solche Gelegenheit Spitzhaken und Einbrecher nicht entgehen. So auch im oberösterreichischen Rydultau. Während der für diesen Bezirk zuständige Gendarm das Grab unseres verstorbenen Genossen Dr. Winter bewachte, machten sechs maskierte Gestalten bei dem Kaufmann Bodekly einen verwegenen Ueberfall auf seine Ladenkasse. Die Wachen hielten dem Inhaber und dem Personal Reden vor die Brust und zwangen diese, die Hände hoch zu halten. Einige erleichterten dann die Ladenkasse ihres Inhalts und verschwanden hierauf. Dies geschah am 1. Mai, abends 9 Uhr, während der zuständige Gendarm immer noch Wache am Grabe Dr. Winters halten mußte.

Das war sehr notwendig, denn welche Erschütterung des Staates hätte es gegeben, wenn schließlich ein Franz mit roter Schleife am Grabe unseres verstorbenen Genossen niedergelegt worden wäre.

Polizeiliche Musterknaben.

Durch die Loulouiser Polizeibehörde waren fünf Fässer Branntwein beschlagnahmt und auf einer Polizeiwachstube untergestellt worden. In einer bei Polizisten unbegreiflichen Verblendung verpörrten die auf der Wachstube einquartierten Polizeibeamten Appetit auf den „edlen Tropfen“. Um das Getränk seiner Bestimmung zuzuführen, zapften sie die fünf Fässer an und veranstalteten auf der Wachstube eine solenne Anekdote. Aber auch über Polizisten wacht das Auge des Gesetzes. Nicht nur ein gewaltiger Rater war die Folge des Branntweingelages, sondern auch eine gerichtliche Untersuchung wurde gegen die durstigen Polizeier eingeleitet. Drei von ihnen sind bis auf weiteres ihres Amtes enthoben worden.

Das englische Militärluftschiff zerstört.

Das vor einiger Zeit dem englischen Staate geschenkte lenkbare Luftschiff „Rebaudy“ ist am Donnerstag beim Abstieg von einer Versuchsfahrt vollständig vernichtet worden. Der Ballon hatte in der Nähe Londons bereits eine Stunde lang mit glücklichen Erfolge Uebungen vorgenommen und stand eben im Begriff zu landen, als er sich stark zur Erde neigte. Die Besatzung warf Sella hinab, doch gelang es den Soldaten nicht, sie zu fassen. Schließlich wurde der „Rebaudy“ gegen einen Baum gedrückt, die Ballonhülle zerriß und der Ballon plagte mit furchtbarem Knall. Die Hülle bedeckte vollständig eine Villa, deren Dach stark beschädigt wurde. Das Gerippe des Luftschiffes und der Tragkorb sind so verbogen, daß eine Reparatur unmöglich ist. Die sieben Personen, die sich an Bord befanden, sind noch glücklich davon gekommen;

denn außer Hautabschürfungen und leichten Kontusionen hat niemand schwere Verletzungen erlitten.

Kleine Notizen.

Auf frischer Tat gefaßt. Zwei Einbrecher, die Schloßergesellen French und Schulz veruchten in der letzten Nacht in die Fürstenwalder Stadtasse einzubrechen. Dabei wurden sie von einem Wächter gestellt und mit Hilfe herbeigerufener Polizeibeamten nach beständigem Widerstande festgenommen.

Familien-drama. Im vierten Wiener Gemeindebezirk schmitt die Frau eines Arbeiters ihren heißen dreizehn- und sechs-jährigen Töchtern den Hals durch und verletzte sich selbst schwer. Die Kinder sind tot.

Ein rabiatier Bauer. Im galizischen Dorfe Szare sollte der Bauer Kurowski verhaftet werden. Als die Gendarmen erschienen, schloß sich der Bauer in ein Haus ein und verteidigte sich durch Steinwürfe gegen die Gendarmen. Diese holten Verstärkungen und drangen dann mit Gewalt in das Haus Kurowskis ein. Der Bauer stürzte sich aber in diesem Moment aus einem Fenster auf die Beamten und verwundete mehrere von ihnen mit der Mistgabel. Die Gendarmen machten von der Schußwaffe Gebrauch und stredten den Angreifer nieder, der nach wenigen Minuten starb.

Absturz eines belgischen Fliegers. Der Aviatiker Henri Le Cachet ist, als er auf dem Aerodrom von Reuilly unweit von Brüssel auf einem Eindecker einen Probeflug machte, infolge eines falschen Manövers aus einer Höhe von 50 Meter abgestürzt. Der Unglückliche erlitt so schwere Verletzungen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, vom vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmtem Anfrage ist ein Geschäfts- und eine Zeit als Wertzeichen beizufügen. Persönliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. M. Ober-Schöneweide. Beschaffen Sie sich die auf die Sache bezüglichen Schriftstücke; alsdann sprechen Sie beim Arbeitersekretariat, Engländer 15, vor. — J. 100. 1. Ja, soweit der Lohn 28,85 M. wöchentlich übersteigt. 2. Wegen des Beschlusses können Sie innerhalb 14 Tage nach Zustellung Beschwerde einlegen. Zur Ausführung sämtlicher Geschäftsgründe reicht der Raum des Briefkastens nicht aus. — P. B. 50. 1. Es muß erst Klage erfolgen. 2. In 4 Jahren. 3. Ja, sofern nicht Forderung erfolgt ist. — G. Z. 36. Der § 19 handelt von dem sog. Kinderprivileg. Zum Abdruck der ganzen Geschäftsbestimmung reicht der Raum des Briefkastens nicht aus. — W. B. 1. 1. Nein. 2. Ja, soweit sie nicht unentbehrlich sind. — P. B. 102. 1. Nur dann, wenn 1/2 des Jahresertrommens eingedöhlt wird. 2. Beantragen Sie Stundung. — P. G. 94. Führen Sie bei dem Amtsgericht, das den Beschlus erlassen hat, Beschwerde. Ihre Behauptungen müssen Sie durch Bescheinigung des Arbeitgebers oder sonstige Schriftstücke glaubhaft machen. — J. 111. Nein.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	4. 5.	3. 5.		4. 5.	3. 5.
Remel, Mühl	257	+5	Saale, Grochütz	92	-6
Bregel, Zisterburg	-11	0	Havel, Spandau ¹⁾	92	-1
Beichel, Horn	138	-8	Rathenow ²⁾	144	-2
Ober, Ratther	170	-13	Spre, Spremberg ³⁾	80	0
„ Krosien	150	-1	„ Beestom	118	-4
„ Frankfurt	168	-6	„ Witten	41	-8
„ Sarnum	92	-3	„ Müden	38	-6
„ Landsberg	75	-1	„ Magdalenhagen	418	-4
„ Borkum	51	-2	„ Raub	216	-2
„ Zeimern	41	-22	„ Köln	224	+2
„ Dresden	-28	-14	„ Neudorf, Heilbronn	68	-5
„ Harz	195	+3	„ Rain, Berthelshausen	—	—
„ Magdeburg	160	+6	„ Rostl, Zier	84	-12

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Nied. — ²⁾ Unterpost.

Braune-Tage

vom 6. ~ 13. Mai einschl:

veranstalten wir, um dem verehrlichen Publikum die Gelegenheit zu bieten, durch zwanglose Besichtigung dieser Sonder-Ausstellung sich über die letzten Neuerscheinungen der internationalen Schuhmode orientieren zu können.

Braune Damen-Stiefel
in echt Chevreau, mit
Lackkappe, beliebte halb-
breite Modeform **7 90**

Braune Damen- und Herren-Stiefel
in echt Chevreau u. Buzell, mit u. ohne
Lackkappe, auch mit Derby-
schnitt u. modernste breite amerikan. Formen, auch
in beliebiger Modifarbe, Original-Goodyear-Weit **12 50**

Braune Damen-Stiefel
in echt Chevreau mit und ohne
Lackkappe, auch mit Derby-
schnitt, auf edlen Rand ge-
doppelt **10 50**

Unsere farbigen Halbschuh-Modelle sind tonangebend geworden:

Braune Damen-Halbschuhe
in echt Chevreau mit
brauner Lackkappe und
Derbyschnitt. **6 50**

Braune Damen-Halbschuhe
in echt Chevreau mit Derby-
schnitt, grauen Quers und mo-
dernen weiten Seidenschlädern.
Original-Goodyear-Weit . . **10 50**

Braune Damen-Halbschuhe
in echt Chevreau, auch mit echt,
L. XV.-Absätzen, vorzüglich auch in
beige und grau Chevreau,
allerersteres Fabrikat **12 50**

Braune Kinder-Stiefel aus feinstem
Chromziegenleder mit brauner Lackkappe
18-22 **2 50** 23-24 **3 50** 25-26 **4 25**

Braune Kinder-Stiefel in echt Chevr.
mit br. Lackkappe, rationelle, naturgemässe Form
25-26 **4 50** 27-30 **5 50** 31-33 **6 50**

Braune Rindleder-Normal-Sandalen, auf Rand genäht
18-24 **2 25** 25-28 **2 65** 27-30 **2 95** 31-35 **3 50** 36-38 **3 90** 39-42 **4 25** 43-47 **4 90**

Leiser

Zentrale u. Versand: Oranienstr. 34
Tautenzienst. 20
Königstrasse 34
Oranienstr. 47a

Leipziger Str. 65 bedeutend vergrößert
Oranienstr. 34
Rixdorf, Bergstr. 7-8
Müllerstrasse 3a

Um Besichtigung der Waren wird gebeten.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm Söwett Vorra

Lebensmittel

Zwiebelleber-o. Rotwurst Pfund **48 Pf.**
 Landleberwurst Pfund **75 Pf.**
 ff. Leberwurst Pfund **95 Pf.**
 Mettwurst (nach Braunschweiger Art) Pfund **95 Pf.**
 Teewurst Pfund **1.10**
 Cervelat- o. Salamiwurst Pfund **1.20**

Schweizer Käse Pfund **80 Pf.**
 Tilsiter Käse Pfund **48, 68 Pf.**
 Brie-Käse Pfund **45 Pf.**
 Limburger Käse Pfund **45 Pf.**
 Romatour-Käse Stück **27 Pf.**
 Gamembert o. Neuchâtelier Stück **19 Pf.**
 Tischbutter Pfund **1.20**
 Tafelbutter Pfund **1.30**

Brech-o. Schnittbohnen 1/2 Dose **28 Pf.**
 Gemischtes Gemüse 1/2 Dose **45 Pf.**
 Pfefferlinge 1/2 Dose **50 Pf.**

Pflaumen mit Stein 1/2 Dose **45 Pf.**
 Stachelbeeren 1/2 Dose **63 Pf.**
 Preiselbeeren 1/2 Dose **68 Pf.**

Puddingpulver in verschiedenem Geschmack 5 Pakete **28 Pf.**
 Rote Grütze 5 Pakete **28 Pf.**
 Vanillen-Sauce 3 Pakete **20 Pf.**
 Himbeer- oder Kirschsaff 1 Flasche **48 Pf.**
 Apfelwein 3 Flaschen **95 Pf.**
 Johannisbeerwein 1 Flasche **55 Pf.**

Kasseler 80 Pf.

Frischer Spargel 30-50 Pf.

Rückenfett Pfund **48 Pf.**
 Bratenschmalz Pfund **55 Pf.**

Nusschinken Pfund **1.10**
 Suppenhühner **2.00 2.50**

Schinkenspeck Pfund **88 Pf.**
 Rollschinken Pfund **1.15**

Gurken **25, 30 Pf.**
 Salat Kopf **6 Pf.**
 Spinat Pfund **10 Pf.**
 Rhabarber 3 Bund **10 Pf.**
 Radieschen 3 Bund **10 Pf.**
 Schnittlauch 4 Bund **10 Pf.**
 Malzkraut Bund **4 Pf.**
 Bananen Pfund **28 Pf.**
 Zitronen Dutzend **25, 35 Pf.**
 Apfelsinen Dutzend **30, 40, 50 Pf.**

Erbsen (Victoria) 17 Pf. (geschält) 22 Pf.
 Reis Pfund **16, 19, 23 Pf.**
 Gries Pfund **18, 22 Pf.**
 Malta-Kartoffeln Pfund **12 Pf.**
 Dabersche Kartoffeln 10 Pfund **33 Pf.**
 Winterrote Kartoffeln 10 Pfund **29 Pf.**
 Bücklinge 5 Stück **18 Pf.**
 Aale geräuchert Pfund **1.25**
 Fludern geräuchert **9 Pf.**
 Matjes-Heringe **10, 15 Pf.**
 Sardinen in Öl ca. 10 Stück Dose **39 Pf.**

Gelegenheitskauf! Ackermann's Spulen-Garn (Rot-Schild), schwarz oder weiss ... Rolle 15 Pf.

Ausnahmepreise für Mai, Juni, Juli

A. B. KOCH
 Gegr. 1893 Kohlen- u. Briketts-Großhandlung Gegr. 1893
 Hauptkontor: Petersburger Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7, **3040** und **3096**.
 Lagerplatz 1: O., Rüdersdorfer Str. 71 (am Küstriner Platz, alt. Ostb.).
 Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof).
 Lagerplatz 3: N., Behmstr. 36 (Schivelbeiner Str., Ecke Malmöer Str.).
 Tel.: Amt 3, 7736.
 Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
 pr. Ztr.
 In Sentenh. Marienglück Salon 74 Pf. In Ilse Salon **90 Pf.**
 In Sentenh. Gothold Salon . 77 Pf. In Kalksteine **74 Pf.**
 In Diamant Salon **90 Pf.**
 (Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.)
 In (westl.) Anthracit Cadé 2.10 M.
 Bei Frankofortlieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.
 Bruchbriketts, Steinkohlen **billigst. Koks zu Anstaltspreisen.**
Holz, zerkleinert, per Zentner **1.95 M.**
 Bei größeren Abschlüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.
Als besond. preiswert sind meine Marienglück-Briketts
 zu empfehlen, welche ich bei 3000 Stück mit
7.50 pr. Taus. bei 30 Ztr. mit **84 Pf. pr. Ztr.**
 franko bis 4 Treppen inklusive aller Unkosten liefere.

Tadellos
1 M.
 wöchentliche Teilzahlung
 liebre elegante
Herren-Moden
 fertig u. nach Mass, a. haltbaren
 Stoffen, neueste Muster, beste
 Passform, feinste Verarbeitung,
 zu
billigsten Preisen
J. KURZBERG
 Maß-Schneiderei
 Rosenthaler Str. 40-41 || Frankfurter Allee 104
 am Hackeschen Markt. Ecke Friedenstraße.



Total-Ausverkauf!

Das gesamte Warenlager der Firma **Bernhard Benthien**, Grosse Frankfurter Strasse 93, im Gesamtwerte von ca. **210 000 Mark** soll wegen vollständiger Aufgabe des Geschäftes ausverkauft werden.
Wirklich reeller Ausverkauf. Kein Nachschub von Waren

ca. 2800 Herren-Anzüge
 früher 18-24 M. jetzt **12⁵⁰ M.**
 früher 25-35 M. jetzt **18⁰⁰ M.**
 früher 36-48 M. jetzt **24⁰⁰ M.**
 Ferner:
ca. 1400 Herren-Paletots u. Ulster
 früher 16-22 M. jetzt **11⁵⁰ M.**
 früher 24-32 M. jetzt **17⁰⁰ M.**
 früher 35-45 M. jetzt **22⁵⁰ M.**
 Ferner:
ca. 2700 Herren-Hosen
 früher 3-4.50 M. jetzt **1⁰⁵ M.**
 früher 5-7.00 M. jetzt **3²⁵ M.**
 früher 8-12.00 M. jetzt **5⁰⁰ M.**
 Ferner:
Jünglings-Paletots u. Anzüge
 früher 14-20 M. jetzt **10⁵⁰ M.**
 früher 21-32 M. jetzt **14⁰⁰ M.**
 Ferner:
Knaben-Paletots und Anzüge
 früher 6.50-10 M. jetzt **4²⁵ M.**
 früher 11-20 M. jetzt **7²⁵ M.**
 Phantasie-Westen, Lüstre-Jacketts, Tennis- und Sport-Anzüge spottbillig!
Bernhard Benthien
Grosse Frankfurterstr. 93

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung
 elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
 Herren-Schneiderei
 nur
 Frankf. Allee 75, 1
 Eingang Tilsiter Str.



MÖBEL
für Brautleute!
Seltene Angebot!
 Lieferung:
 2 Bettstellen für nur
 1 Kleiderschrank
 1 Spiegel
 1 Spiegelplind **15 M.**
 1 Tisch
 2 Stühle
 1 Küchenschrank Anzahl.
 1 Küchentisch Wochenrate
 1 Küchenrahmen 1.50-2 M.
 1 Küchenstuhl
 Stilgerechte Schlafzimmer
 Stilgerechte Speisezimmer
 Stilgerechte Wohnzimmer
 Stilgerechte Herrenzimmer
 in jeder gewünschten Holz- und Stilart.
 Anzahlung 40-60 Mark.
 Einzelne Möbelstücke
 Anzahlung 3 Mark,
M. Beiser
 Lothringer Str. 67
 nur Ecke Gormannstraße.
 Sonntags bis 2 geöffnet.

Arbeitswillige als Landfriedensbrecher.

Ende September vorigen Jahres ging durch die deutsche bürgerliche Presse die Schauer Geschichte, daß in der Nacht zum 23. September in Lübeck Arbeitswillige von ausgesperrten Werftarbeitern überfallen, bedroht und mit Revolvern beschossen worden seien. Reichsverbandshörer griffen diese Meldung auf, um damit die Notwendigkeit schärferer Gesetzesbestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen zu begründen. In dieser Tartarennachricht waren aber die Dinge direkt auf den Kopf gestellt, wie auch seinerzeit im „Vorwärts“ mitgeteilt worden ist. Nicht ausgesperrte hatten den Überfall auf Streikbrecher ausgeführt, sondern die Arbeitswilligen waren es gewesen, welche sich zusammengerottet, in verschiedenen Wirtschaften standhaft und demoliert, und harmlose Passanten überfallen, niedergestochen und mit Revolvern beschossen hatten! Auch nicht ein einziger der Ausgesperrten ist an den Straßwällen auch nur im geringsten beteiligt gewesen! Von der etwa 25 Mann starken Streikbrecherhorda, die die Straßwälle besetzt, wurden zunächst 16 Mann verhaftet, von denen sich nunmehr 12 wegen Landfriedensbruch vor den Lübecker Geschworenen zu verantworten hatten. Der Prozeß dauerte vom 1. bis 4. Mai und gab ein prächtiges Bild von der moralischen Verkommenheit dieser des besonderen Schutzes sich erfreuenden „nächtlichen Elemente“.

Angelagt waren der Zuschläger Cramer, der Schlosser Klähren, der Bohrer Lamstille, der Monteur Händerlein, der Schlosser Stäuber, der Arbeiter Schneider, der Tischler Dillmann, sämtlich aus Wismar a. d. Rühr, der Schlosser Soder aus Leipzig, der Arbeiter Bonin aus Dombrowitz, der Arbeiter Schimanski aus Orlan und der Klempner Wegener aus Garmen. Diese Eingekerkerten waren während der Werftarbeiterausperrung nach Lübeck gekommen, um in der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft Streikbrecherdienste zu leisten. Da die Werksleitung jedwfalls befürchtete, daß die unter großen pekuniären Opfern angeworbenen Kausbrecher nicht allzu viel Freude an der Arbeit finden und möglichst bald das Weite suchen würden, so sperrte man sie in die Fabrik ein; nur am Sonnabend wurden sie auf die freie Straße losgelassen. Um wie rohe Patrone es sich handelt, ist schon daraus ersichtlich, daß die Arbeitswilligen den ihrer eigenen Kumpanei angehörigen Koch, der ihnen das Essen zubereiten mußte, einfach in die Trave werfen und ihn ersaufen wollten, als ihnen das Essen nicht recht mundete. Nur den Ausgesperrten ist es zu danken, wenn dieser Streikbrecherloch mit dem Leben davon kam. Am Abend des 24. September bewaffnete sich eine etwa 40 Mann starke Bande der Arbeitswilligen mit Revolvern, Messern, Gummiringen mit Messingnägeln, Lotisclägern usw. und zog in die Stadt ein. Ein Trupp ging zunächst in eine Wirtschaft an der Trave, machte dort Krach und wurde, nachdem Gäste belästigt und Gläser zertrümmert waren, an die Luft gesetzt. Dann ging es in die Vorhalle in der Clementenstraße. Unterdessen schlug man noch den Schriftsetzer Rotenberg nieder und vermundete ihn mit einem Messer, ohne daß von dem Verletzten die geringste Veranlassung dazu gegeben war. Nach dem mehr oder weniger freiwilligen Verlassen der Vorhalle ging der Weg zum Restaurant zur „Ewiggen Lampe“, vor dem zum erstenmal aus purem Hellemut, glücklicher-

weise ohne Unheil anzurichten, geschossen wurde. Im Lokal begannen die Streikbrecher mit dem Gästen Streit und demolierten Wirtschaftsgegenstände, so daß die Polizei einschreiten mußte. Nunmehr machte sich die Horde zum Angriff auf das Varietè „Puls Univerfium“ bereit. Sie gingen zunächst in das Varietè und forderten Bier, das ihnen auch gewährt wurde. Als nach einiger Zeit die an der Aussperrung völlig unbeteiligten Zimmerleute Gamm und Duschow in das Univerfium kamen und dem Wirt Puls erzählten, wie die in seinem Lokal anwesenden Streikbrecher bei Sudmann und in der Ewiggen Lampe gehandelt hätten, sah der Wirt, welche „nächtlichen Elemente“ bei ihm eingeschleht waren. Nach kurzer Anwesenheit entfernten sich die Zimmerleute. Die Streikbrecher bemerkten das, sprangen ihnen nach und schossen ohne irgend eine Veranlassung mit Revolvern auf sie, so daß die beiden schleunigst flüchten mußten. Während es Gamm gelang, sich in das Ankleidelabirint des Varietèkünstlers zu retten, flüchtete Duschow und der Wirt Puls in den Keller. Die Arbeitswilligen brüllten, „Die Hunde werden zerstückelt!“ und schossen fortwährend auf die im Keller befindlichen Leute. Duschow, der sich durch vorgehaltene Häfler zu schützen versuchte, wurde dabei in der Schulter getroffen und erheblich verletzt, während man Puls gestottert, mit erhobenen Händen den Keller zu verlassen. Als die Bande glaubte, Duschow sei tot, zerstörten sie wiederum diverse Wirtschaftsgegenstände und mußten endlich von der Polizei mit blanker Waffe aus dem Lokal getrieben werden.

Hierauf erfolgten die Verhaftungen der Vandalen. Die auch im Gerichtssaale recht regelhaft auftretenden Angeklagten, Burschen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die trotz ihrer Jugend meistens schon auf respectable Vorstrafen zurückblicken können, gaben selbst an, daß sie von den Ausgesperrten weder belästigt noch bedroht worden sind; das gleiche müssen die Leiter der Fabrik und der vor derselben postierte Schumann bekunden. Wie der Gerichtsvorsitzende bemerkte, war der einzige Grund der Arbeitswilligen für die Begehung der Exzesse der, den Lübecker Einwohnern zu zeigen, wer sie wären. Sogar der Staatsanwalt trat in seinem Plädoyer der Behauptung der bürgerlichen Presse scharf entgegen, als wenn die Streikenden — so nannte er die Ausgesperrten — die Schuld an den schweren Ausschreitungen der Streikbrecher trügen. Die Streikenden hätten keinen der Arbeitswilligen irgendwie belästigt. Wenn die Arbeitswilligen sich trotzdem mit Revolvern und Dolchen bewaffneten, so sei die Kadaverlust das Motiv ihres schamlosen Tuns gewesen. So sprach der Staatsanwalt vor den „nächtlichen Elementen“. Am Donnerstagabend in später Stunde erfolgte das Urteil. Die Angeklagten Cramer, Händerlein, Soder, Stäuber, Dillmann, Schimanski, Wegener und Schneider wurden des einfachen Landfriedensbruchs für schuldig befunden, doch dem letzteren die Exzesse der Strafbarkeit seiner Handlung abgesprochen. Allen wurden mildernde Umstände zubilligt. Cramer erhielt 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, Händerlein 3 Jahre Gefängnis, Stäuber 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, Soder und Wegener je 1 Jahr Gefängnis, Klähren, Weidner, Schimanski und Dillmann je 3 Monate Gefängnis. Die übrigen angeklagten Arbeitswilligen wurden freigesprochen. — Wenn die Schmarotzer wieder einmal nach besserem Schutz der Arbeitswilligen schreien und über den Terrorismus der Gewerkschaftler jähren, so wird der Verlauf und das Ergebnis des Lübecker Arbeitswilligen-Landfriedensprozesses als treffliches Material dafür dienen, daß kein erhöhter Arbeitswilligenschutz, sondern ein erhöhter Schutz der anständigen Bevölkerung vor den Streikbrechern oft dringend notwendig ist.

Aus der Partei.

Die Raiffeiter in Finnland.

Unter finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: In Finnland wurde der 1. Mai in der üblichen Weise allgemein gefeiert. In den größeren Städten: Helsingfors, Tammerfors, Abo, Wiborg, Koffa usw. fanden imposante Demonstrationen statt. Alle Arbeiterorganisationen durchzogen mit ihren Fahnen und Pannern, mit Musikchören an der Spitze, die Hauptstraßen der Städte. Unter den Musikchören marschierten die Hunderte sozialistischer Kinder, die in sogenannten „Idealverbänden“ organisiert sind. Die Demonstrationen zogen in einem nahen Wald, wo die Reden gehalten wurden. Am Nachmittag fanden in den Volkshäusern festliche Veranstaltungen statt. Die Beteiligung war allerorts eine sehr große.

Die Polizei griff in einigen Orten durch besondere Vorschriften in die Veranstaltungen ein, indem sie politische Reden und das Tragen von Fahnen untersagte. Als Kuriosum kann gemeldet werden, daß sie in einigen Orten andersahl, neben den roten Bannern der Arbeiterorganisationen — auch die russische Nationalfahne mitzutragen.

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der thüringischen Bundesstaaten halten am 2. Juli in Gera (Neuß) ihre erste Konferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Die Domänenfrage in den thüringischen Kleinstaaten; die Rentabilität der Kammergüter (Staatsregie oder Pachtverhältnis); gemeinsame Verwaltungseinrichtungen der thüringischen Kleinstaaten.

Von der Parteipresse. Zum zweiten Redakteur des neuen Parteiblattes, das vom 1. Juli ab unter dem Namen „Freiburger Volkswacht“ in Freiburg i. B. erscheinen wird, wurde Genosse Reinhold Juntobel in Dauten gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Trotz des Wahrheitsbeweises 100 M. Strafe!

Wegen öffentlicher Beleidigung hatten sich am 3. Mai in Düsseldorf der Redakteur Genosse Müller, Verantwortlicher der „Volkszeitung“, und der Tischler Pfeiffer aus Holthausen zu verantworten. Der Strafantrag war vom Bürgermeister in Venrath als Vorsitzender der Armenverwaltung und dem Vorsitzenden der Venrather Krankenliste gestellt worden. Die von den Angeklagten behaupteten Tatsachen wurden erwiesen, besonders auch, daß ein Kind acht Tage ohne ärztliche Behandlung in dem Krankenhause gelegen hat und daß es bei seinem Fortgange die alte, durch Blut und Eiter verunreinigte Wäsche wieder angezogen bekam. Der Angeklagte Pfeiffer wurde freigesprochen, weil seine „Mittäterschaft“ nicht erwiesen werden konnte. Dem Genossen Müller wurde bestätigt, daß ihm der Wahrheitsbeweis geblüht sei. Dagegen wurde in einer an die Verwaltung der Armenpflege gerichteten Anfrage des Artikels, ob vielleicht eine Anweisung an die Deamten bestehe, die Erlangung von Armenunterstützung so schwer wie möglich zu machen, eine Beleidigung erblickt, die mit 100 Mark Geldstrafe zu fähnen sei.

Marktpreise von Berlin am 4. Mai 1911, nach Ermittlung des künftigen Preisniveaus. Marktpreise (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Spießbohnen, weiße 30,00—50,00. Linien 30,00—50,00. Pastoffeln 5,00—9,00. 1 Kilogramm Mischfleisch, von der Reule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—2,20. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Kote 1,20—3,00. Sander 1,30—3,00. Hechte 1,20 bis 2,80. Barsche 0,80—2,00. Schlei 1,20—3,40. Fische 0,80—1,60. 60 Stück Strafe 2,50—30,00.

AnzugWoche

Schluß Sonntag

Schluß morgen Sonntag

Ausnahme-Angebote moderner Herren- u. Jünglings-Anzüge

Soweit die Vorräte reichen

- Reihe 1. Herren-Anzüge Dunkle und helle Cheviots; haltbar . . . 18.50 Mk.
- Reihe 2. Herren-Anzüge Oestreifte und karierte Cheviots in vielen Mustern . . . 23.50 Mk.
- Reihe 3. Herren-Anzüge Kammgarne und Cheviots, allerneueste Ausmusterung . . . 30.50 Mk.
- Reihe 4. Burschen-Anzüge Solide Kammgarn-Arten in vielen Mustern. Größen 7—12 . . . Einheitspreis 8.50 Mk.
- Reihe 5. Burschen-Anzüge Cheviot und Kammgarne. Oestreif und kariert. Größen 7—12 . . . Einheitspreis 10.50 Mk.
- Reihe 6. Burschen-Anzüge Fein gemusterte Cheviots. Vorseilig im Tragen. Größen 7—12 . . . Einheitspreis 14.50 Mk.
- Reihe 7. Jünglings-Anzüge Gemasterte Cheviots und Kammgarn-Arten. Größen 38—44 . . . Einheitspreis 11.50 Mk.
- Reihe 8. Jünglings-Anzüge Graue, grüne und braune Cheviots. Größen 38—44 . . . Einheitspreis 17.50 Mk.

Günstige Kaufgelegenheit zu besonders billigen Preisen!

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10



Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance, Berliner Credit-Haus, Credit-Haus Moabit, Lubascher, S. Spandau

Welter, Carl, Weinmeister

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret Otto Starick

Franz Abraham

Bece Brause, Gutsch, Si-Si

Arbeiter-Bekleidung F. Falk

Rohnen & Jöring

Bäckereien, Konditor

Blottner's Großbäckerei

Arnold Bouster's Landrotfabrik

Max Backer, Kamlerstr. 26

W. Engel, Brotfabrik

Buehl & Sohn, Brotfabrik

Engel's Landrot

W. Engel, Brotfabrik

Fischer, Götterstr. 48

Feronia

O. Fritsche

Gaedicke's Bäckerei

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Herberg, Paul, Amsterd.-Str. 29

Oscar Hildebrandt, Langestr. 25

Knappt, Bäckerei, Köpenick

Landrot-Großbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Kronen-Grossmann

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Paul Müller, Großbäckerei

Bäckerei Nordstern

Peter's Großbäckerei

Conrad Richter

Otto Scialit

Schmitt, G.

P. Springer

Ulbrich

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Bad Bürger-Bad

Canitz-Bad

Erstes Lohtannin-Bad

Bad Friedrichshain

Hohenstaufen-Bad

Börsen-Bad

Hilfand-Bad

Jungermann-Bad

Kur-Anstalt Löser

Kuranstalt M. Schulz

Köhn's Samariter-Bad

Bad Meyers Hof

National-Bad

Neander-Bad

Neptun-Bad

Bad Nord-Ost

Bad Ostend

Passage-Bad

Reform-Bad

Römer-Bad

Bezugsquellen Verzeichnis.

Böttner, A., Danzigerstr. 96

Neuendorf, O. P., L.L.S. Spary Nord

Schramm, H., Richardstr. 118

W. Adelung & A. Hoffmann

W. Roesner

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der Sarotti

C. Habels Brauerei

Groterjans

Goldbier

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus Berlin

Norddeutsches Brauhaus A.-G.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld

Max Arnsdorff

Carl Brinmeyer

Konfektionshaus Wedding

Dombrowsky

Holz & Ascher

Moses

Pappelbaum

A. Selowsky

Oskar Beck

Buntrock, W.

Dankler, Otto

A. Däweritz

Carl Franke

Fried. Göseke

F. Hagen 22

August Holtz

Carl Jacobczyk Spandau

Kosmalla, E.

Butterhandlung Fritz Muth

Maeding, J.

Nordstern

Pomorski, Paul

W. Roesner

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der Sarotti

C. Habels Brauerei

Groterjans

Goldbier

S. D. Moewes

Münchener Brauhaus Berlin

Norddeutsches Brauhaus A.-G.

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Franz Fischer

Föhse, O. Fruchtstr. 62

Friedrich, Paul

Gröner, H.

Günther, J.

Hausch, Rob.

Unterstehende Geschäfte

Berliner Dampf-Wäscherei

Lebensmittel-Großhandlung

Ernst Höne

Albert Jähner

Fritz Jentsch

Franz Jordy

P. Rennitz

Jul. Kempe

Fritz Klein

Oskar Klähn

Max Knaut

Ernst Kolbe

August Koch

Gust. Kuntze

Ernst Kurth

G. Krause

A. Lange

Linke's Fleischzentrale

Heinr. Langer

Wilhelm Lenz

R. Lawrence

Herm. Leucht

Wilhelm Liebherr

Max Linske

W. Lindner

Fr. Lindemann

Lochmann

F. Löffler

Luecke, Joh.

H. Matzker

Stephan Mederer

Otto Menzel

Fortsetzung siehe nächste Seite.

Haus- u. Küchengeräte
G. Böhlke, Ullmannstr. 1. Klempner.
Dähnert, O. Bergstr. 121.
Raminck, Spandau, Schönbergstr. 92.

Küchen-Schreiber
Wedding, Pallasenstr. 13
Lindner, Nachf., Perlebergerstr. 23
Messow, M., Reichenbergerstr. 23

Rockstroh, Karl
Königsberg, Wilmersd. Str. 120.
Sandow, F. Lampen u. Geschirre
Otto Sandow Nachf. Lampen
R. Wangerin Kronleuchter Str. 120

Hollant für Stotterer
„Stottern“
besichtigt gründlich und dauernd
bei jedem der stottererlingt.

Herren-Artikel
Anton, Schönhauser Allee 116.
Pelix Brügge, Köpenick.
Die berühmte Feinwasche, Sabl 44

Magazin England
Kell. Damm 78, Oranienstr. 162.
Dittmer, Atterstr. 68a, Hutgeschäft.
Martin Gräsel, Alt-Moabit 112.

Carl Hoffmann
Rich. Jahn, Treptow, Grätzstr. 7.
S. Kadisch, Thurmstr. 19.
E. Klaha, Frankfurter Allee 39.

Ad. Mahnke
Menzel, P. Cöpenick, Schloßstr. 11.
A. Nitschpan, S.W. Bergmannstr. 11.
Prinzenstr. 31, Bellert.

Herren-Knabengard.
Amerikan. Verkaufshaus
E. Bänck, Döberitzallee 2, 9/10.
J. Baer, Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.

Besser, Julius, Rl., Bergstr. 100.
Hamburg-Steglitz, Siedl. Str. 103.
Hirschfeldt, Reichenbergerstr. 65.

Herren-Konfektionshaus
Frank & Co., Brunnenstr. 60.
Mehr, A. Spandau, Lutherstr. 13.
Näke, J., Spandau, Klosterstr. 21.

Inhaber Perleberg
Rud. Israel, Grüner Weg 30.
Max Kaplan, Friedrichstr. 1.

S. Kainer, S. Kader, 45. 46. O. Anst. 55.
D. Kempinski, Rummelsburg.
Leake & Sipecki, Börsen-Str. 70 c.

D. Perleberg
Berlin N., Chausseestraße 63,
Ecke Liesenstraße.
S. Posner, Brunnenstr. 172, Siedl. Str. 9.

Heinr. Federer
Reinickendorferstr. 8.
Rätzig, Ad., Frankf. Allee 107.
Rosner, Max, Schneidmeister, Rixd. Bergstr. 20/21.

77 Kottb.erdamm 77
August Schweg
Berth. Schwenker, Wronkestr. 30.
Hüte, Mützen u. Pelz.
Anton, Schönhauser Allee 116.

Bazar Norden
Böhlke, Rud., Chausseestraße 66.
Rosenthaler, Thodor, Anthofener, Solmsstr. 22.
Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 129.

Oscar Ortman
Spandau, Charlottenstr. 6.
Panama-Jakob, Spandauer Allee 149.
Peters, A., Warschauer Str. 11.

Prager, Rutzfabr., Prenzl.-Allee 27.
Rieck, Em., Badstr. 64.
Ring, A., Rosenthaler-Str. 19.
Schroer, Herm., Wilmersd.-Str. 46.

Vereinigte Hut-Compagnie
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 124.
Tarnitz, 61 (Ecke Beusselstr.).
Leder d. Zeitunge rhält 5% Rabatt

Vester, E., Kottbuser-Damm 18/19.
Weiner, H., Greifswalderstr. 33.
„Zur Flora“, Rixd., Bergstr. 27.

Kaffee-Spezialgesch.
A. Kobbelt, Invalidenstr. 10.
Oskar Krösche, Schönhauser Allee 70 d.

Kartoffeln, Gemüse
Paul Henkel, Swinemünder Str. 48.
L. Alexander & Co., Badstr. 55.
Geschw. Blank, Berghaupt-Str. 17.

Konsum-
Berlin u. Umgegend
Kleiderstoffe, Wäsche, Wollw.
S. Eisenstadt, Frankf. Allee 165.

Holz & Ascher
O. Frankfurter Allee 62.
N. Schönhauser Allee 127.
Adolph Lewinski, Badstr. 16.

Kaufhaus
Gebr. Preuß
Berl. NW, Beussel-Str. 11.
Beste Bezugsquelle für sämtl.
Manufaktur. Spez. Damenkonf.

Gustav Levy, Spandau,
Lutz, Fr., Baumchulenweg.
Eduard Rohm, Ob. Schönevoide.
H. Weib & Co., Friedrichshagen.

Kautabakfabriken
Keaner kauen nur Kautabak von
H. Carl Hagenbruch, Mühlentstr. 7b.
Kaufhaus, Mühlentstr. 7b.

Kinematogr.-Theater
Gromadecki, F. Warschauerstr. 63.
Reform-Kino, Reinickend.-Str. 20/27.
Hermann Wöhlbig, Brunnenstr. 181.

Kohlen, Koks, Erikotts
Rud. Beter & Co., S. d. Kottbuserstr.
Paul Bieger, Kalpoderstr. 13.

Perd. Gräning
Aug. Grimberger
M. F. Leyke, Hauptkantor
nur Kol. Nordhshohot.

J. Ferdinand Leyke sen.
P. Hante
Loebell, L., Kohlenbahn.
J. Mannheim, Filialen
im Osten.

Gebr. A. & J. Podzuweit
Gleimstr. 62. • Putzuserstr. 1.
Swinemünderstr. 121. • Seelower-
str. 19. • Schillmannstr. 27.

L. Sager & Co.
Filialen in Köpenick
u. Charlottenburg.
Heinr. Schupke
Herm. Schupke & Co. m. b. H. N. 50

Kolonialwaren
Abend, R., Rummelg., Seestras. 6.
Otto Albrecht, Lychnenstr. 11.
E. Arikuckatz, Virechow-Krankenh.

Pranz Bonk
Borchardt, O., Mühlentstr. 1.
Prig Bötke, O., Mühlentstr. 44.
Brandt, Paul, Glogauer Str. 25.

August Dankert
Max Dähnck, Rl. Weserstr. 53.
Carl Ehmeke, Köpenick.
R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47.

Hermann Enke, Stephanstr. 59.
Arthur Ekke, Amsterdamerstr. 10.
Walter Fabro, Cöllnerstr. 10.

A. Flebach Nachf., Louis Körner,
S. d. Schwedstr. 254.
E. Fiedler, Epenitz, Heppelstr. 41.
C. E. Fink, N. Pankstr. 7.

Rudolf Fink, Tarnitzstr. 7.
Alt-Moabit 83.
Friedrich Nachf., Havelbergerstr. 11.
C. Fink, Rixd., Donanstr. 118.

Herm. Gattopp, Kolonienstr. 33.
Wirtschaftstr., Nachf., Brunnenstr. 167.
„Zur Flora“, Rixd., Bergstr. 27.

Goetsch, Ernst, Dölgener-
Str. 14.
Grabitz, Breslauer Str. 4.
Grübner, Emil, Rixd., Glogauerstr. 25.

Wih. Grüning, Reinkend.-Str. 70.
S. Gräffstr. 26.
H. Wessner, 206.
Gebr. Hajesch, Weidenweg 24.

Habs, Franz, Rl., Weserstr. 206.
Gebr. Hajesch, Weidenweg 24.
Max Hanbeler, Glogauerstr. 65/66.

C. Hannemann, Eckhaus Lychnenstr.
Otto Hampe, N. Wilmersd. 124.
R. Hartung, Reinkend.-Str. 124.

Max Häusler & Co.,
Kaffee und Kolonialwaren.
Ad. Hedwig, Auguststr. 51.
Heinicke, Wih., Markgrafend. 27.

Heinrich, R., Bergstr. 244.
Gustav Henschel, Siemenstr. 16.
Herrfath, Eug., Weidenweg 24.

Herrmann, Alfr., Ecker-Wangelstr.
Paul Herrmann, Badstr. 33.
Rich. Hobinder, Wollmstr. 11.

Emil Hübner, Fritze Hübner,
Schillmannstr. 11.
H. Jacobi, Köpenick, An d. Markt.

Janik, L., Bodenbergerstr. 7.
Georg Jonas, Beyerstr. 4.
Oscar Junst, Pastorestr. 41.

Paul Just, Müllerstr. 156a.
Kaseltz, Reichenbergerstr. 26.
Kastier, M., Mehlhandlung,
Gubener Str. 18.

Willy Knoke, Wih. Koch,
Nachf., Wismanstr. 26.
Kraatz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O. Kruppstr. 37/38.

Gustav Linke, Neue Hochstr. 20.
Lips, Chamissoplatz 8.
Fry Lobeth, Rl., Bernastr. 42/43.

Paul E. Maass, Troptow,
Marnholz, W., Graetzstr. 19/20.
Martini, Erich, Rixd., Allerstr. 29.

Karl Mercier, Huttenstr. 3.
Meyer, Gust., Insterburger Str. 2.
Michaelis, Paul, 5 Geschäfte in
Nord-Berlin.

M. Rector, Rob. Volt,
Baumstr. 57, Big. Febr.
Sattelmacher, Chausseestr. 50.
Lutz, Herm., Kolonienstr. 84.
Matschka, A., Cressenstr. 27.

E. Rettig, Stralsund, 58, Huseit. 15.
F. O. Richter, Friesenstr. 5.
Max Richter, Löwestr. 2.
Otto Riehm, Dresdner Str. 73.

Willy Roatzech, T. VI, 1857.
Carl Robrs, Langhansstr. 58 u. 148.
Willy Rohne, Kreuzbergstr. 26.
Fritz Rose, Gollnowstr. 38.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Scheffler, Eugen, Grüner Weg 120.
Georg Schiffer, Bremer Str. 56.

W. Schwarze, Scheffler, Carl, Badstr. 16.
Scheffler, Eugen, Grüner Weg 120.
Georg Schiffer, Bremer Str. 56.

C. Oscar Schwarz, Moabit,
Glogauerstr. 65/66.
Eckhaus Lychnenstr.
Otto Hampe, N. Wilmersd. 124.

Joh. Schulze, Curt Seeling,
P. Simund, Rixd., Zietenstr. 46.
P. Stäuber, Rl., Rl. Heppelstr. 15.

O. Stubbenhagen, Gustav Stömer,
Nogatzstr. 23.
Tiedemann, H., Wühlischtr. 29.
W. Tietzsch, 80, Heideb. Str. 50.

Bernh. Uhrmacher, Ulrich, F.,
Rl., Warthestr. 13 u. 69.
Ulrich, O., Rl., Rl. Heppelstr. 15.

Fritz Welzel, Ad. Wendig,
N. Zionskirchstr. 6.
Ernst Wilde, Bastianstr. 14.
W. G. Wisprecht, Memeler Str. 27.

Wittenbeck, Fr., Ernst Wilde,
Bastianstr. 14.
W. G. Wisprecht, Memeler Str. 27.
C. Neubeauer, Ob. Schönevoide.

Korbwar., Kinderwar., Metzners,
Metzners, Metzners, Metzners.

Kinderwagen, Metzners, Metzners,
Metzners, Metzners, Metzners.

Metzners, Metzners, Metzners,
Metzners, Metzners, Metzners.

W. Bachmann, Charl., Neihagsl. 15.
R. Baumgärtner, Pankow, Nollstr. 20.
Bethke, Georg, Muskauer-
Rixd., Elbest. 30, Kais.-Friedr.-Str. 44.

Bock, Paul, Stralauer Allee 29b.
Bordasch, O. Rl. Kais.-Friedr.-Str. 44.
C. Bosse, Reinickendorferstr. 92.
H. Brest, Berlin, Kastan.-Allee 3.

Fritz Brosius, Elbe Str. 29,
Richardstr. 63.
Kranoldplatz, Berl. Grüner Weg 43.
Alt Glönicke, Rudow.

Frese, Ernst, Landberg-Str. 75.
Kese Königsstr. 31.
Lindemstr. 95.
a. d. Markthalle.

Gaeger, Otto, Charlotten-
burg.
Paul Gaeger, Spandau.
Hugo Gessler, Rixd.,
Hermannstr. 51.

Grossier, Gebr., Frkf.-Allee 188.
Joh. Günther, Graefestr. 63.
Grünerweg 52, Ackerb. Str. 89-90/2.

Hammerstadt, G., Ebert-
str. 10.
Herm. Hecht, Wilhelmstr. 29.
Heerma, H., Rl., Hermannstr. 172.

Heinrich, R., Bergstr. 144.
Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

Herrguth Nachf., Reinkend.-Str. 17.
Hesse, Kolonialw., Kreuzbergstr. 21.
Hippel, Carl, Rl., Pflanzstr. 91/2.

H. Gebert, Birkenstr. 44.
Griff, Reinickendorferstr. 13.
Harnack, Stallschreiberstr. 67.

Horn, Heinrich, N. Badstr. 58a.
Hertel, H., Pallasden-
str. 96.
M. Hinrichs, Ritterstr. 18.

Gebr. R. & C. Homann, NW,
Perlebergerstr. 22/24.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 123.
Janitzkow F., Turmstr. 45.

König, A., Rl., Berlinstr. 102.
Herm. Kogel, Hermannstr. 12.
Krause & Co., Frankf.-Allee 176.

Ernst Krämer, Waldstr. 7.
Lange, Max, Schwedter Str. 2.
Lazarus, Petersburger Str. 52.

Liddecke, R. Rl., Bergstr. 4.
Möbel-Eberhard, Friedrichstr. 194 a.

Misch, Stieglund,
Bred. 21.16.
Möbel-Kamerling, Kastanienallee.

Möbel-Fabrik, Urbanstr. 102.
Nagott, Rl., Richardstr. 14.
Neumann, M., Vorw.-Lorenz-Str.

Neukirch, Gebr., Stralauerstr. 32.
Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Bertha Mierzwa, Frankfurter
Allee 65.
Spezialhaus für Damenhüte.
Schmalhans, Rl., Bergstr. 161/162.

Restorhandlungen
Luiseförmel, Greliswalderstr. 130.
Carl Joch, NO, Pallasdenstr. 97.

Ascher, Eckel Demminer Str.
H. Bekiers, Rixd. 64, Rl. Köpenick.
Hilge Stiefel, Sickingenstr. 67.

Benedik, Potsdamstr. 67.
Damschke, Invalidenstr. 144.
J. Denzlig Nchl., Chausseestr. 29.

Ed. Drechsler, Rickenstr. 52.
Engel, W., Königsbergerstr. 14.
Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.

Formanowitz, E., Yorkstr. 31.
O. Hoffmann, Charl., Badstr. 31/32.
Janko, Hermann, Holzmkt.-Str. 60.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

Rebsch, E., Spandau,
Rehfeld, A., Reimstr. 10.
Gelegen-
rethstraße, kompl. Einr. v. 140 M. a.

George, Adolph, Radstr. 63. Carl Olesen, Oranienstr. 165a. Ernst Gröber, Brunnenstr. 78. P. Hoffmann, Hohenstr. 21. Hummel, K., Reichenberg, Str. 74. Jarchow, A., Burgmannstr. 21. Paul Jüttner, SO, Grünauerstr. 3. H. Kammer, Charl., Krummstr. 22. Dr. Kariel, Brunnenstr. 118. R. Klönka, Oranienstr. 35. Martin Klein, Neue Hochstr. 25. Kniebusch, W., Prft. Chaussee 61. E. Knuth, Bazar, Poststr. 1. J. Körner, Köpenick, Markt. 12. B. Lechtermann, Dreyse-Platz. Lehmann, Alb., Frankl. Allee 20. Lehmann, Wdh., Köth. Damm 23. Lelsgang, Nov., Lindenstr. 61. Lewin, Adolf, Köpenick, 424a. Lüders, H., Schöneberg, Kottbuscherstr. 55. Fr. Moschke, Wartschauer Str. 85. G. Neumann, Gärten, Wallstr. 54. Simon-Dach, str. 13. Nolte, K., Brunnenstr. 112. Rudolf Plunz, Brunnenstr. 91. Emil Quade, Schöneberg, Hauptstr. 163. Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.

Rampmaler, F., Skalitzerstr. 23. Karl Reichel, Hermannsplatz 7. Riedel, Ncht., Reichenkondorf-Str. 74. A. Roß, Köpenick, W., Eichborstr. 91. Joh. Schallan, Seeb. Allee 180a. Tor. Alfred Scheer, Turmstr. 49. Carl Schiewinsky, Köpenick, 4. R. Schmelz, Reichenbergerstr. 123. Schönemann, G. H., Berl.-Str. 72. F. Schönw. Bort. O., Gesslstr. 17. W. Schultz-Basage, Nees Bahndstr. 33. Rich. Schramm, Turmstr. 22. Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 24. Schütz, Osw., Frankl. Allee 24. T. Stolz, Chaussee 61. Carl Stühr, Dresdenstr. 124. Sturm, Rich., Tegel, Hermanns-Str. 22. Paul Frank, Charl., Spand.-Str. 22. Tribes, Alfred, Finkensta. 4. Truxa, W., Frankl. Allee 185. Adolf Völkel, Frankl. Chaussee 116. Reimb. Wankel, Brunnenstr. 163. Otto Wartig, Triftstr. 1. Wedermann, O., Augustastr. 74. R. Welse, Nowawon, Friestrad. 14. Wittig, Ad., Rixdorf, Berlinerstr. 44.

Wutke, Karl, Trakstr. 7. Invalidenstr. 10. Vorschörungen. "Deutschland" Berlin. Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung. Friedrich Wilhelm. Berlin W.S., Behrenstr. 58-61. Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversicher. Mit u. ohne ärztl. Untersuchung. Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge. Warenhäuser. Bernhard, G., Ober-Schönweide. Hober, Nf., Yorkstr. 37, am Bbf. Warenhaus Max Codik, SO, Wrangolstr. 20. Edelkellerstr. 1. Max Blumenreich, Str. 1. Julius Loewenberg Nachf., Str. 19, a. d. Seeb. Allee. Reimze, Partlowar, Laßb. 101.

Leopold Jacobsohn, Nostlstr. 26. Wein-Vertriebsgesellschaft v. Malottid Warmuth, Oswald, Köpenig. Str. 1. Waschlittel. Verlangen Sie "Edelweiß" Krone aller Waschlittel. Walk-, Woll-, Trikot. Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75. Max Bahn, Mühlenerstr. 42. H. Barts, Schönhauser Allee 107. Bredow, Otto, H., Hermannstr. 56. Otto Erdmann, Mirbachstr. 35. M. Gardels, Kraut Str. 51a. Georgi, Ernst, Hirschedt, Hugo Hecht, Chorinerstr. 65a. Hoffmann, Carmin Sylvastr. 6. Hoppe, E., Scharnweberstr. 52. Julius John, Dunckerstr. 1.

Jonas, Hermann, Köpenick, 11. Juncker, H., Rixdorf, Hermannstr. 172. Kaufh. Katak, Rixdorf, Friedr.-Str. 211. Carl Klein, Hohenstr. 15, N. O. 18. Robert Kutsche, Gubenstr. 56. Adolf Küssel, R. Bergstr. 54a. R. Lehmann, Isb. Weis, Köpenick. Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 12/53. A. Lüdek, Rixdorf, Kals-Friedr. Str. 177. Luster, C., Reichenbergerstr. 61. Müller, F., Wäsche eig. Fabrikate. Meyer, Hermannstr. 12. (Arbeitshilfen). Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 206. Pietschmann, Marie, Jagowstr. 25. Schaefer, Hunsienstr. 42. M. Schaefer, S-W, Hollmannstr. 43. Schram, Lina, Mirbachstr. 31. A. Radloff, Köpenick, Markt. 1 a. See

Rachmer, C., Andreastr. 61. Hermann Meyer, Köpenick, 11. A. Mitschpan, Hermannstr. 11. Sigmund Simon, Köpenick, 123. Siewenow, Charl., Rixdorf, 10. J. Stein, Köpenick, V. Köpenick, 116. Thierow, O., Charl., Cammerstr. 14. L. Vierarm, Zionskirchstr. 34. E. Vogt, Köpenick, Amsterd. 101. Albert Vogt, Rixdorf, 31. Wollhaus Lucas, Rixdorf, Bergstr. 43. Wild u. Hoffmann, Rixdorf, Berliner Str. 42. C. Dittmann, Landsberger Allee 29. O. Grimm, auch Flecht. Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19. Zimmer, H., Prinzessstr. 13. Zahn-Atelier. E. Bado, N. Kasanlenalder 108, 1. Holbruch, Herm., Falsch, 5. pag. 1871. A. Jahnke, 60. Eisenstr. 4, 1. 16-1-3-3. Jordan, Alfr., Fasanstr. 81, pag. 1523. Vorseiger dieses 10% Rabatt. Alfred Rau 50%, Wrangolstr. 45 L. - Gogr. 1888.

Theater. Sonnabend, den 6. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Die Messinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Königl. Schauspielhaus. (Bsp) und Schmelz. Deutsches. Faust. 2. Teil. (Anfang 8 Uhr.) Komische Oper. Den Juan. Anfang 8 Uhr. Kammertheater. Die Königin. Neues königl. Operntheater. Geflossen. Neues Schauspielhaus. Eleonora. Nachm. 3 Uhr: Aufführung des Sternschen Konservatoriums. Leistung. Klänge und Heimat. Kleines. Der Leibgarde. Berliner. Sammelstudien. Welter. Die lustigen Nibelungen. Neues. Mein erlauchter Ahnherr. Lustspielhaus. Der Registrator auf Reisen. Metropol-Theater. Hoheit amüßert sich! Operette in 3 Akten von J. Freund. Musik von Rudolf Kellon. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz. Anfang 8 Uhr. Stauden gelistet. Sonntag 3 Uhr: Wamsfeld. Apollo Theater. Vollständig neues Programm. 8 1/2 Uhr. Um ein Weib. Grotesk amerikanisches Lustspiel. Sensationsstück in acht Bildern von C. G. Wolf und G. Voss. Musikarrangement von G. Kocian. Wintergarten. Neues Programm! LA TORTAJADA. The surf Bathers eine Idylle am Meeresgestade. De Dio in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasiefantasien und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan. - Rauchen gestattet. - Trianon-Theater. Gasspiel des Neuen Schauspielhauses. Täglich abends 8 Uhr: Das Prinzen. Die Stadt auf Schlittschuhen Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassapreise. Uebrigens im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Teubenerstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: Von der Zogspitze zum Watzmann. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern. Luise-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Ohne Mutter. Preisgünstiges Sensations-Schauspiel in 5 Akten von Benjamin Depaire. Sonntag 3 Uhr: Aus erster Ehe. ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Zum ersten Male: Auf nach New York. Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Philipp und Richard. Anfang 8 Uhr. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der Registrator auf Reisen. Metropol-Theater. Hoheit amüßert sich! Operette in 3 Akten von J. Freund. Musik von Rudolf Kellon. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz. Anfang 8 Uhr. Stauden gelistet. Sonntag 3 Uhr: Wamsfeld. Apollo Theater. Vollständig neues Programm. 8 1/2 Uhr. Um ein Weib. Grotesk amerikanisches Lustspiel. Sensationsstück in acht Bildern von C. G. Wolf und G. Voss. Musikarrangement von G. Kocian. Wintergarten. Neues Programm! LA TORTAJADA. The surf Bathers eine Idylle am Meeresgestade. De Dio in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasiefantasien und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan. - Rauchen gestattet. - Trianon-Theater. Gasspiel des Neuen Schauspielhauses. Täglich abends 8 Uhr: Das Prinzen. Die Stadt auf Schlittschuhen Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassapreise. Uebrigens im Schlittschuh- und Kunstlaufen wird erteilt.

Brauerei F. Happoldt Hasenheide 32/39 mit neuem Konzert-Etablissement I. R. Saal u. Terrassen. Morgen, Sonntag, von 12-2 Uhr: Grand Matinée Musikkorps d. 4. G.-R. u. F. H. Schrader. Königl. Obermusiktr. Bei ungünstigem Wetter im neuen Konzert-Saal. Vorzögl. Verpflegung. Dinners a M. 1,25 v. 12-3 Uhr. Um recht regen Besuch bittet Max Zabel, Oekonom.

Schlager im neuen Programm. U. a.: Motorbootrennen in Amerika. Stapellauf des Turbinen-Linien-Schiffes „Kaiser“ in Kiel. Eine tolle Nacht. Großstädtische Sittenkomödie. Beginn: Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf. Vorverkauf: zu ermäßigten Preisen bei A. Jandorf, Kottbuser Damm 1. EDEN-PALAST Kottbuser Damm 2/3.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS Maurowstr. 62. Zimmerstr. 90-91 Heute! nachmittags und abends Große Konzerte ausgeführt von der Kapelle des 5. Garde-Grenadier-Reg. Dirigent Kgl. Obermusiktr. Kneifel, bei freiem Eintritt. Vorzügliche Küche. Spezialauschank von Münchener Mathäuser Bräu.

Letzte Fahrten nach Werder zur Baublüte ab Berlin, Helldammbrücke 9,00 um. Carl Gärtner (Bahnhof Bellevue) 9,25. Charlottenburg, Schloßbrücke 9,50. Spandau, Charlottenbrücke 11,00. Potsdam, Kaiser-Wilhelmbrücke von 11,00 Uhr um. Bis 6,00 Uhr nachh. händlich bezg. halbtäglich. Auf der Obersee und Dahme beginnt mit Sonntag der tägliche regelmäßige Verkehr H. Fahrplan. Ferner 9,00 Uhr um. nach Werder-bergt. und Schwandau. Auf der Untersee und Havel täglich regelmäßige Fahrten zwischen Spandau-Wannsee-Potsdam, Potsdam-Werder-bergt. und Potsdam-Redlig-Kramnitz. Auf der Oberhavel und dem Tegeler See täglich regelmäßig zwischen Tegeler-See-Spandau-Heiligensee und Spandau-Tegelort-Heiligensee. Der diesjährige Tschernfahrgang ist in den Bureau unserer Gesellschaft, an den Stationsstellen, auf den Dampfern und in den Reisebureau unentgeltlich zu haben. Dampfer und Motorboote für Gesellschaften und Vereine in diesem Jahre besonders billig.

NEUE WELT Amerikanischer Vergnügungs-Park. Hasenheide 108/114. Varieté-Vorstellung. Wasserrutschbahn, Gebirgsbahn, Liebesmühle u. a. Großes Konzert der Neuen Welt-Königlicher-Kapelle. Dir. Hönigmann. Täglich nachmittags. Neue Direktion. Neue Schaustellungen. Neue Belustigungen.

Abfahrtsst. Schillingsbrücke am Schlesischen Bahnhof. Morgen Sonntag, früh 9 1/2 Uhr, mit Luft nach Neue Wälder; früh 9 Uhr nach Wolterdorfer Schenke. Einmalige Fahrt 50 Pf. - Mittags von 2 Uhr ab ca. händlich nach Restaurant Kaffhäuser, Nieder-Schönweide. Einmalige Fahrt 30 Pf. Dasselbe: Militär-Konzert. Fahrgäste zahlen kein Entree. 16008 R. Tismer.

Spree-Kavel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft Stern. Jeden Sonntag, vor-mittags 10 Uhr, ab Brandenburger Ufer (Rammholzbrücke) und Schlesisches Tor (Kochbahn): Billige Dampfer-Sonderfahrten nach Voigt Krampenburg (Berliner Alpen) für Gesellschaften und Familien höchstbes. Ausflugslokal. Fahrpreis 50 Pf. Um regen Besuch bittet Robert Voigt, Amt Köpenick 227.

Sensationelle Attraktionen! Ben Ali Bey Klassische Zauberkunst des Orients. Tanagra-Theater. □ Lachhaus u. a. Translatour- und Militär-Konzerte. Eintrittspreis 50 Pfg.

Stadt-Theater Moabit Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 7. Mai 1911: Die Grille. Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

Königstadt-Kasino. Holzmarktstr. 72. Sensationeller Erfolg: Flachshaar als Erzieher. The 3 Luise. Otto Bayer. Duett Hengrich. Anita Ravera u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 1 1/2 Uhr.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Wertheim wird plätzen! Bunter Solo-Toll. III. Klasse. Voigt-Theater. Geländebühnen, Badstraße 88. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr: Frühlingfest. Sonntag, den 7. Mai 1911, bei günstiger Bitterung im Garten: Der Störenfried. Auffpiel in 4 Akten, von R. Venedy. Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Zirkus Busch Heute abends 8 Uhr: Großer Gala-Abend! General Zoharek Ermano, der Meister türkischer Kriegswaffen (Ganze, Helonet, Gewehr, Säbel, Kerze). Der unheimliche Nandj-Kaujen mit seinen dreifachen Tieren. Hl. Maria Mobile. Schreitlerin. Herr Ernst Schumann, Original-Deerh., u. a. Um 9 1/2 Uhr zum 8. Male: Die neue große Frühjahrs-Pantomime Ein Jagdtag am Hofe König Ludwig XIV. Vorher das große Gala-Programm.

Herrnfeld Theater Original-Modierpartie. Ein Verlobungs-Geschäft. Das Scheidungs-Souper. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Noacks Theater. Direktion: Robert Oll. Berlin N., Brunnenstraße 16. Große Extra-Vorstellung: Der Rehböck oder: Die Stimme der Natur. Lustspiel in 3 Akten von H. v. Kottbusch. Anfang 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater Postfächerstraße 37. Täglich 8 Uhr. Bester Spielmonat vor den Festen. Galtis, d. berühmte Tischlerkunst, Leben und Treiben im Kaufhaus; Dazu d. gr. Lachspiel in dieser Saison „Zwei Wappen“. Sonntag 8 1/2 Uhr: „Marianne“.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Britton als Miese im Rosenrock.

Nibles Fest-Säle Dennewitzstraße 13. Jeden Sonnabend: Tanzkränzchen. C. Nible. 16066. Für den Inhalt des Interieur übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Spielerprozeß Matiske.

Nachdem am Donnerstag ermittelt worden war, daß der Angeklagte Matiske sich in dem Sanatorium des Dr. Gräslich in Woltersdorfer Schloße befindet, und der auf Ersuchen des Berichtes nach dem Sanatorium entsandte Medizinalrat Dr. Hoffmann die Transportfähigkeit Matiskes festgestellt hatte, wurde der Angeklagte auf Grund eines erlassenen Haftbefehls in das Berliner Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Die Verhandlung am Freitag begann mit der Vernehmung ärztlicher Gutachter über den Gesundheitszustand Matiskes, der sich selbst für durchaus verhandlungsfähig erklärte und nur auf Anraten des Arztes Dr. Wolff das Sanatorium aufgesucht haben will.

Der Leiter des Sanatoriums Woltersdorfer Schloße, Dr. Gräslich, erklärte, daß Matiske auf ihn den Eindruck eines außerordentlich nervösen Menschen

von wechselnder Stimmung und sprunghafter Geistesaktivität gemacht habe. Er habe deshalb den Angeklagten für nicht verhandlungsfähig halten müssen.

Die Verteidigung versucht den Nachweis zu führen, daß Matiske sehr wohl der Ansicht habe sein können, daß die ärztlichen Atteste, denen zufolge er ein Sanatorium habe aufsuchen müssen, als ausreichende Entschuldigung dem Gerichte gegenüber anzusehen seien.

Sie beantragen deshalb die Haftentlassung Matiskes. Nachdem jedoch von der Staatsanwaltschaft darauf hingewiesen worden war, daß Matiske sich noch am Sonntag im Lunapark amüsiert habe, beschließt der Gerichtshof, den Haftbefehl aufrecht zu erhalten.

Dorf.: Wir kommen nun zur Sache selbst. Angeklagter Matiske, in Ihrer Wohnung Wilhelmstraße 19 hat sich häufig, besonders seit März 1909, ein Kreis von Bekannten und von Leuten, die diese mitbrachten, versammelt, um dort Roulette zu spielen. Sie sollen in der Hauptsache der Bankhalter gewesen sein und das Ganze organisiert haben.

Im März 1909 erschien ein das Spielen in Klubs behandelnder Artikel im „Berliner Tageblatt“, durch diesen Artikel wurden Sie unsicher gemacht und Sie wandten sich an den Kriminalkommissar von Manteuffel, von dem Sie Auskunft über die Grenzen des erlaubten und unerlaubten Spiels erhielten.

Die Bank soll die Gestalt eines Aktienunternehmens erhalten haben, es wurden Aktien von 5 Mark aufwärts durch die Mitspieler genommen und so die Bank gebildet. Sie sollen Strohmänner dabei für sich verwenden und sollen auch Belohnungen von 20 bis 30 M. versprochen und gezahlt haben für jeden, der einen neuen Spieler mitbrachte.

Sie sollen auch Spielern, die kein Geld mehr hatten, Darlehen zum Weiterspielen gegeben haben, Sie sollen sich Uhren, Ringe usw. als Pfand haben geben lassen und in Ihrer Behausung ist eine ganze Menge solcher Wertgegenstände vorgefunden worden.

Obgleich Ihr Verein, der nach Ansicht der Anklagebehörde nur ein Scheinverein war, im August von der Polizei aufgelöst wurde, ist ein neuer Scheinverein gegründet worden, bis auch dieser aufgehoben wurde.

Angekl. Matiske: Ich habe in meinem Leben und besonders als Generalsekretär der „Victoria“ viel zu arbeiten gehabt, bin dadurch nervös geworden und bedurfte der Ablenkung. Ich verlegte die Besuche meiner Bekannten auf einen bestimmten Tag, bei diesen Besuchen wurden zur Unterhaltung Wettspiele, wie Schach, Dame usw. gespielt und auch nach der Scherbe geschossen.

Dann brachte einmal ein Herr ein Roulette für 50 Pf. mit, und man spielte um kleine Einsätze, um Pfennige bis hinauf zu Groschen. Allmählich brachten Bekannte wieder andere Bekannte mit, und es tauchten einige Zweifel auf, ob solches Spiel erlaubt sei.

Eines Tages erschien ein vom Rechtsanwalt Dr. Jul. Meyer verfaßter Zeitungsaufsatz, der in dieser Beziehung uns völlig beruhigte, da er darauf hinausging, daß solches Spielen in Privatlokalen, wenn es nicht gewerbmäßig sei, nicht verboten werden könne.

Ich habe nicht gewerbmäßig gespielt, bin dazu auch gar nicht in der Lage gewesen, denn ich habe als Generalsekretär der „Victoria“ ein sehr gutes Einkommen gehabt, das sich mit Prämien, Donationsen und Provisionen auf 40 000 M. bezifferte. Alles, was die Anklage gegen mich vorbringt, um die Gewerbmäßigkeit des Glücksspiels zu erweisen, trifft nicht zu.

Wichtig ist, daß Uhren und Wertgegenstände bei mir vorgefunden worden sind. Ich bin ein Geschäftsmann und machte auch sonst noch Geschäfte, kaufte Uhren, Brillanten, machte Hypothekengeschäfte usw. Da unsere Zweifel über die Zulässigkeit unseres Spielvergnügens nicht ganz beseitigt worden waren, wurde ich beauftragt, an den Kriminalkommissar v. Manteuffel zu schreiben.

Ich ging aber zu Herrn v. Manteuffel hin, nahm den Artikel mit und fragte ihn, was zulässig und nicht zulässig sei. Herr v. M. las mir ein kompliziertes Reichsgerichtsurteil vor, welches ich nicht verstand, und er sagte zum Schluß: „Ich weiß ja, man spielt, um zu gewinnen, aber man soll nur spielen, um sich zu amüsieren.“

250 M. Das Bier wurde von den Leuten selbst bezahlt. — Präsl.: Wieviel Geld bekamen die Croupiers pro Abend? — Angekl.: Ich glaube 10 bis 12 M. — Präsl.: Ist es richtig, daß Sie Belohnungen für die gezahlten haben, die neue Spieler mitbrachten? — Angekl.: Das hatte ich überhaupt nicht nötig. Die Leute waren ganz meßhugge aufs Roulette.

Wir hätten ja eine ganze Kaserne am Alexanderplatz mieten können, wenn wir alle unterbringen wollten, die mitspielen wollten. Die mitangeklagten Croupiers behaupten übereinstimmend, daß ihnen nie der Gedanke gekommen sei, sich durch ihre Tätigkeit strafbar zu machen.

Sie hätten aus der „Vereinsbank“ für ihre Tätigkeit entweder 10 M. pro Abend oder auch 50 Pf. pro Spieler erhalten. Geld für Zuführung neuer Spieler hätten sie von Matiske nicht erhalten, ebenso sei es unrichtig, daß sie für Matiske als Strohmänner fungiert hätten.

Der Angeklagte Paul Sahm befundet u. a., daß er mehrere Monate bei Matiske verkehrt habe und häufig auch Frau und Kind mitgenommen habe. Er habe ein guiegehendes Geschäft und könne sich deshalb hin und wieder ein kleines Spielchen zu seinem Vergnügen leisten.

Das dies gewerbmäßig geschehen sei, sei gänzlich ausgeschlossen. Nach der Mittagspause wird der Geheimmedizinalrat Bernhardt vernommen. Er befundet u. a.: Am 2. Mai sei Matiske, von dem er bis dahin nichts gewußt und gehört habe, zu ihm gekommen und habe die Ausstellung eines Attestes gewünscht.

Er habe erzählt, daß er schon längere Zeit sehr nervös sei, so daß er schon mehrfach Differenzen mit seinen Angestellten gehabt habe; er könne nicht schlafen, habe, wenn er auf der Eisenbahn fahre, das Gefühl, als ob er herauspringen müsse, wenn er etwas lese, könne er es nicht richtig auffassen usw.

Der Zeuge habe ihm geraten, sobald wie möglich ein Sanatorium aufzusuchen, um sich Ruhe zu schaffen. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß Matiske ein Simulant sei. Der Angeklagte habe auch von einem Termin gesprochen, vor dem er keine Angst habe, er habe aber nicht gesagt, worum es sich handele.

Hätte er angebeutet, daß es sich um einen Strafprozeß handelte und Matiske angeklagt war, so würde er (Zeuge) sich natürlich nicht mit den subjektiven Angaben des M. begnügt haben. Der Gerichtsarzt Dr. Strauch befundet u. a.: Matiske sei am vergangenen Dienstag vormittags bei ihm gewesen.

Seine Sekretärin habe ihm gemeldet, da draußen sei ein Mann, der heiße Matiske, sie werde gar nicht aus ihm flug. Matiske habe ihm gleich gesagt: „Ich weiß nicht, was mit mir los ist, meine Freunde wollen mich in ein Sanatorium bringen.“

Matiske habe dann in seinen Papieren herumgesehen, wobei er eine gerichtliche Vorladung gesehen habe. Er habe dann gefragt, ob M. irgendein Attest haben wolle. Matiske habe ihm darauf geantwortet: „Ach, ich bin ja ganz gesund, aber meine Freunde wollen, daß ich in ein Sanatorium gehe.“

Matiske habe ihm dann auch ein Attest des Dr. Wolff gezeigt. Er habe ihm darauf geantwortet, das genüge ja, weiter brauche er nichts. Auf eine Frage eines Weisthers erklärt der Sachverständige, daß der Angeklagte durch seine Bemerkung den Eindruck habe gewinnen können, er sei durch das Attest genügend bei Gericht einschuldigt.

Rechtsanwalt Dr. Jul. Meyer wiederholt nunmehr den Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Matiske, nachdem man hier gehört habe, daß er des Glaubens sein konnte, daß das Attest des Dr. Wolff als eine genügend Entschuldigung anzusehen sei.

Staatsanwalt Dr. Lehmann beantragt, den Haftbefehl bestehen zu lassen. Der Angeklagte habe ganz absichtlich eine Täuschung des Geheimrats Bernhardt herbeigeführt, indem er ihm verschwiege, daß er angeklagt sei. Aber auch die subjektiven Angaben seien offenbar erlogen, um daraufhin ein Attest zu erlangen.

Der Gerichtshof beschließt nach kurzer Beratung, den Haftbefehl aufrechtzuerhalten. Das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß er absichtlich und ohne Entschuldigung sich von dem Termin, zu dem er ordnungsmäßig geladen war, ferngehalten habe und auf Grund seines ganzen Verhaltens anzunehmen sei, daß er sich die beiden Atteste erschlichen habe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung berichtet Kriminalkommissar Hasenjäger über die Beobachtungen, die er gemacht, als er sich mit einem Kollegen am 19. Juli in die Matiskesche Wohnung begab, wo das Spiel in vollem Gange war.

Beide hatten ihre Visitenkarten zu Matiske hineingeschickt und waren daraufhin zugelassen worden. Beide Beamte haben sich dann am 19. August nochmals dorthin begeben und sich am Spiel beteiligt, nachdem sie vorschriftsmäßig je eine Attest für die Bank à 5 M. genommen hatten.

Kriminalkommissar v. Manteuffel drang schließlich mit mehreren Beamten in das Spielzimmer, wo das Geld auf dem Spieltisch und die zum Spiel gehörigen Utensilien mit Beschlag belegt wurden. Auf Befragen erklärt der Zeuge weiter, daß ihm und seinem Kollegen von dem Angeklagten Matiske gesagt worden sei: Es herrsche aus Sicherheit gegenüber der Polizei Bankzwang, so daß sie auch eine Attest nehmen müßten.

Was mit dieser Aeufßerung gemeint war, sei ihm nicht klar gewesen. Wichtig sei es, daß Matiske ihnen den Zutritt gewährt habe, obgleich er genau wußte, welche Persönlichkeiten sie waren. Er sei damals Kriminalanzwärter gewesen und habe nur den Auftrag gehabt, zu seiner eigenen Ausbildung Beobachtungen anzustellen.

Zeuge Hasenjäger kann nur sagen, daß er gehört habe, wie eine elektrische Glocke ertönte. Ob es die Telephonglocke war, wisse er nicht.

schienen und das Mitgliedsbuch des Wahlvereins sowohl wie auch das der Gewerkschaft und die letzte Quittung der im Haushalt geleiteten Zeitung mitbringen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

An unsere Abonnenten! Unsere Spediture sind nach einem Beschluß der Preis-Kommission gehalten, die Abonnementsgelder am ersten Sonntag des Monats, sofern derselbe nicht vor dem vierten Tage im Monat fällt, kassieren zu lassen.

Wir richten an unsere Abonnenten die Bitte, im Interesse des Geschäfts und um den Potenzen umdritte Wege zu ersparen, nach Möglichkeit am ersten Sonntag das Abonnementsgeld bereitzuhalten. Die Hauptredaktion.

Die städtische Heimstätte Gütergoh im Kreise Teltow dient der Aufnahme genesender Männer sowie solcher, die an geschlossener Tuberkulose leiden. Hier, weitab von dem Trubel und dem Gewühl der Großstadt, sollen die vom Arzt nach der Heilstätte Verschiedenen Kräftigung und Erholung finden.

Der Anstalt sieht man das ehemalige Rittergut an, das die Stadt Berlin seinerzeit von Bleichröder gekauft hat. Das hübsche Herrenhaus ist zum Aufenthalt für die Patienten umgewandelt worden. Die Zimmer für die Patienten sind hoch und luftig. Geräumige Liegehallen und Veranden ermöglichen den Aufenthalt außerhalb des Zimmers.

Dazu kommt ein ausgedehnter, zum Teil mit alten Bäumen bestandener Park, und es muß bei der jetzigen Witterung ein wahres Vergnügen sein, darin zu lustwandeln. Aus den mit dichten Blättern besetzten Zweigen schmettern Nachtigallen, Drosseln und andere Vögel ihre Lieder. Redlich ruft der Student den Spaziergängern sein „Rudud“ zu.

Bänke laden den Müden zum Sitzen ein. Eine große Wiese, mit Obstbäumen umstanden, eignet sich zu Spielgelegenheiten. Bei schlechtem Wetter steht den Patienten ein geschützter Tagesraum zur Verfügung, der mit einem Klavier und einem Billard ausgestattet ist.

Auch eine „Bühne“ ist vorhanden, die zu Vorträgen benutzt werden kann und von den Patienten mit der vielversprechenden Bezeichnung „Romische Oper“ belegt worden ist. Auch eine Kegelbahn ist angelegt, die stark in Anspruch genommen wird.

So macht äußerlich die ganze Anlage keinen üblen Eindruck, und mancher Besucher, der hierher kommt, spricht den Wunsch aus, an dieser Stelle auch einmal mehrere Wochen ausruhen zu können. Gewiß werden die Patienten gern auf den Aufenthalt verzichten, wenn sie nur ihre Gesundheit und volle Erwerbsfähigkeit wieder haben.

Dazu ist erforderlich, daß die Behandlung und die Ernährung in der Heimstätte so ist, daß keine berechtigten Klagen und Beschwerden erhoben werden können. Bei einem Besuch, den wir am letzten Sonntag in Gütergoh machten, haben wir teils auf Grund eigener Wahrnehmungen, teils nach Rücksprache mit Patienten folgendes zu bemängeln:

Vorur wir nach der Anstalt kamen, mußten wir einen Weg von 1/2 Stunde — von Stahnsdorf aus — zu Fuß zurücklegen; wir kamen sehr verdurstet in der Anstalt an. Es war uns nicht möglich, in der Heimstätte für Geld und gute Worte ein Glas Milch kaufen zu können.

Um uns zu erfrischen, mußten wir die Heimstätte wieder verlassen, um in einem nahegelegenen Restaurant uns Kaffee geben zu lassen. Die Besucher kommen aber dadurch in eine unangenehme Lage. Entweder müssen sie ihren Patienten, dem der Besuch gilt, solange in der Anstalt zurücklassen; dann geht Zeit verloren; oder aber sie müssen ihn mitnehmen, dann aber können dem Patienten für unbefugtes Verlassen der Anstalt Unannehmlichkeiten erwachsen.

Unserer Meinung nach müßte dafür gesorgt werden, daß Besucher in der Anstalt wenigstens Milch kaufen können. Viel zu wünschen läßt die Pflanzung der Parkwege übrig. Wir passierten Wege, auf denen große Gassen altes Laub lagerten und teilweise die Passage hemmten.

Auch die Klosett-einrichtungen lassen zu wünschen übrig. Die Klosetts enthalten keine Türen, sie sind nach vorn offen. Und da drei Klosetts nebeneinanderliegen, nur durch eine Scheidewand getrennt und außerdem noch die Visitoirs sich in demselben Räume befinden, so muß diese Anlage als schleunigst verbesserungsbedürftig bezeichnet werden.

Die Wasserversorgung verlagert zeitweise. Das Verhältnis der Patienten zur Anstaltsleitung ist zurzeit ein erträgliches. Wie uns Patienten versicherten, sei das erst seit kurzer Zeit so. Bis vor etwa 14 Tagen wurden lebhaft Klagen der Patienten über die Behandlung erhoben. Man empfand es verlegend, daß eine Schwester Frida die Patienten oft anherrschte, weil nach Meinung der Schwester das Bettenmachen nicht nach ihrem Geschmack war.

Ueberhaupt scheint auf tadelloses Bettenmachen großes Gewicht gelegt zu werden; wer am besten das Bett macht, ist angesehen. Viele Familienwäter, die nach der Heimstätte kommen, haben diese Arbeit in ihrem Haushalte der Frau überlassen und kommen als recht ungeliebte Bettenmacher in die Anstalt.

Wenn sie dann getadelt werden, so ist es ganz verständlich, wenn dadurch eine gewisse Gereiztheit zwischen Schwester und Patienten sich entwickelt. Eine andere Klage wurde über die Einhaltung der Hausordnung geführt. Es ist bestimmt, daß die Patienten im Winterhalbjahr um 9 Uhr, im Sommerhalbjahr um 10 Uhr sich schlafen legen müssen.

Obwohl der Monat April zu dem Sommerhalbjahr gehört, bestimmte die Verwaltung, daß die Patienten nach wie vor um 9 Uhr zu Bett gehen müßten. Die Anstaltsleitung hat aber kein Recht, entgegen der Hausordnung, selbständige Bestimmungen zu treffen; sie hat sich genau wie die Patienten nach der Hausordnung zu richten. Endlich läßt sich noch Klage geführt über die Beköstigung. Nun ist es schwer, in einer Anstalt, in der für eine größere Anzahl Personen gekocht wird, es allen recht zu machen; was dem einen schmeckt, findet der andere ungenießbar.

Partei-Angelegenheiten.

Wilhelmshagen-Nieder-Schönhagen-Werk. Zweck Aufnahme einer Statistik zu unserer bevorstehenden Generalversammlung ist es notwendig, daß sämtliche Genossinnen sowie Genossen am nächsten Abend, Mittwoch, den 10. Mai, in Ihren Bezirkslokale er-

Wied des Aufnahmehaltes der Patienten in der Heimstätte ist, die Leute zu befähigen, bald wieder ihrer Arbeit nachgehen zu können. Dazu gehört neben dem Aufenthalt in guter Luft auch gute kräftige Nahrung. Da sollte nicht allzu sehr geknappt werden. Vom Kuratorium für Heimstätten sollte dafür gesorgt werden, daß die oben dargelegten Mängel behoben werden und daß außerdem die Behandlung der Patienten eine angemessene bleibt. Natürlich ist auch von den Patienten zu verlangen, daß sie sich so betragen, daß die Verwaltung keinen Anlaß zu Klagen hat. Aber man soll die Verfehlungen einzelner auch nicht gleich die gesamten Patienten fühlen lassen. Die Heimstätten haben schon viel Gutes geleistet und werden das um so mehr können, wenn zwischen Patienten und Verwaltung der Heimstätten ein gutes Verhältnis herrscht und berechtigter Klagen Gehör und Abhilfe finden.

Stadt und Straßenbahn. Aus dem Rathaus wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn sind so weit gediehen, daß der von ihnen fertiggestellte Vertragserwurf heute dem Magistrat zugegangen ist. Mittellungen über den Inhalt des Vertrages können nicht gemacht werden, da er vorläufig streng geheim gehalten werden muß. Die Beratungen werden streng vertraulich geführt; Nachrichten darüber können erst veröffentlicht werden, wenn die Verhandlungen zu einem endgültigen Abschluß geführt haben.

In der letzten Sitzung des Kuratoriums der Stadtbibliothek wurde beschlossen, da an anderer Stelle kein geeignetes Grundstück für die Stadtbibliothek zu angemessenen Preisen zu erlangen ist, dem Magistrat hierfür das Grundstück auf dem Inselsteich vorzuschlagen, wegen dessen bereits das Enteignungsverfahren schwebt. Dem Zuge der Zeit folgend und vielfachen Wünschen entsprechend, soll in vorläufiger Weise ein Versuch mit der Einrichtung von Kinderlesehallen gemacht werden. Es ist dazu zunächst eine Lesehalle in Aussicht genommen, welche von Erwachsenen nicht stark in Anspruch genommen wird.

Eine neue Gebührenordnung für die städtischen Friedhöfe wird im Gemeindefratte veröffentlicht und ist sofort in Kraft getreten. Die neue Ordnung enthält eine wesentliche Erhöhung der Gebühren. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind die folgenden:

- I. Land zu Familienbegräbnissen nach den besonderen Bedingungen für das Quadratmeter . . . 60 M.
- II. Bestimmungen von etwa 8 Quadratmeter Größe zur Aufstellung von Wärmern für jede Wäsche . . . 200 und für jede Beheizung von Flächen . . . 10
- III. Land zu einzelnen Grabstellen (auf die Dauer von 20 Jahren)
 - a) Grabstellen:
 - 1. eine Grabstelle für Erwachsene und Kinder über 12 Jahre . . . 30
 - 2. eine Grabstelle für Kinder unter 12 Jahren . . . 15
 - 3. eine auf die Dauer von 20 Jahren vorbehaltenen Grabstelle . . . 50
 - b) Stellen in gewöhnlicher Reihenfolge:
 - 1. eine Grabstelle für Erwachsene und Kinder über 12 Jahre . . . 16
 - 2. eine Grabstelle für Kinder von 8 bis 12 Jahren . . . 8
 - 3. eine Grabstelle für Kinder von 4 bis 8 Jahren . . . 4
 - 4. eine Grabstelle für Kinder von 2 bis 4 Jahren . . . 2
 - 5. eine Grabstelle für Kinder bis zu 2 Jahren . . . 1

- IV. Herstellung der Gruft.
 - a) bei Familienbegräbnissen und Grabstellen . . . 12
 - b) bei Stellen in fortlaufender Reihe . . . 5

Bei Gräbern von Kindern unter 12 Jahren werden die halben Gebühren berechnet. Die Inhaber vorbehaltenen Grabstellen haben außer diesen Gebühren noch die Kosten für Wiederherstellung der angehenden, durch die Beerdigung auf der vorbehaltenen Stelle etwa beschädigten Grabhügel zu entrichten.

- V. Pflanzungen der Grabhügel.
 - 1. Rasen, einfacher Hügel, ohne Oberbede . . . 4 M.
 - mit Oberbede . . . 5
 - Rasen, Doppelhügel, ohne Oberbede . . . 8
 - mit Oberbede . . . 10
 - 2. Eisen, einfacher Hügel, ohne Oberbede . . . 15
 - mit Oberbede . . . 18
 - Eisen, Doppelhügel, ohne Oberbede . . . 27
 - mit Oberbede . . . 30

Bei Gräbern von Kindern unter 12 Jahren werden die halben Gebühren berechnet.

- VI. Begießen der Gräber.
 - a) bei Familienbegräbnissen, je nach der Größe und Bepflanzung mindestens . . . 12 M.
 - b) einfacher Hügel für Erwachsene und Kinder über 12 Jahre . . . 6
 - c) Doppelhügel für Erwachsene und Kinder über 12 Jahre . . . 10
 - d) Freigräber für Erwachsene und Kinder über 12 Jahre . . . 2

Bei Gräbern von Kindern unter 12 Jahren werden die halben Gebühren berechnet. Vom 1. Juli bis 1. Oktober jedes Jahres werden für das Begießen die halben Gebühren berechnet.

Zu dem Zusammenbruch der Lichterberger Vereinbank wird mitgeteilt: Die Vermutung, daß sich der Direktor Horstmann noch in Berlin befindet, hat sich bestätigt. Nachdem seine Verwandten für ihn eingetreten sind und infolgedessen die Geschädigten die Strafanzeige zurückgezogen haben, hat sich Horstmann bei der Staatsanwaltschaft in Moabit selbst gestellt.

Das Personal der Krankenhäuser am Friedrichshain nahm dieser Tage in einer Versammlung Stellung zu einer Verfügung der Anstaltsdirektion, die folgendermaßen lautet:

„Infolge wiederholter Anzeigen, daß sich Anstaltspersonal allerlei Materialien, wie Oele, Farben, Seife, Kohlen, Holz, Blei und dergleichen, widerrechtlich in der Anstalt aneignen und drauhen für sich verwenden, jede ich mich beanlagt, anzuordnen, daß es dem nicht in der Anstalt wohnenden Anstaltspersonal fortan nicht mehr gestattet ist, Pakete, Handtaschen, Körbe und dergleichen mit nach der Anstalt zu bringen oder mit hinaus zu nehmen. Müssen ausnahmsweise einmal Pakete usw. mit nach der Anstalt gebracht oder aus letzterer mit nach Hause genommen werden, so sind sie beim Fortner abzugeben bezw. im letzteren Falle vor dem Fortner zu öffnen.“

Nach wie vor bleibt es aber den Näherinnen gestattet, sich ihr Abendbrot mit nach Hause zu nehmen. Auch findet Absatz 1 keine Anwendung auf die Ärzte, Bureaubeamten und Krankenpflegerinnen.

Abchrift der vorstehenden Verfügung erhält die

Berlin, den 29. April 1911.

Der Verwaltungsdirektor des Krankenhauses im Friedrichshain.

Jammellen Katen empfindet darüber, daß ein Teil des Personals unter Polizeikontrôle gestellt werde. Bezeichnend sei, daß durch diese Maßnahme die in der Anstalt Beschäftigten in Ehrfurcht und der Unerschlichkeit Beschäftigte eingestellt werden, und es würde die baldige Aufhebung der Verfügung verlangt.

Das Opfer eines Unfalles ist nach halbjährigem Krankenlager der 75 Jahre alte Altmannempfänger Gottlieb Altmann aus der Eberstraße Nr. 16 geworden. Der Greis wurde am 18. November v. J. vor dem Grundstück Schönhauser Allee 140 angefahren und so schwer verletzt, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. Hier ist er jetzt an den Folgen eines Schenkelhalsbruchs gestorben.

Unfälle im Straßenverkehr. Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich in der Nacht zum Freitag in der Kottbuser Straße ereignet. Dort versuchte gegen 11 Uhr nachts der Biergasser Pilschumski aus der Kominiener Straße 28, vor dem Hause Nr. 28 den Fahrdamm zu überschreiten, er wurde von einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 48 umgestoßen, obwohl der Fahrer, als er die Gefahr bemerkte, sofort alle ihm zur Verfügung stehenden Bremsmittel anwandte. Er geriet mit dem rechten Arm unter den Schuttrahmen, konnte jedoch, ohne daß der Waggon angehoben zu werden brauchte, befreit werden. Der Verunglückte wurde in befehlungslosem Zustande nach dem Urban-Krankenhaus übergeführt, wo festgestellt wurde, daß er einen Schädelbruch erlitten hatte.

Zwei leichtere Straßenbahnunfälle haben sich im Laufe des Donnerstags zugetragen. Gegen 1/2 Uhr abends fuhr der 15jährige Pausdiener Bruno Kubnik aus der Wilhelmshöher Straße 20 in Friedenau mit einem Geschäftsbretzel die Kaiser-Allee entlang und bog kurz vor einem Straßenbahnwagen der Linie W./E. auf das Gleis. Hierbei klemmte sich das eine Rad der Maschine in der Gleisrinne fest, so daß das Dreirad von dem nachfolgenden Bahnwagen angefahren und umgeworfen wurde. Der Pausdiener stürzte zu Boden und kam neben dem Straßenbahnwagen zu liegen. Er erlitt eine Knochenfraktur am rechten Handgelenk und wurde nach seiner Wohnung gebracht. — Gegen 1/2 Uhr wurde in der Panzerstraße in Rixdorf der vierjährige Knabe Artur Krenner, dessen Eltern Panzerstraße 15 wohnen, von einem in der Richtung nach der Anseebestraße fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 94 umgestoßen und geriet mit dem linken Fuß unter den Schuttrahmen. Durch Anheben des Waggons konnte der Junge befreit werden. Man brachte das Kind nach der Rixdorfer Unfallstation, wo festgestellt wurde, daß es nur eine geringfügige Quetschung des linken Oberschenkels davongetragen hatte.

Schlechte Tage hatten in der letzten Zeit die Buchmacher. An den letzten Sonntagen auf der Grunewaldbahn ging es ihnen schlecht. Am Sonntag wurden dort von Gendarmen und Kriminalbeamten nicht weniger als zwanzig festgenommen, beim nächsten Wochentagrennen noch sieben und dazu noch eine Frau wegen Weibhülfe.

Ein tödlicher Fahrstuhlunfall rief gestern früh um 9 Uhr die Feuerwehr nach den Linden. In dem Hause unter den Linden 61 war der 23jährige Monteur A. Rohde aus der Reanderstraße 27 im Fahrstuhl fest eingeklemmt. Der Verunglückte wurde befreit, und es wurden Wiederbelebungsversuche angestellt, die aber erfolglos waren. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Peter Ganter, der Verfasser der blauen Briefe, die vor einigen Jahren in unglücklicher Familien Aufregung und Verwirrung anrichteten, läßt wieder einmal von sich hören. Damen der Gesellschaft wandten sich kürzlich an die Kriminalpolizei und stellten Strafantrag gegen einen Herrn Paul Gilmans, der ihnen ein ansüßliches Buch mit einem noch anfänglicheren Briefe überreicht hatte. Die Flugchrift, die schon ausgehakt und in Leinen gebunden ist, befaßt sich mit der Verführung des Weibes und enthält auch eine ganze Anzahl Abbilder, die mit dem Text eigentlich in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Herr Gilmans bot sich den Damen nach zwei Richtungen an. Einmal wollte er sie verschönern, Höflichkeit schon machen, dann aber versprochen er ihnen auch einen größeren Genuß des Geschlechtslebens. Zur praktischen Ausführung der Kalligraphie wollte er in der Gleditschstraße ein Laboratorium einrichten. Er bat aber die Damen, nicht zu ihm zu kommen, sondern ihm zu schreiben. Er werde sie dann aufsuchen. Das braune Buch ist in Potsdam gedruckt und herausgegeben und von dort auch versandt worden. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß Herr Paul Gilmans niemand anders ist, als Peter Ganter, der Verfasser der „Doppelpen Moral“. Während der Vorbereitungen zu dem jetzt vertriebenen Massenverband seines Buches ließ „Gilmans“ junge Mädchen ausbilden, die später in seinem Laboratorium die Edelmasse ausüben sollten. Sie hatten nun die 100 M., die sie für die Ausbildung bezahlten, umsonst geopfert. Auch die Lieferanten, die das Institut in der Gleditschstraße einrichteten, haben das Nachsehen, denn Herr Ganter ist verschwunden.

Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen schwer verunglückt ist am Freitagnachmittag gegen 6 Uhr die in Reinholdenstraße, Gesellschaftsstr. 16, wohnende Verkäuferin Alara Franz. Fräulein F. hatte am Potsdamer Platz einen Straßenbahnwagen der Linie 23 zur Nachhausefahrt benutz und verließ den Wagen an der Rostke-Brücke während der Fahrt, obwohl sie der Schaffner vor dem Abpringen warnte. Die F. kam zu Fall und blieb beunruhigt neben dem Wagen liegen. Die Verunglückte wurde nach der Charité übergeführt, wo festgestellt wurde, daß sie eine Gehirnerschütterung erlitten hatte.

Auf einen Kindesmord läßt ein grauenvoller Fund schließen, der vorgestern abend auf dem Wedding gemacht wurde. Spielende Kinder beobachteten in der Uferstraße, wie auf der Oberfläche der Bank ein Körper herumschwamm. Sie fischten ihn heraus, und nun ergab sich, daß es die Leiche eines neugeborenen Kindes war. Der tote Körper muß bereits einige Zeit im Wasser gelegen haben, da der Verwesungsprozess schon recht weit vorgeschritten war. Die Leiche war vollständig nackt. Sie wurde beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein großer Brand kam in der vorletzten Nacht auf dem Gelände der Statiner und Nordbahn an der Ecke der Behm- und Schwedter Straße aus unbekannter Ursache zum Ausbruch. Es brannten mit Höchstmaß beladene Eisenbahnwagen. Die Flammen schlugen hoch empor und gefährdeten die übrigen Betriebsmittel. Um diese zu schützen, mußte die Feuerwehr mit mehreren langen Schlauchleitungen Wasser geben. Ein Waggon ist bis auf die Eisensteile niedergebrannt. Eine Brandwache blieb während der Nacht auf der Brandstelle.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SO. Waldenstr. 41. Geöffnet werktäglich von 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 549 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Einen erheblichen Verlust hat am Mittwoch ein armer Kaufbursche erlitten, der auf dem Wege vom Grünen Weg nach der Frankfurter Allee von einem Handwagen ein Paket verlor, das Wertgegenstände enthielt. Der Finder wird um Abgabe an Reichardt, Alt-Vogelsgarten 56, gebeten.

Das Apollo-Theater hat in sein Repertoire ein amerikanisches Sensations-Aufführungsgeschehen: „Am ein Weiß“ aufgenommen. In acht Bildern wird der Kampf um das Weib dargestellt. Ein amerikanischer Lord nötig eine häßliche Witze zur Verlobung mit ihm. Ein Baron liebt aber dasselbe Weib und dieses den Baron. Beide sterben. Der Lord legt mit einem Detektiv den Weib nach. Es gibt eine wilde Jagd. Diese führt in eine wildromantische Gegend in Südamerika, wo halbbrecherische Arbeiter geleistet werden muß. Aus einem Waghöhlen-Rabinett, in dem einem das Gesein ankommen kann, geht in die Schneeberge, dann nach dem wilden Westen, auf einen Mastenbau und schließlich in das Haus des Lords, in dem sich auf dem Dach des Hauses zwischen dem

Lord und dem Baron ein Kampf auf Leben und Tod entspinnt, der zur Rettung der Witze aus dem brennenden Hause und zur Vereingung der Liebenden führt. Die Ausstattung in dem Spektakelstück ist das Beste. Die fortgesetzt sich wiederholende eintönige Musik forderte den Spott des Publikums heraus. Eine recht drohliche Novität bildete der kleine Stoff: „Der zerbrochene Spiegel“.

Bezugensfuß. Am 25. April, abends 8.10 Uhr, hat an der Ecke Friedrich- und Pottlamerstraße ein Zusammenstoß zwischen einer Elektrischen der Linie 73 und einem Autoomnibus der Linie 4b stattgefunden, wobei Personen Unfälle erlitten haben. Zur genaueren Feststellung werden alle diejenigen Personen um Abgabe ihrer Adressen gebeten, welche Augenzeugen des Unfalles waren. Rechtsanwält Martin Pinsky, Gütshiner Straße 106.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. **Stadtverordnetenversammlung.** Der Vorschlag des Magistrats, für die Straße 188a (zwischen Berg- und Raumburger Straße) neue Baufluchtlinien festzusetzen, wird angenommen. Die Straße ist als ruhige Wohnstraße gedacht, soll 22,8 Meter breit und auf beiden Seiten mit 3,5 Meter breiten Vorgärten versehen werden; die Errichtung von Hintergebäuden wird dadurch unmöglich gemacht. Einer weiteren Änderung des Bebauungsplans in Abteulung I stimmt die Versammlung ebenfalls zu, wonach am neuen Ringbahnhof an der Kaiser-Friedrich-Straße eine Diagonalsstraße (Straße 84c) von der Kreuzung der Schubomastraße mit der Tauwiger Straße ab bis direkt an den zu erbauenden Bahnhof heran angelegt werden soll. — Die Ergänzungswahlen für einige Deputationen und Kommissionen wurden im Sinne der Vorschläge des Wahlschusses erledigt.

Die Vorlage auf Errichtung einer kleinen Druckerei im Rathaus lag nach Beratung in einer Kommission erneut der Versammlung vor. Die Stadtv. Volk und Trieb sprachen dagegen, während die Stadtv. Winter und Bermuth (Soz.) dafür eintraten. Letzterer hob besonders hervor, daß bei Beratung einer ähnlichen Vorlage vor einigen Monaten in Schönberg festgestellt worden ist, daß dort die Druckereien einen Ring gebildet hätten, um die Stadt zu schröpfen. Dagegen schützten sich die Stadterwaltungen am besten, wenn sie die Druckereien im eigenen Betriebe herstellen. — Gegen die Stimmen der alten Fraktion wurde die Vorlage angenommen.

Dem Komitee für die Hundertjahrfeier zur Eröffnung des Jahn-Turnplatzes in der Hasenheide will der Magistrat 700 M. zur Verfügung stellen. Stadtv. Silberstein (Soz.) wandte sich dagegen und erklärte: So sympathisch eine Weibfeier für den Feiertag von der preussischen Regierung als Demagogie verfolgten Friedrich Ludwig Jahn auch sein könnte, so muß trotzdem der vorliegende Antrag entschieden von den Sozialdemokraten abgelehnt werden. Die geplante Feiertag wird eine jener Komödien mit all ihrer Heuchelei, ihrem sogenannten Patriotismus und ihrem Byzantinismus werden, wie sie in unserem Zeitalter so häufig sind. So war es ja auch bei der Hundertjahrfeier der preussischen Städteordnung. Bald nachdem Oberbürgermeister Kaiser eine schöne Rede über die letztere und den Freiherren vom Stein in diesem Saale gehalten und einen Hymnus auf die Selbstverwaltung gesungen hatte, beschloß man unter Bruch von Gesetz und Recht den Wahrschraub. (Unterbrechungen bei der Rede.) Die gleiche Heuchelei ist es, wenn jetzt zur Jahnfeier 700 Schüler der Gemeindefschulen herangezogen werden, nachdem man die turnende Jugend im hiesigen Arbeiter-Turnverein durch die Polizei von den Turnplätzen trieb. Turnhallen gibt Rixdorf diesem Turnverein auch nicht, wie es andere Städte tun; aber in der Schule geben sich Lehrer dazu her, den Arbeiterkindern die Reue für die freie Turnerschaft mit dem Stode auszutreiben. Angesichts derartiger Hinderungen der körperlichen Übung kann die beabsichtigte Feier nichts als Komödie sein. — Die Stadtv. Kose und Dr. Raach wandten sich gegen vorstehende Ausführungen. Besonders letzterer fühlte sich stark in seinen patriotischen Empfindungen gekränkt, entrüstete sich über die Bezeichnung der geplanten Feier als Komödie, er verabsichtigte schließlich die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion in sinnloser Weise. Das führte zu einer energischen Jurechtweisung dieses Ueberpatrioten durch die Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.) und Wulff (Soz.). Ersterer hielt dem Stadtv. Dr. Raach vor, daß er als Oberlehrer doch die Geschichte kennen und daher wissen müsse, daß Jahn zur Zeit der tiefsten preussischen Schmach sein Werk begonnen habe und infolgedessen durch die Schergen des dem Volke gegenüber wortbrüchigen Friedrich Wilhelm III. ins Gefängnis geworfen wurde. Bei dieser Feststellung unterbrach der Vortrager den Redner, um dem gekennzeichneten Hohenzollern beizubringen, vermöchte aber unseren Genossen nicht aus dem Konzept zu bringen. Dieser beendete vielmehr unbestimmt sein geschichtliches Privatissimum dem patriotischen Herrn Oberlehrer und Stadterordneten gegenüber und erklärte schließlich, daß der alte Jahn für freiheitliche Ideen gekämpft habe und von den heutigen Byzantinern gar nicht erkannt werden könne, welche gar bei einer Schulfeier von den Schülern zwölf Armeemärche singen und einen besonderen Vortrag darüber halten lassen. (So geschah im Kaiser-Friedrich-Realgymnasium unter besonderer Mitarbeit des Oberlehrers und Stadterordneten Dr. Raach.) Die Annäherung der „hervorragenden“ Leistungen dieses bürgerlichen Ober-Byzantiniers wirkte derart, daß er nur noch hilflos stammelnd erwiderte: „Ich weiß nicht, was ich darauf erwidern soll! Ich sage gar nichts!“ Unter dem Gelächter der Sozialdemokraten setzte er sich darauf nieder. — Gegen die Stimmen unserer Genossen beschloß die Versammlung im Sinne der Magistratsvorlage.

Der spezielle Entwurf für den Bau einer Feuerwache und Straßenreinigungsanstalt in der Emser Straße mit einem Kostenaufwand von 1/2 Million Mark wurde ohne Debatte genehmigt. Ebenso stimmte die Versammlung der Vermietung der städtischen Omnibusse für eine Außenkellere zu.

Jugendveranstaltungen.

Reinholden-Verein. Der Jugendausflug veranstaltet am Sonntag, den 7. d. M., eine Spielpartie nach Bienenwerder. Treffpunkt morgens 7 Uhr am Bahnhof Uckerstr. Die Genossen werden erucht, ihre schulfreien Kinder darauf aufmerksam zu machen.

Lichtenberg-Tummelberg. Am Sonntag, den 7. d. M.: Großer Ausflug (Spielpartie) der Jugendausflüge Lichtenberg-Friedrichsberg, Tummelberg-Stralau nach Dirshagarten, Restaurant Radenstein-Wäble. Treffpunkt in den Jugendheimen, Bürgerheimstr. 94, und Alt-Vogelsgarten 56, Abmarsch pünktlich mittags 1 Uhr.

Wetterside Gemeinde. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee Nr. 15-17 und Rixdorf, Idealpaloge: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Ernst Vogtherr: „Die Kirche und die Probleme der Krmit“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Witterungsüberblick vom 5. Mai 1911.

Stationen	Barometerstand	Windrichtung	Windstärke	Temp. d. Luft	Temp. d. Boden	Temp. d. Wasser	Temp. d. Luft	Temp. d. Boden	Temp. d. Wasser
Stettin	761	SW	3	11	11	11	11	11	11
Danzig	763	SW	1	11	11	11	11	11	11
Berlin	761	SW	3	11	11	11	11	11	11
Frankfurt	762	SW	2	11	11	11	11	11	11
München	761	SW	3	11	11	11	11	11	11
Wien	757	SW	2	11	11	11	11	11	11

Wetterprognose für Sonntag, den 6. Mai 1911.
Bislich kühl, zeitweise anhaltend, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1232. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1067.

Montag, den 8. Mai, abends 8^{1/2} Uhr, im großen Saale der Brauerei Köpenick, Schönhauser Allee 10/11:

Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Referent: Ad. Cohen.
2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Bitte aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Vertrauensleute werden ersucht, um 7 Uhr im Lokale anwesend zu sein.

Mitglieder anderer Organisationen, die als Bauklempner beschäftigt sind, haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches ebenfalls Zutritt.

116/9

Die Ortsverwaltung.

Ein junger tüchtiger
Ziseleur und ein
Kunstformer 188/20
auf Bronze-Arbeiten sofort gesucht.
Kunstgewerbliche Anstalt
Hannover, Heinrichstr. 61.

Monats-Garderobe

Spezialhand für wenig getragene, fast neue Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Mitterpaletots, Reinfleider (auch für korpusante Herren), sowie Kellner-Jackets, Fracks, schwarze Tuchhosen. Dieselben sind teils auf Seide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, lauft man spottbillig bei Weingarten, Prinzenstr. 28 I. Etage, Eckhaus Mitterstr. (früher 20 Jahre Göttinger Str.). Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten



Leinen-Kostüme
wei und grau
9.75 11.25 12.50
in Bastards
24.75 33.00 43.75
bis 85.00

Leinen - Paletots
elegant verarbeitet
4.75 5.25 7.75
8.75 10.25 11.75
bis 37.50

Weiße Batist-Kleider
mit weißer u. farbiger
bulgarischer Stickerei
3.75 4.75 7.00
8.75 10.50 12.00
bis 35.00

Musselin-Kleider
in ganz neuen Dessains
wirklich schön
12.75 13.75
15.25 17.75
bis 57.00

Engl. Kostüme
ganz modern
13.75 15.50 17.75
21.75 24.50 27.75
bis 75.00

Poirot-Paletots
ganz neue Modelle
in Popeline... 23.75
in Leinen... 20.50
in Tuch... 22.75
in Seide... 27.50

Phantasia-Paletots
englische Art
2.45 2.75 3.25
4.50 4.75 5.50
bis 42.50

C. & A. Brenninkmeyer

Königstrasse 33

am Alexander-Platz



Bastlein-Kostüm
prima Ware, mit
Spachtel Entredeux
und reicher Stickerei
19.00

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Jugendliche Holzarbeiter!

Am Sonntag, den 7. Mai, findet ein Ausflug statt nach Grün-
Wäldchen-Bahnhof. Abfahrt 8 Uhr vormittags. Für Rückzügler
um 2 Uhr ab Strand am Röllgasse (Hochhaus). — Um rege Beteiligung
bittet
Die Jugendkommission.

Branche der Schirmmacher.

Montag, den 8. Mai, abends 6 Uhr, bei Lehmann,
An der Srolauer Brücke 3:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Reiseleiter. — 2. Branchenangelegenheiten.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 33:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Maier. 2. Verhandlungsangelegenheiten.
- Die Wichtigkeit der Versammlung erfordert, daß jedes Mitglied
anwesend ist.
Der Vorstand.

Achtung!

Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen!

Die Generalversammlung am Sonntag, den 7. Mai,
im Berliner Gewerkschaftshaus
ist aufgehoben.

Die öffentlichen Versammlungen am Dienstag, 9. Mai,
für Bäcker: nachmittags 3 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide,
für Konditoren: abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
sowie die Versammlung der Hilfs- und Werkstatthelfer,
die mittags 1 Uhr in der Neuen Welt stattfinden sollte,
sind, da der

Schiedspruch des Einigungsamtes

erst Mittwoch, den 10. Mai, verkündet wird,
bis auf weiteres vertagt.

Weitere Bekanntmachungen werden noch erfolgen.

Die Lohn- und Agitationskommission.

Möbel auf Kredit!

Wir offerieren:

250 Wohnungs-Einrichtungen

von 210 M. an.

Anzahlung 15 M. an — Wochenrate 1,50 M. an.

Ferner:

Wohnzimmer, Speisezimmer
Herrenzimmer, Schlafzimmer

bei Anzahlung von 35 M. an — Wochenrate 3 M. an.

Gebr. Lieber, Alexanderstraße 16

nur Ecke Diresenstraße, vis-à-vis der Holzmarktstraße,
dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Sonntags von 8-10 und 12-2 geöffnet.

Ausscheiden! Mithringen! Wert 5 M.



1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
liefern elegante fertige
Herren-Garderoben
=: Ersatz für Mass =:
Anfertigung nach Mass
Tadellose Ausführung
Julius Fabian
Schneidemeister
Gr. Frankfurter Str. 37,
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18
nur 1. Etage, kein Laden.

Photographie
J. Fuchs
::
Meine Filialen sind nur:
Berlin
Friedrichstraße 108
Friedrichstraße 138
jetzt Königstraße 20-21
(Fahrstuhl)
Rosenthaler Str. 72a
Reinickendorfer Str. 4
am Weddingplatz
Schöneberg
Hauptstraße 19
Rixdorf
Bergstraße 151-152
in der Passage Fahrstuhl

Umsonst
gebe ich jedem
von Sonntag, dem 7. Mai,
bis Sonntag, den 21. Mai inkl.
eine
Bromsilber-Vergrößerung
Schwarzmalerei
Größe 42x50 cm mit eleganter Aufmachung,
der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.
12 Visit glänzend 1.80 12 Visit matt 4.00
12 Kabinett . 4.80 12 Kabinett . 8.00
Gruppen- und Kinder-Aufnahmen entsprechend billig
Geöffnet von 9-7 Uhr. Sonntags 10-4 Uhr.
Man achte genau auf Größe u. Ausführung meiner Gratta-Bilder

Verboten
wurde den Soldaten die Lek-
türe des in unserem Verlage er-
schienenen Buches „Preussischer
König“ von August Winnig.
Erzählungen aus dem Soldaten-
leben. Mit zahlreichen Illus-
trationen. Preis 1,00 Mark,
gebunden 2 Mark. Auch zu
bezahlen in 10 Lieferungen à
15 Pfennig durch alle Buchhand-
lungen des „Vortwärts“ sowie
durch die
Buchhandlg. Vorwärts
Zindenstr. 69 (Laden).

Monats-Garderobe!
Die besten Sommer-Paletots
und 3-400 getragene Anzüge für
Herren, Smoking-Anzüge, Frack-
anzüge, sowie von Kavaliere ge-
tragene, fast neue Sachen, für
jede Figur passend, in größter Aus-
wahl zu unübertroffen
billigen Preisen.
1 Treppe, deshalb billiger wie im
Laden. 65/14
Hirsch Kleiderhaus, Wasser-
tor, Straßburg 15 1.

Modelle 1911



Unerreicht in Qualität

Kennen Sie unser Rabatt-Marken-System?

Jeder Einkauf eine Ersparnis!
Sofortige Auszahlung jeder benutzten Karte

Herren- und Damen-Stiefel

Unsere Preislagen stellen eine unübertroffene Leistungsfähigkeit dar

Propaganda-Preis	6 ⁵⁰	Spezial-Marko	8 ⁵⁰	Kilts-Qualität	10 ⁵⁰	Goodyear-Welt	12 ⁵⁰
------------------	-----------------	---------------	-----------------	----------------	------------------	---------------	------------------

Rationelle Kinder-Stiefel

In naturgemässen Formen

Einheitspreise		Chevreaux, braun u. schwarz mit Lackkappe	
Prima Box-Calf	Gr. 27-28	29-30	31-33
	570	630	690
			750

50 Verkaufsstellen.

Schuhwaren-Fabrik

ca. 500 Angestellte.

Max Tack

Unsere Geschäfte in Berlin und Umgegend befinden sich:
N. Reinickendorfer Str. 12
N. Badstrasse 23
N. Brunnenstrasse 42
NW. Turmstrasse 55 Ecke Waldstr.
S. Kottbuser Damm 5
O. Andrastrasse 47
O. Frankfurter Allee 144
Charlottenburg,
Wilmersdorfer Str. 121
Schöneberg, Hauptstr. 159
Weissensee, Berliner Allee 23

In unserer Filiale

Potsdamer Strasse 54

wegen vollständiger Umgestaltung auf alle Einkäufe

10% Rabatt in bar!

welche sofort zur Auszahlung gelangen.

H. Greifenhagen Nachfolger

Brunnenstrasse 17-18.

Veteranenstrasse 1-2.

Ausser folgenden Artikeln haben wir an allen Abteilungen hervorragend preiswerte Waren zum Preise von 95 Pf. ausgelegt, welche schon die neuesten Eingänge für den Hochsommer und für die Reisezeit darstellen.

Jeder Artikel



1 Dreilkorsett mit Spitz 95 Pf.	1 Matinee and Kollertischern 95 Pf.	1 schwarze Haus-schürze mit Bolant und Leiste 95 Pf.	2 weiße Zier-schürzen 95 Pf.	1 Kinder-Spiel-höschen 95 Pf.	1 ausgefaltene Trikot-Kinder-sweater 95 Pf.	1 Trikot-Sport-hemd für Frauen 95 Pf.
1 ausgezeichnetes weißes Russen-kleidchen 95 Pf.	1 Südwestler braun (Neuhet) Seeser-Imitation 95 Pf.	1 Paar Segeltuch-schuhe mit Korbelliste 95 Pf.	1 Paar moderne, bunte Perlgar-nituren 95 Pf.	2 weiße Batist-Schals n. Blum.-Mest. 95 Pf.	1 guter schwarzer Samt-gürtel 95 Pf.	1 feiner farbiger Phantasie-gürtel 95 Pf.
Ein Paar Stickerstoffe, 66 cm breit, Str. 95 Pf.	1 Paar Selten-Jabots Neuheit 95 Pf.	2 Paar Filzpan-toffeln 95 Pf.	2 Paar Damen-hand-schuhe schwarz und farbig 95 Pf.	2 Paar gute Trikot-Dam.-Hand-schuhe eleg. angef. 95 Pf.	1 Paar reifeldens Damen-hand-schuhe 95 Pf.	2 Paar lange, weiße Halbhand-schuhe 95 Pf.
Ein Paar lange Damenhand-schuhe, schwarz, weiß, farbige, Krikt (sehr modern) 95 Pf.	4 Paar englich lange Damen-strümpfe (sch. u. braun) 95 Pf.	2 Paar Damen-strümpfe neue Farben Stiefelmuster 95 Pf.	2 Paar durch-brochene Damen-strümpfe (schwarz und braun) 95 Pf.	2 Paar weiche, graue Schweiß-Socken 95 Pf.	2 Paar elegante Ringel-socken 95 Pf.	2 Paar Ersatz-füße (schwarz und braun) 95 Pf.
4 Paar feinste ober 3 Paar große Kinder-strümpfe (sch. u. braun) 95 Pf.	2 Paar mittlere ober 2 Paar große Kinder-strümpfe bunt gemalt 95 Pf.	2 Paar Kinder-strümpfe (schwarz und braun für 10-14 Jahre) 95 Pf.	2 Tüll-Scheiben-schleier 95 Pf.	1 Spiegelspind-Decke und 1 Nähstich-Decke 95 Pf.	1 Damen-Regen-schirm 95 Pf.	2 gute, weiße Korsett-schoner mit Einfach 95 Pf.
1 Hausapotheke, 11 Kiste Inhalt 95 Pf.	1 Aquarium 1 Grotte, 1 Pflanze, 2 Goldfische, zusammen 95 Pf.	1 Frühstück-Service 5 teilig 95 Pf.	1 Rucksack aus grünlichem Stoff 95 Pf.	1 Stullenkoffer oder 1 Markttasche 95 Pf.	1 Album für 600 Karten 95 Pf.	1 Gaze-schrank 95 Pf.
1 Bürstengarnitur, 6 u. 4 teilig 95 Pf.	1 Putzkommode mit 3 Schub-tischen 95 Pf.	1 feinstes Gless-kanne 95 Pf.	1 Waschständer u. 1 Emaille-Waschbecken mit Seifnapf 95 Pf.	2 Blumen-kästen grün gefächelt 95 Pf.	1 Emaille-Toilette-Eimer mit Einfach 95 Pf.	1 Emaille-Wasser-eimer bunt decoriert 95 Pf.
1 Emaille-wanne, oval, neublaue 95 Pf.	12 Speiseteller und 1 Kartoffel-schüssel zusammen 95 Pf.	1 Set = 7 Stk. Salati-eren 95 Pf.	1 Gewürz-Etagere mit 6 Gewürz-tonnen 95 Pf.	6 Vorrats-tonnen neue Form 95 Pf.	1 Set = 6 verschiedene Schüsseln mit 1 Braten-blatte zusammen 95 Pf.	6 Bier-becher mit Goldrand 95 Pf.
1 Wasch-garnitur, Steingut, neue Form 95 Pf.	3 Stück Blumen-kübel 95 Pf.	6 echte Porzellan-teller decoriert 95 Pf.	6 Paar Porzellan-tassen neueste Form 95 Pf.	1 Kaffee-service echt Porzellan 6teilig 95 Pf.	1 Set = 6 echte Porzellan-Milchtopfe fein decoriert 95 Pf.	6 Speise-teller mit Goldrand Porzellan 95 Pf.
8 echte Porzellan-Kaffeeteller decoriert 95 Pf.	3 Weißblei-Pokale 95 Pf.	1 echte Porzellan-Kaffeekanne, 1 Zuckerdose, 1 Milchtopf, decoriert, alle zusammen passend, zusammen 95 Pf.	6 Paar Porzellan-tassen neueste Form 95 Pf.	Ausschuß-Emaille 3 Pfd. 95 Pf.	1 Aluminium-Koch-geschirre 95 Pf.	1 verstellbare Kaffeemühle 95 Pf.

Kleiderstoffe.

Prima Voile mit Rante	Stk. 95 Pf.
Gelle Sommerstoffe gute Qualitäten	Stk. 95 Pf.
4 Mtr. Wasch-Perphir	95 Pf.
3 Mtr. Wasch-Mouffeline	95 Pf.

Sommerblusen

bedeutend unter Preis
weiß und farbig.

Stapel I	Stapel II	Stapel III
95 Pf.	1.45	1.95

Unserem lieben Freunde und Genossen
Max Henjes nobat Braut
 zur heutigen Vermählung die besten Glückwünsche!
 Im Namen der hinterbliebenen Junggesellen: J. Tr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des
 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
 Am 2. Mai verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Ernst Löper
 Adolfstraße 21.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Seestraße (Ecke Müllerstraße) aus statt. 227/5
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim
 Bezirk Rummelsburg.
 Am 2. Mai verstarb unser Mitglied, der Buchdrucker
Wilhelm Sucker
 Wühlischstraße 28 (25. Bezirk).
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Gemeinde-Friedhofes, Köchlinstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung erbetet
 8/4 Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Hr. **Marie Hoffmann**
 am 4. d. Mts. im Alter von 39 Jahren verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bismarck-Friedhofes in Bühlensberg aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksverwaltung.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Greift zu!
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten. Berlins garb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Pfg. pass.)
 Monats-Jacke-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
 Monats-Som.-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
 Monats-Herren-Hosen 2, 50, 5, 00 M.
 Große Abteilung neu u. or Garderobe.
 Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 93 (Nähe Strausberger Pl.)
 Straßenbahn-Vorgütung.

„Bellevue“ (Waltersdorf Schlense)
 Dampfstation, herrlicher Garten, großer Saal für Vereine und Gesellschaften, gute Küche, Kaffeehaus, möbliertes Bier, empfiehlt
 Emil Schmitz.

Kadda Cigaretten
 Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pf.-Cigarette
 Schutz-Märke. Cigarettenfabrik „Kadda“
 Berlin N. 37.

Brennspiritus Marke „Herold“

30 pro Liter 90 Vol. %
 enthält 15 Pf. Flaschenpfand
 Pf. für Kochzwecke

95 Vol. % pro Liter 32
 enthält 15 Pf. Flaschenpfand
 für Leuchtzwecke Pf.

— Überall erhältlich! —
 Auskunft über Bezugsquellen für Wiederverkäufer und Private erteilt bereitwilligst
Spiritus-Zentrale, Berlin W. 9.
Jetzt billiger

Kredit
 Kleinsten Anzahlung
 Beamten u. Kunden ohne Anzahlung
 Raten nur 1 Mark pro Woche
 Vornehmstes Kredit-Institut des Südens
Hugo Udo Cohn
 13 Kottbuser Damm 13
 Möbel u. Polsterwaren
 Herren-, Damen-, Kindergarderobe
 in ganz kolossaler Auswahl.
 Nur SAISON-NEUHEITEN vorrätig!
 Meine Preise sind trotz Teilzahlung niedrig, weil ich billig einkaufe und geringe Spesen habe.
GRATIS Hut - Stock - Schirm
 Handtasche - Gürtel usw.

Hose gratis
 geben wir trotz der billigen Preise und der günstigen Abzahlungsbedingungen.
 Wir empfehlen in grosser Auswahl
auf Abzahlung

Herren-Anzüge		
1 Anzug 15 Mark	Anzahlung	3.00
1 Anzug 21 Mark	Anzahlung	4.00
1 Anzug 27 Mark	Anzahlung	5.00
1 Anzug 34 Mark	Anzahlung	6.00
1 Anzug 42 Mark	Anzahlung	8.00
Herren-Paletots		
1 Paletot 18 Mark	Anzahlung	3.00
1 Paletot 24 Mark	Anzahlung	4.00
1 Ulster 30 Mark	Anzahlung	5.00
1 Ulster 36 Mark	Anzahlung	6.00
1 Ulster 45 Mark	Anzahlung	8.00
Damen-Garderobe		
Paletot 15 Mark	Anzahlung	3.00
Paletot 25 Mark	Anzahlung	5.00
Kostüme 30 Mark	Anzahlung	6.00
Kostüme 50 Mark	Anzahlung	10.00

S. Gottlieb G. m. Rosenthaler- b. H. Strasse 54. I.

KAVALIER
 beste Lederputz-Creme der Welt
 Gibt mühelos schönsten wasserfesten Hochglanz
 Macht das Leder geschmeidig weich und haltbar
 Färbt in der Nässe nicht ab.
 Niederlage in Berlin S.W. 68
 Markgrafenstr. 91 G.F. Müller-Telephon IV 10302.



Prachtvoller Blumen-Flor
 wird erzielt durch Düngen mit bestem
Dr. Landmann's Blumen-Dünger.
 Fachmännisch langjährig erprobt.
 Paket 10 und 25 Pf. - Bechete 25 und 50 Pf.
 1/2-Kilo-Beute 1 Pf. - 2 1/2-Kilo-Beute 3 Pf.
 Nur echt in Original-Verpackung in allen einschlägigen Geschäften zu haben.
 Dr. D. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70, Spr. 2-2, 6-9, Sonnt. 9-3
Stoffe
 engl. J. Anzüge, Paletots, Htr. 8, 4, 50 Pf.
 Roden für Pelzerm. Htr. 1, 80, 2, 50 Pf.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertrandenstr. 20-21, Petrikirche.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69 (Laden)
 Soeben erschienen: 246/1
Der Geist der Unzufriedenheit
 in Bildern, Löchern und Versen von G. Brandt
 Preis 2,50 M.
 Diese aktuelle politische Satire in Bild und Wort wird allen „Freunden unserer Polizei“ viel Vergnügen bereiten.

Husten
 Heiserkeit, Brust-Katarrh, Keuchhusten, bereiten schnell und sicher die ärztlich erprobten
Kaisers Brust-Caramellen mit den drei Tannen*. Beweis: 5000 amtlich beglaubigte Zeugnisse.
 Nur in Paketen von 30 Pfeffernig. Dose 60 Pfeffernig, niemals offen aufbewahren. Dafür Angebotenes weist man energisch zurück. Zu haben in Apotheken, Drogerien und Kolonialwarenhandlungen.

Not
 wenig gebraucht so viele Möbel, Bettene. Nicht jeder kauft gern in einem Kredit-haus, denn er
bricht
 sonst seinen Grundsat. Darum sei hier auf das allbewährte
Möbel-
 magazin **Otto Piehl**, Berlin N., Brunnenstr. 120
 Eingesehen, das streng reell Möbel auch auf Teilzahlung abgibt, dabei aber Kassapreise beibehält. Besuchen und beschaffen Sie es bei Bedarf.
 Preise spottbillig!
 Ware erstklassig!
 Kundwahl sehr groß!

Abessinier-Pumpen
 zum Selbstausstellen für Gartenbesitzer u. Landbesitzer von 8 M. an
 Flügelpumpen, Gartensprizen, Filter, Röhren, Schläuche usw. billigst. Erdbohrer leihweise.
Carl Köchlin & Co., Berlin SW. (IV 1676.) Alte Jakobstr. 18/19

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
 Neue Friedrichstr. 35 neben Zentral-Nachhalle liefert an jedermann elegante **Herren-Garderoben**
 nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz geg. wöchentl. Teilz. von 1 Mk. an. Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause. Auf Wunsch Besuch d. Herren in n. neuem Stoffmuster. Sonntags geöffnet.
 Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba, Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Gesundheit!

Vorjährige feinste **Frühjahrs-Ulster** und elegante Anzüge
 Jetzt 20-50 Mark.
 Täglicher Verkauf.
Kavaler-Klub, Unter den Linden 61 II.

Vorort-Nachrichten.

Treptow-Baumschulweg.

Einen Bittel größeren Stils hat am Sonntag, den 14. Mai, der Vaterländische Frauenverein zu Treptow in Aussicht genommen. Die allenthalben soll auch hier ein Margueriten-Tag veranstaltet werden. Und da die Vaterländischen Damen auch ein Herz für die Armen, Kranken und Glenden haben, so sollen am genannten Tage — bei schlechtem Wetter acht Tage später — Frauen und Mädchen „Blumen der Warmherzigkeit“, wie es in einer dem Ortsblättchen beigelegten Beilage heißt, darbieten und jede Liebesgabe annehmen.

Den sich zu diesem Liebesdienst meldenden Mädchen und Frauen wird bereits versprochen, daß Polizeibeamte, Parkwächter wie auch die Sanitätskolonne mit dem besonderen Schutze der Blumenträgerinnen betraut sind.

Es wird für die Spaziergänger am Sonntag, den 14. Mai, daher besonders erhebend wirken, wenn sie wissen, daß sie Blumen der Warmherzigkeit laufen können von Personen, die sich des besonderen Schutzes der Polizei erfreuen.

Dieselbe Polizei hat unseren Genossen bei der diesjährigen Reise die mannigfaltigsten Schwierigkeiten bereitet. Da wurden Geschäftsleute behelligt, die in ihren Lokalen Plaisierplakate ausgehängt hatten, sogar Frauen, deren Männer tagsüber auf Arbeit waren, wurden von der Polizei aufgelockt, um festzustellen, wer jene Plakate ausgegeben hat. Und am Tage der Veranstaltung selbst geboten Polizeibeamte bei einem Fadelzug den voranschreitenden Musikern, das Spielen einzustellen.

Hier allerdings handelte es sich um Angehörige einer Partei, die dem Reichtum, der Ausbeutung und damit der Wurzel alles Elends und Leids den Krieg erklärt hat. Die „national“ Damen indessen sind hoch zufrieden mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Das durch letztere gezeitigte, ihnen entgegenstehende Klassenelend wollen sie durch einen polizeilich konzeptionierten Massenbittel mit einer mildtätigen Sauce begießen.

Rummelsburg.

Aus der Gemeindevertretung. Eine Beihilfe zu den Kosten für die Hundertjahrfeier der Eröffnung des Jahr-Turnplatzes in der Hasenheide wurde von der bürgerlichen Mehrheit nach kurzer Debatte in Höhe von 200 M. bewilligt. Unsere Vertreter traten dieser Bewilligung entschieden entgegen, die Genossen Berger und Müller wiesen in der Begründung nach, daß das ganze Gepräge dieser Feier sich als heuchlerisch, byzantinisch kennzeichnet, da es im schroffsten Gegensatz zu dem tatsächlichen Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiterturnvereine wie der freien Jugendbewegung steht. Hierauf wurde die Benennung mehrerer neuer Straßen vorgenommen, so soll der Hochparallelweg, welcher von Stralau die Südringstraße entlang die Marktstraße kreuzt und hinter dem Sportplatz Berlin-Ost an dem Gelände der Lichtentberg-Gasanstalt entlang führt, in Zukunft „Synopsistrasse“ heißen; ferner soll die neue durch den Wühlischpark zu legende Straße nach dem Gründer der hiesigen Fabrik „Anorr-Bremse“ den Namen „Anorrstraße“ erhalten. Die vom Gemeindevorstand beantragte Aufhebung des Fonds für die Hinterbliebenenversorgung der Lehrer des Gymnasiums führte zu einer längeren Aussprache; unsere Genossen wie auch der Vertreter des Bürgervereins, Oberlehrer Rigte, wandten sich gegen die Aufhebung. Die Aufhebung wurde mit 11 gegen 10 Stimmen beschlossen, für die Aufhebung stimmten sämtliche Grundbesitzervertreter. Die bereits angesammelten Fondsmittel in Höhe von über 17000 M. sollen zur Deckung vorhandener Vorschüsse verwendet werden. Gegen die Gültigkeit der Wahl des Eigentümers Robiczek zum Gemeindevorordneten in der 1. Klasse hatte unser Genosse John wegen unrichtiger Wählerlisten Einspruch erhoben. Die der Wahl zugrunde gelegene Gemeindevorwählerliste für 1911 war nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindevahlen vom 30. Juni 1900 ohne „Berücksichtigung“ des § 50 der Landgemeindeordnung aufgestellt worden. Danach sind sämtliche Stimmberechtigten einer Landgemeinde nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Steuern in drei Klassen zu teilen und zwar in der Art, daß auf jede Klasse ein Drittel der Gesamtsumme der Steuern fällt. Die Liste war aber so aufgestellt, daß nur alle diejenigen Wähler, deren Steuerbeitrag den Durchschnitt der auf den einzelnen Wähler fallenden Steuer-

beiträge übersteigt, der zweiten oder ersten Abteilung zugewiesen wurden. Durch dieses ungeschickliche Verfahren sind ca. 150 Wähler, welche rechtmäßig der zweiten Abteilung angehören, in die dritte Abteilung gekommen und ebenso eine entsprechende Anzahl Wähler der ersten Abteilung in die zweite Abteilung. Die Gemeindevertretung erkannte die Unrichtigkeit der Wählerlisten voll an und beschloß einmütig, daß die Wählerlisten für 1912 entsprechend dem Einspruch unseres Vertreters aufzustellen sind. Da hiermit der Zweck des Einspruches erreicht war, zog Genosse John denselben zurück. Hierauf fanden die Wahlen zu den einzelnen Kommissionen und Verwaltungsausschüssen statt; außer in den Schuldeputationen sind unsere Vertreter in sämtlichen Ausschüssen vertreten. Als neue Ausschüsse kommen diesmal auf Antrag unserer Vertreter noch ein Wahl- und Wohlfahrtsausschuß hinzu. Auch in den Armenkommissionen sind diesmal verschiedene von unseren Parteigenossen gewählt worden. Auf eine Anfrage unserer Vertreter mußte der Bürgermeister zugeben, daß der Gemeindevorstand beschloß hat, auch die Krankenhausgrundstücke an der Schlichtallee zur Veräußerung zu verkaufen. Durch eine Veräußerung dieser Grundstücke würde den Kranken nicht nur jede Aussicht genommen und der volle Zutritt von Licht und Sonne gehindert werden, sondern es würde dadurch auch jede Möglichkeit genommen sein, eine in Betracht kommende Erweiterung des Krankenhauses vornehmen zu können. Wenn dieser rückständige, aller Vernunft höhnsprechende Plan des Gemeindevorstandes zur Ausführung kommt, dann würde das Krankenhaus von zwei Seiten von vierstöckigen, von dem eigentlichen Krankenhaus kaum 30 Meter entfernten Häusern und an den freien Seiten von der Eisenbahn vollständig eingeschlossen sein. Besonders bedauerlich ist es, daß gerade das Oberhaupt der Gemeinde, Bürgermeister Dr. Hahn, der andererseits durch seine Schwärmerei für Seminar und höhere Schulen die Gemeinde in finanzielle Schwierigkeiten gebracht hat, hier durch seine Bemühungen für den Verkauf der Krankenhausgrundstücke zu Wohnhäusern ein solch auffälliges Unverständnis in künstlerischer wie in hygienischer Beziehung befundet.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Die alte Gewohnheit unserer Gemeindevertretung, nicht zu häufig zu tagen, nimmt bereits wieder recht bedenkliche Formen an. Zwar hatte sich in der vorletzten Sitzung ein Gemeindevorstand über die Ausdehnung des Zwischenraumes zwischen den Sitzungen beschwert, aber der Gemeindevorstand kennt seine Pappenhelm und so zog er die Einderufung der Vertreterversammlung diesmal noch mehr in die Länge. Die umfangreiche Tagesordnung wurde spielen erledigt, so daß sich selbst der neugebaute Gemeindevorstand Herr Rhode bei einigen Punkten die Begründung erparte, indem er auf die — allerdings der Deffentlichkeit nicht zugängliche — schriftliche Begründung in den Vorlagen verwies. Er kann es sich leisten. Ist doch unter unseren Vertretern nicht ein einziger, der Sinn für die Rechte der Deffentlichkeit hat. Dabei hat sich gerade infolge dieser Eigenart unserer Vertretung schon so oft gezeigt, daß die wichtigsten Rechte der Selbstverwaltung von den verantwortlichen Beamten mißachtet werden. Die Abrechnung des Baues des Bahnhofs Beerenstraße wurde bewilligt. Gemeindevorstand Thornton bemängelte, daß der Rechnungsausschuß nichts zu erinnern gehenden, obwohl selbst nach dem letzten Beschluß, der besagte, daß Ueberdrehungen nun nicht mehr vorkommen dürfen, noch über 1000 M. mehr verbraucht worden waren. Im allgemeinen hat man sich nun aber mit der ganzen Angelegenheit abgefunden und es wurde nicht beliebt, auf die Anfrage Thorntons einzugehen. Durch die schöne Lage hat sich die Umgegend des Bahnhofs Beerenstraße rapide entwickelt, daher findet man die Abrechnung jetzt verhältnismäßig günstig. Der Bau selbst kostet das nette Stümchen von 819 841,06 M. Davon hat die Gemeinde 126 387,09 M. zu tragen, wovon noch 13 644,22 M. ungedeckt sind. Für diese Ausgabe soll eine Anleihe aufgenommen werden. Für den Linoleumbelag in der Turnhalle des Gymnasiums waren in dem laufenden Etat 1500 M. vorgesehen. Durch Anziehen der Linoleumpreise macht sich eine Ueberdrehung von 125 M. notwendig. Gemeindevorstand Köppen regte an, die Ueberdrehung durch Verwendung von schwächeren Vorunterlagen aufzuheben. Er wurde aber von dem Baumeister Krug belehrt, daß sich nichts mehr machen lasse, da inzwischen die Arbeit schon ausgeführt werde. Herr Glas fragte an, wann die Arbeit gemacht sei, da am Freitag, den 28. April, noch gar nicht angefangen worden war. Er bekam die salomonische Antwort: „In den letzten Tagen“. Die mangelhafte Aufstellung unserer Etats zeigte die Vorlage 10, die für eine Reihe Etatsüberschreitungen für das Rechnungsjahr 1910 eine Nachforderung von 4181,72 M. aufstellte. Dabei interessiert uns am meisten die Forderung von 560 M. zur Anschaffung von Schulbänken in der Gemeindefschule I. Diese An-

gelegenheit ist vollständig neu. Kein Posten war in dem Etat dazu vorgesehen. Wie kommt man dazu, dies als Nachforderung zu stellen, obwohl sich die Vertretung noch nicht damit befaßt hatte? Gerade diese Nachbewilligungen in ihrer Gesamtheit entrollen eine Beamtenwirtschaft, wie sie kaum anderwärts zu verzeichnen ist. Ein Antrag, den Vertretern Abschriften der Protokolle zugehen zu lassen, wurde abgelehnt — weil damit Unfug getrieben werden könnte. Für die Beschaffung der verschiedenen notwendigen Materialien wurde eine Kommission von sechs Vertretern auf sechs Jahre gewählt.

Grünau.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung ein neues Ortsstatut für die Straßenunterhaltung. Danach haben bei Neupflasterungen die Adjazenten bis $\frac{1}{2}$ und bei Umplasterungen mit neuem, besserem Material $\frac{1}{3}$ beizusteuern. Diese Sätze gingen einigen Vertretern noch zu weit; nach langer, zum Teil recht erregter Debatte wurde das Regulativ mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen. — Der Bebauungsplan des eingemeindeten forstwirtschaftlichen Geländes liegt nun mit einigen unwesentlichen Veränderungen der Regierung zur Genehmigung vor. Es wird nach Genehmigung desselben die Pflicht der Gemeindevertretung sein, unverzüglich mit dem notwendigen Bau einer Turnhalle zu beginnen. Die Straßenmilchabfuhr, die bisher von dem Gemeindevorordneten und Fuhrunternehmer Reuendorf ausgeführt wurde, ist dem Fuhrherrn Sommer übertragen worden. An Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes der Schulkommission Herrn Karges ist der Lokalinhaber Ehrhardt bestimmt. Eine recht rege und interessante Debatte brachte noch die Stellungnahme zum Ankauf der dem forstwirtschaftlichen Gelände an Bahnhofs. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, sofort Verhandlungen anzuknüpfen zwecks Ankaufs eines 40—60 Morgen großen Areals zur Schaffung eines Volksparkes. Ferner beauftragt die Gemeindevertretung von dem einzigen in der Nähe Grünaus am Wasser gelegenen Terrain am Sportdenkmal circa 4 Morgen zu erwerben, um auch hier Parkanlagen zu schaffen.

Petershagen bei Zehersdorf.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde zunächst der neugewählte Gemeindevorstand Genosse Claas eingeführt. Darauf wurde die Schaffung einer Müllabfuhrstelle zwischen der Petershagenstraße und Eggersdorfer Weg beschlossen. In die Rechnungsprüfungskommission für 1910/11 wurden die Herren Bugge, Lufas, Schulz und Genosse Höffelbarth gewählt. Vom Gemeindevorstand war beantragt, ihm die Dienstkreise und Bureauziele zu erstatten, beides wurde aber abgelehnt, da in der Entscheidung, die derselbe erhält, die geforderten Beiträge mit enthalten sind und ihm außerdem kürzlich zur Entlohnung eine Schreibhelfer bewilligt worden ist. Eine größere Debatte rief ein Antrag der Kirchengemeinde hervor. Es wurden die Mittel für einen Brunnen und eine Leichenhalle verlangt. Dieser Antrag wurde von unseren Genossen bekämpft, da die politische Gemeinde hierzu nicht verpflichtet sei. Besonders wurde von Genossen Siemann hervorgehoben, in wie intolleranter Weise die Kirche bei Verhandlungen usw. gegen nicht mehr der Kirche angehörige Personen vorgeht. Die Schaffung einer Leichenhalle wurde zunächst fallen gelassen, der Brunnen jedoch beschlossen. Wegen Weiterpflasterung der Bruchmüller Straße sind die Verhandlungen wieder aufgenommen und zu den bereits bewilligten 4000 M. weitere 2000 M. bewilligt worden.

Goldene Medaillen Carl Zobel Michaelkirehstr. 9-10 (Eckhaus) Köpenicker Str. 121 (Eckhaus) Beste Herren- und Knaben-Moden fertigt und nach Maß. Beste Paßform. Werkstätten im Hause. Sehr billige, aber feste Preise. 9 Schaufenster. Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maßanfertigung. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. — Ankleidezimmer in allen Abteilungen. — Der neue Katalog gratis und franko. Anzüge, Ulster, Paletots fertig von 18 M. an.

Möbel Wilh. Lambrecht, Berlin SW., Simeonstr. 10. Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter geborgener Arbeit empfiehlt. Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

Stets fertig am Lager: Jackett-Anzüge 24⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰ 38⁵⁰ 42⁵⁰ - 75 Mk. Ulster einreihig verarbeitet 27⁵⁰ 30 32 36⁵⁰ 40 45 50 - 75 Mk. Paletots 25⁵⁰ 27⁵⁰ 29⁵⁰ 32 38 42 46 52 56 60 - 80 Mk. Gummi-Mäntel Marke Anglesia Mk. 25⁵⁰ Marke Poseidon Mk. 34⁵⁰ wasserdicht und wetterfest. M. Schulmeister, Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Konfektion, Berlin, Dresdenerstr. 4, Kottbuser Tor.

Aufruf! Die schönsten Herren Anzüge, Paletots, Ulster, Gesellschafts-Anzüge, einzelne Hosen, wenig gebraucht, auch elegante neue Herren-Garderobe, bekommt man am billigsten und gut passend nur im Monats-Garderobenhaus von Luft & Burger, 19, Mariannenstr. 19. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet. Verbindung von überall. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei jedem Einkauf 5 Proz. Streng reelles Geschäft.

Jacket-Kleider

vorzüglich sitzend

enorm billig

aus praktischen, gediegenen Stoffen engl. Art, Jackete a. Seide gefüt. 18 M. 27 M. 36 M. 48 M.
 aus prima Kammgarn-Cheviot, einfarb., blau u. schw. u. auch mit feinen weiss. u. farbig. Streifen 21 M. 33 M. 42 M. 52 M.
 aus feinen grauen, hellen u. dunkeln Geraer Kammgarnst., neuest. Art 27 M. 38 M. 45 M. 58 M.

Backfischkleider 15, 18, 24 M.

Staub-, Regen- u. Reisemäntel

aus dauerhaft. Imprüg. 5⁵⁰ M. 7⁵⁰ M. 10⁵⁰ M. 13⁵⁰ M. 16⁵⁰ M. 21⁰⁰ M.
 nierten leicht. Stoffen

Sport-Paletots | Echt engl. Ulster
 7⁵⁰, 9, 12, 15, 18, 22⁵⁰ M. | von 27 M. an

Frauen - Mäntel,

Etamine-, Tüll- u. seidene Paletots

für stärkste Damen passend, in unerreichter Auswahl, aus feinen Tuch und Ripststoffen, auf Klot und 16⁵⁰ Seide gefüttert, mit reicher Stickerei . . . von 16 an

Kimono vorzügl. sitzender prakt. Umhang 9 M.
 a. haltbar. Tuchen in schwarz u. allen mod. Farben von 9 an

Kimono-Paletot vornehme neueste Form
 aus schwarz und farbiger Liberty-Seide . . . von 36 M. an
 aus schwarz und farbigen Tuchen . . . von 33 M. an
 aus allerbesten Schantung-Seide . . . von 42 M. an
 aus feinfädigen hellen Wollstoffen . . . von 35 M. an



Kimono-Paletot

Sielmann & Rosenberg

12 Schaufenster Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse 2 Häuser v. Dönhofsplatz

Sonntags geöffnet

Julius Lindenbaum

Eckhaus Fruchtstr. 141 Große Frankfurter Str. 141 Eckhaus Fruchtstr.

Herren- und Knaben-Bekleidung

Größtes Geschäft der Branche im Osten

Nur neues, modernes Warenlager

Für jede Figur passend am Lager

Gegr. 1879



Frühjahrs-Ulster neueste Phantasiestoffe, grau und grünlich, ein- und zweireihig . . . 50, 40, 30, 25, 21, 19, 17⁰⁰ M.

Frühjahrs-Paletots hell, dunk. u. sportfarb. 45, 40, 30, 24, 50, 21, 18⁰⁰ M.

Jackett-Anzüge ein- u. zweireihig, in den neuesten und modernsten Farbenstellungen 54, 48, 45, 40, 35, 29, 25, 22, 20, 16⁰⁰ M.

Gummi-Mäntel moderne Farben 32, 25, 17⁰⁰ M.

Pelerinen alle Farben 18, 15, 13, 50, 10, 7⁵⁰ M.

Beinkleider in reicher Auswahl, in jeder Preislage, von . . . 275 an

Phantasie-Westen . . . 2⁰⁰ 3 Stück 6⁵⁰ M.
 hochschicke Muster

Knaben-Anzüge und Pyjacks
 in geschmackvoller Ausfüh. zu den dankbar bill. Preisen

Jünglings-Ulster, -Paletots u. -Anzüge
 in großer Auswahl

Berufs- u. Arbeits-Bekleidung
 für alle Gewerke

Besondere Abteilung zur Anfertigung eleganter Herren-Bekleidung nach Maß

Streng reelle Bedienung und billige, feste Preise, wie in früheren langen Jahren.
 Wieder unter meiner persönlichen Leitung.
Julius Lindenbaum
 Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße

Schweinehinter u. Schulter . 65 Pf.
 Rinder-Kamm u. Schult . 70 Pf.
 Rindern, Rückenleit und Bauch, bei 5 Pf. per Pfund . . . 55 Pf.
 Kleinfleisch . . . 25 Pf.
 Rinder-Kammbraten . . . 90 Pf.
 Scherbraten
 Hilt-Oberhälle } per Pfund . 1.-
 Roullees
 Schaufelbraten
 Kalbskeule } per Pfund . 90 Pf.
 Kalbsrücken
 5 Pf. gemischt Würst 3, 4 u. 4,50 Pf.
 Thüringer Rot- u. Leberwürst 50 Pf.

Lühower Str. 5a
 am Rathaus

Monats-Garderobe!

Jackett-Anzüge, Paletots, Gehrock-Anzüge etc., wenig getragen, aus feinen Stoffen angefertigt, laufen Sie am billigsten u. besten im

Monats-Garderobehaus

Grad, Prinzenstr. 8.
 Kein Laden! Bitte auf Hausnummer zu achten: Straßenbahn nicht veräut.

Toupets, Locken, Zöpfe

billigste Bezugsquelle.
 Nur reelle Ware.

O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Blitz-Briketts

von staunen erregender Heizkraft, 100 Stück ab Lager meiner Filialen 70 Pf., frei Haus 90 Pf. für 10 Pf. 13 Stück.
Bernhard Raeder, Zeughofstr. 21.

Bumpen,

Rohr, Sandfilter, Drohtgefächte kaufen Sie billigt bei

Wolf,
 Wabbauser 17/19 (Roth. Brücke), Charlottenburg, Anseebritz. 6/7 (Kette).

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,
 Prinzenstr. 57, Dresdener Str. Fahrzeit wird vergütet.

Die Welträtzel.

Gemeinverständl. Studien über monistische Philosophie.

Von **Ernst Häckel.**

Mit Nachträgen zur Begründung der monistischen Weltanschauung.
 Preis 1 Mark.

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68
 Lindenstraße 69 (Laden).

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wacht, Berlin. Für den Anzeigenenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Maß-Anzüge

Bitte uns wegen des zu Pfingsten zu erwartenden Andranges schon jetzt bestellen zu lassen, damit wir die größte Sorgfalt darauf verwenden können. Die Abnahme braucht nach Belieben erst später erfolgen. Einzelne unserer verehrten Kunden konnten wir zu Ostern wohl nicht ganz pünktlich bedienen und bitten wir nochmals um Entschuldigung. **Unsere Maßabteilung** ist jetzt wieder bedeutend vergrößert und sind wir nun allem Ansturm gewachsen. **Maßanzüge** M. 28-52 brauchen nur abgenommen werden, wenn sie ganz vornehm sitzen, **fertige Anzüge**, sehr elegant und Kleiderauswahl von 10-50 M., Surfbüchelanzüge von 6 M. an, Knabenanzüge M. 1,50 an, blaue Kontourjaden 90, Hosen 80, Mechanikertittel 1,80, Malerittel 1,80, Kellnerschürzen 75, Herren- und Damentücher große Auswahl, 2000 Tuchreste, bedeutend unter dem Preis. **Kein Kaufzwang.** Wenn senden wir Vertreter mit Muster ohne jede Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft,** Berlin, Kottbuserdamm 16/16. Amt 4, 11979.

Berliner Uik-Trio | **Charlottenburg**
 Rixdorf-Berlin, Lohnstr. 74. L. 1. | F. Kunstmann Wallstr. 1
 Moderne Uhren u. Goldwaren



Erstklassige, schieke Ulster und Paletots

nach Maß von Mark 38-58.

Als **Spezialität** empfehle meine 3 wunder-vollen

Schlager-Anzüge

nach Maß zum Preise von Mark 48,00-58,00-68,00 in künstlerischer Vollendung des Sitzes.

Große Lager in deutschen und englischen Stoffen.

Teilzahlung nach Uebereinkunft.

M. KATZ

Schneidermeister

Dresdener Str. 76 II.

Tel. Amt IV 12170

nah Thalia-Theater

II. Geschäft:

Schöneberg, Hauptstr. 158 I.

Telephon VI. 14278.

Vornehme tadellose Maßarbeit

aus nur guten ausgeprobten Stoffen und Zutaten liefern zu mäßigen Preisen unter Garantie des Sitzes

Leske & Lehrer

Herren- und Knabenbekleidung

fertig und nach Maß

Kottbuser Damm 78

Anzug nach Maß von Mark 38.-

Paletot nach Maß von Mark 36.-

Hose nach Maß von Mark 8.50

Ulster nach Maß von Mark 38.-

Um eine tadellos gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir, des großen Andrages wegen, uns Pfingstbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoffneheiten des In- und Auslandes sind unerreicht dastehend. Sämtl. Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt.

Der reich illustrierte **Pracht-Katalog** mit Angabe der neuesten Mode ist erschienen. — Die Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos.

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

Vornehme Maß-Anfertigung

Vornehme Maß-Anfertigung